

Sonderthema:
Nachbar Frankreich
 Ein Land im Fokus SEITE 1-14

STIMMUNG VOR DER WAHL
 Am kommenden Sonntag wählen die
 Franzosen ihren Präsidenten **SEITE 3**

STIMME VOR DER WAHL
 Der frühere EU-Kommissionspräsident
 Jacques Delors im Interview **SEITE 9**

Das Parlament

Berlin, Montag 16. April 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 16/17 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Begeisterter Europäer

Michael Link Das erste Amtsjahr des neuen Staatsministers im Außenministerium steht ganz im Zeichen der Beziehungen zu Paris.



Nicht nur, dass Link zugleich Beauftragter für die deutsch-französische Zusammenarbeit wurde. Kürzlich bekam der 49-jährige Liberale aus Heilbronn vom deutsch-französischen Ministerrat mit seinem Pariser Amtskollegen Jean Leonetti den Auftrag, bis Juli 2013 ein „deutsch-französisches Jahr“ mit Veranstaltungen in Ludwigsburg, Berlin und Paris vorzubereiten. Höhepunkt ist die Feier zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages im Januar 2013. Link, seit 2005 Bundestagsabgeordneter und zuletzt Europaexperte der FDP-Fraktion, ist begeisterter Europäer. Dem studierten Französisch-Übersetzer ist die Affinität zum westlichen Nachbarn Programm: „Unser Verhältnis zu Frankreich ist und bleibt einzigartig.“ *kru*

ZAHL DER WOCHE

8

Millionen jungen Deutschen und Franzosen hat das Deutsch-Französische Jugendwerk seit der Gründung 1963 die Teilnahme an 300.000 Austauschprogrammen ermöglicht. Es arbeitet mit mehr als 7.000 Partnern zusammen und fördert jährlich mehr als 11.000 Begegnungen, an denen mehr als 200.000 Jugendliche aus beiden Ländern teilnehmen.

ZITAT DER WOCHE

»Es lebe die deutsch-französische Freundschaft.«

Charles de Gaulle, französischer Präsident, im September 1962 auf dem Bonner Marktplatz. Zuvor hatte er gerufen: „Es lebe Deutschland, es lebe Frankreich.“

IN DIESER WOCHE

JUBILÄUM
Élysée-Vertrag Ein Markstein der Außenpolitik wird 50 Jahre alt **Seite 7**

BEZIEHUNGEN
Essay Das spezielle deutsch-französische Verhältnis steht auf solider Basis **Seite 10**

ÄGYPTEN
Reise Bundestagspräsident Norbert Lammert gewinnt Eindrücke vor Ort in Kairo **Seite 15**

KEHRSEITE
Bundestag Das Karikaturenarchiv gibt seine Geheimnisse preis **Seite 16**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
 Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
 60268 Frankfurt am Main



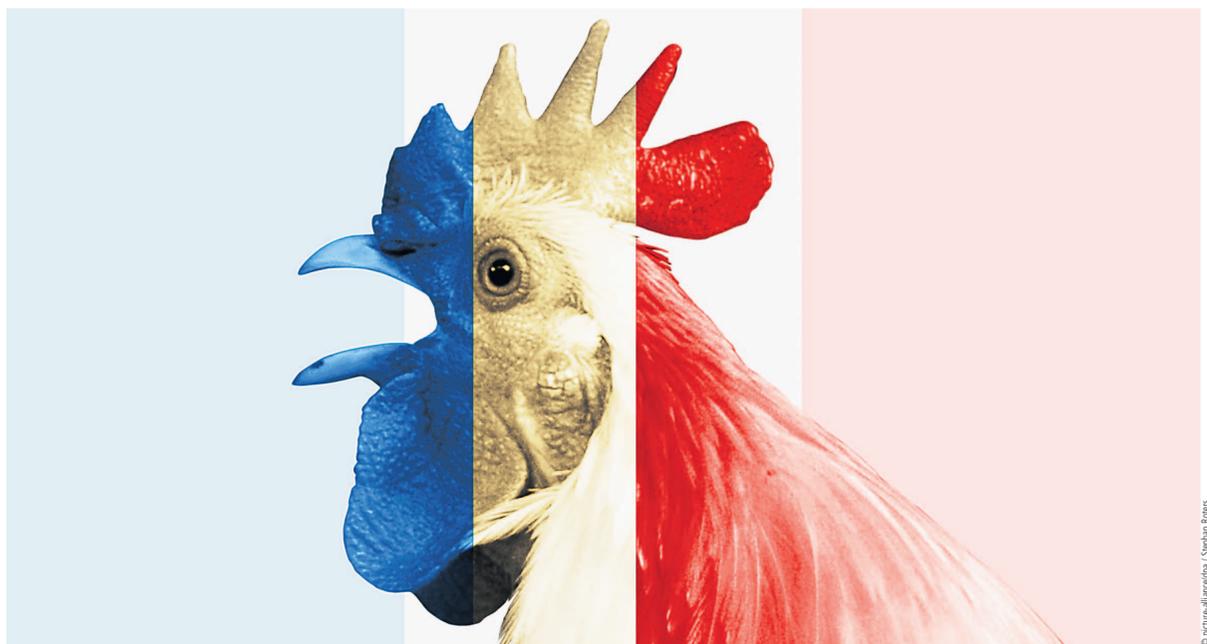
Auf dem Tandem nach Europa

PERSPEKTIVE Berlin und Paris müssen ihre Verantwortung und Vorreiterrolle besser wahrnehmen

In dem für deutsche Augen in seiner Art, aber auch in seiner Intensität so fremden Wahlkampf um die Präsidentschaft in Frankreich vergeht kaum ein Tag, an dem Kommentatoren und Politiker nicht auf das „Modell“ Deutschland verweisen. Vergleichszahlen und Studien zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs werden präsentiert, zu hohe staatliche Ausgaben oder Arbeitskosten oder mangelnde Exportfähigkeit thematisiert. Es ist aber ein Vergleich, an dem sich die Geister scheiden. Den Franzosen ist relativ bewusst, dass die Deutschen in Bezug auf viele Kriterien erheblich günstiger dastehen und es mit seinem eigenen Land nicht zum Besten steht, aber ihm permanent Deutschland vorzuziehen, ist doch für viele des Guten zuviel. Es ist der „bewundernde Neid“ auf Deutschland, die „deutsche Neurose“, die dem Selbstbewusstsein der Grande Nation nicht gut tut und allzu leicht unter dem Druck des Wahlkampfes emotionale Überreaktionen provoziert. So brachen in der Frühphase des Wahlkampfes antideutsche Klischees auf, vom deutschen „Nationalismus“ oder „Egoismus“ oder gar von „Kapitulation“, „Unterwerfung“ oder „1940 ohne Wehrmacht“ war die Rede.

Diskussionsbedarf Leider werden damit ernste Bemühungen relativiert, den Franzosen zu verdeutlichen, wo ihre Schwächen liegen und ihnen aufzuzeigen, wie der Nachbar oder andere Länder eine Wende erreicht haben. Und leider hat auch niemand bisher den Franzosen erzählt, wie lange der deutsche Nachbar gebraucht hat, um Reformrückstände aufzuholen – und dass dieser Rückstand vielleicht auch etwas mit den Anstrengungen im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zu tun hatte. Und doch gerade in diesen Kernthemen der Wirtschaft, Sozial- und Innenpolitik steckt der grundlegende deutsch-französische und europäische Diskussionsbedarf für die Zeit nach der Wahl. Seine Brisanz wird dadurch noch akzentuiert, dass die französischen Sozialisten und ihr Kandidat François Hollande angekündigt haben, die wesentlichen europäischen Entscheidungen zur Verstärkung der Haushaltsdisziplin nach der Wahl nicht zu ratifizieren, wenn dem Kapitel „Disziplin“ nicht ein Kapitel „Wachstum“ hinzugefügt wird. Wahlkampfdonner? Kenner der Szene erinnern sich an Lionel Jospin, der als Premierminister 1997 mit der gleichen Marschroute angetreten war. Die europäische Agenda ist der Kern der deutsch-französischen Agenda, die der neue französische Präsident und die Kanzlerin ab 7. Mai – nach der Stichwahl zur Präsidentschaft – bei ihrer ersten Begegnung abstecken werden. Die Kärnerarbeit wird im Juli bzw. September folgen, sobald die neue französische Regierung nach den Parlamentswahlen im Amt sein wird. Hinzu kommt: Im Januar 2013 wollen Deutsche und Franzosen den 50. Geburtstag des Élysée-Vertrages mit einer gemeinsamen Sitzung von Assemblée Nationale und Bundestag in Berlin begehen – und beide Seiten haben begonnen, über mögliche Initiativen aus diesem Anlass nachzudenken.

Zu langer Anlauf Die nüchterne Bestandsaufnahme des Verhältnisses sollte am Anfang dieser Überlegungen stehen, das sich in jüngster Zeit schwer getan hat und in einer Art „midlife crisis“ zu stecken scheint. Gemeinsam sollten wir darüber nachdenken, wie beide Seiten ihren Beitrag zur Konsolidierung und Vertiefung der europäischen Einigung verstärken und welche bilateralen Vereinbarungen hilfreich sein können. Es ist Europa, das in der Krisenbewältigung zu viel Zeit brauchte, um Divergenzen zu überwinden – und das den Kompass für seine Entwicklung sucht: Was müssen wir tun, um die europäische Erfolgsgeschichte im Zeitalter der Globalisierung auf Dauer abzusichern? Das sind Themen, bei denen die Partner zuerst nach der Haltung der Franzosen und Deutschen fragen werden. Sie werden dabei mit uns nie zufrieden sein. Einigen wir uns, so sprechen sie gerne vom deutsch-französischen Diktat. Sind wir uneinig, so appellieren sie an unsere historische europäische Verantwortung.



Der gallische Hahn kräht und gibt sich kampfbereit. Besonders im Verhältnis zum Nachbarn Deutschland ist er um Rangordnung und Aufmerksamkeit bedacht.

Auch in den Krisen der letzten Jahre brauchte das deutsch-französische Tandem einen zu langen Anlauf. Letztlich hat sich die Vernunft durchgesetzt trotz latenten Misstrauens, häufiger Unkenntnis des Nachbarn, zu vieler Missverständnisse beiderseits, die letztlich kein Wunder sind angesichts politisch gänzlich unterschiedlicher Systeme – hier die zentralistische republikanische (oder Wahl-) Monarchie, dort die parlamentarische Demokratie eingebettet in einer föderalen Struktur. Präsident und Bundeskanzlerin mussten sich wie ihre Vorgänger erst einmal kennenlernen, einander verstehen, Verständnis für die Grenzen des anderen haben – und unter Druck stehen. Doch diesmal wird es für beide Seiten angesichts der Krise keine Schonfrist geben.

In der Krise Die EU steckt mitten in einer Fülle innenpolitisch hochsensibler Fragen: Entwicklung des Binnenmarktes, Haushaltspolitik, Fiskalpolitik, Immigration, Außen- und Sicherheitspolitik. Bereiche, in denen sich die Mitgliedstaaten, allen voran Frankreich und Deutschland, mit der Abgabe von Souveränität „an Brüssel“ oder selbst der gemeinsamen Ausübung schwer tun. Bereiche, in denen die Mitgliedstaaten aufgrund ihrer Verantwortung gegenüber dem Wähler und ihren Parlamenten das letzte Wort behalten wollen. Es sind dies aber zugleich Themen, in denen Europa nur eine Zukunft haben kann, wenn es in der Lage ist, seine Interessen geschlossen zu vertreten. Und

dies noch mitten in einer längst nicht überstandenen Finanz- und Wirtschaftskrise, in der nicht nur jüngst die Zeitschrift „Economist“ Frankreich als Land mit dem größten Risikopotenzial, ja als Epizentrum einer neuen Euro-Krise ansieht. Es sind Fragen, in denen Deutsche und Franzosen auf unterschiedlichen Traditionen und Ansätzen aufbauen, in denen wir aber zumeist komplementär sind. Es sind Fragen, in denen die Franzosen gerne führen und sich die Deutschen damit schwer tun. Allzu lange hatte man ihnen erfolgreich erklärt, dass angesichts der Vergangenheit Zurückhaltung das beste Rezept sei. Nach der Einheit haben uns die gleichen Freunde gesagt, die Zeit der Ausreden sei vorbei, auch wir müssten Führung lernen, eine Eigenschaft, in der wir politisch nicht gerade für unsere Sensibilität und Stärke bekannt sind.

Helmut Kohls Beispiel Deutsche und Franzosen sollten sich an die diskrete europäische Führungsrolle Helmut Kohls erinnern. Genauso wichtig ist es, in ihre Überlegungen wie deren Umsetzung die polnischen Nachbarn einzubeziehen. Frankreich, Deutschland und Polen bilden wie keine andere Gruppe von Ländern das Rückgrat der Europäischen Union. Und vor allem auch die kleineren Länder, wie die Benelux-Gruppe und auch andere Länder, sollten Teil dieser Führungsgruppe sein. Latentes Misstrauen und Unverständnis lassen sich nur durch systematische gegensei-

gige Information und Anhörung bereits im Vorfeld von Entscheidungen überwinden. So wie die Franzosen uns vor Jahren diskret über die geplante Abschaffung der Wehrpflicht oder die Wiederaufnahme der Nukleartests unterrichtet haben, so hätten die Deutschen zumindest ihre Nachbarn im Westen und Osten über die „Energiewende“ vorab informieren sollen. Es wäre auch an der Zeit, Bilanz über das zu ziehen, was wir gemeinsam in Sachen Kultur und Bildung erreicht und nicht erreicht haben. Vielleicht haben wir hier – zum Beispiel in Bezug auf die Sprache – einiges zu lange schleifen lassen und brauchen dringend einen neuen Impuls, in erster Linie durch praktische, sichtbare Programme.

Vertrauen Ich denke an die Parlamente, die beide mit der Schwierigkeit „Europa“ und diese Versuche damals gelungen wären. Und der Welt wären der Nationalsozialismus, dessen Wurzeln aus dem nicht zustande gekommenen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Kriege von 1914 bis 1918 ihre verderbliche Nahrung gezogen haben, und der letzte Weltkrieg erspart worden. Wären diese Versuche geglückt, so hätten die Geschichte der beiden Völker und die Geschichte Europas einen anderen Verlauf genommen. Jetzt bietet sich uns, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, diese Spannungen zwischen den Nachbarländern für immer zu beenden. (...) Dem Willen beider Völker, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, diesem Willen zweier Völker, die jahrhundertlang sich als Erbfeinde gegenüberstanden hatten, galt es Ausdruck zu geben. Dies Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und der Verbundenheit für alle Zukunft zu sichern, – diesem Zweck, meine Damen und Herren, dient der vorliegende Vertrag.

Anmerkung der Redaktion: Diese Worte wählte Bundeskanzler Adenauer (CDU) am 25. April 1963 im Bundestag zu Beginn der Debatte über die Ratifizierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, der als Élysée-Vertrag in die Geschichte einging. Längst sind die beiden Nationen, die seinerzeit ihre Verbundenheit besiegelten, die wichtigsten Kräfte im europäischen Gefüge. Sie sind gefragt als Krisen-Manager und Euro-Retter im Zeichen zweier Ereignisse, die zusätzlich Anlass für diese Themen-Ausgabe geben: Die anstehende Präsidentschaftswahl in Frankreich und der 50. Jahrestag der Unterzeichnung jenes Élysée-Vertrages, der seine Schatten vorauswirft. Den Wortlaut der Debatte zum Frankreich-Vertrag finden Sie übrigens in dieser Ausgabe – als Faksimile der Ausgabe von „Das Parlament“ aus dem Mai 1963.



Die Richtung gewiesen: Die Präsidenten des französischen und deutschen Parlaments, Bernard Accoyer (links) und Norbert Lammert, bei einem ihrer regelmäßigen Treffen.

EDITORIAL

Im Schicksal verbunden

VON KONRAD ADENAUER

Immer wieder haben auch in den vergangenen Jahrzehnten Staatsmänner beider Länder versucht, dieses Spannungsverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland aus der Welt zu schaffen. Aus unserer jüngsten Geschichte erinnere ich an die Versuche während der Weimarer Republik, die durch die Namen Stresemann und Briand gekennzeichnet sind. Diesen Versuchen waren schon jahrzehntelang vorher Bemühungen Bebelns vorausgegangen. Unendlich viel Blut, meine Damen und Herren, Blut und Leid wäre(n) Franzosen und Deutschen, Europa und der Welt überhaupt erspart worden, wenn diese Versuche damals gelungen wären. Und der Welt wären der Nationalsozialismus, dessen Wurzeln aus dem nicht zustande gekommenen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Kriege von 1914 bis 1918 ihre verderbliche Nahrung gezogen haben, und der letzte Weltkrieg erspart worden. Wären diese Versuche geglückt, so hätten die Geschichte der beiden Völker und die Geschichte Europas einen anderen Verlauf genommen. Jetzt bietet sich uns, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, diese Spannungen zwischen den Nachbarländern für immer zu beenden. (...) Dem Willen beider Völker, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, diesem Willen zweier Völker, die jahrhundertlang sich als Erbfeinde gegenüberstanden hatten, galt es Ausdruck zu geben. Dies Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und der Verbundenheit für alle Zukunft zu sichern, – diesem Zweck, meine Damen und Herren, dient der vorliegende Vertrag.

Anmerkung der Redaktion: Diese Worte wählte Bundeskanzler Adenauer (CDU) am 25. April 1963 im Bundestag zu Beginn der Debatte über die Ratifizierung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, der als Élysée-Vertrag in die Geschichte einging. Längst sind die beiden Nationen, die seinerzeit ihre Verbundenheit besiegelten, die wichtigsten Kräfte im europäischen Gefüge. Sie sind gefragt als Krisen-Manager und Euro-Retter im Zeichen zweier Ereignisse, die zusätzlich Anlass für diese Themen-Ausgabe geben: Die anstehende Präsidentschaftswahl in Frankreich und der 50. Jahrestag der Unterzeichnung jenes Élysée-Vertrages, der seine Schatten vorauswirft. Den Wortlaut der Debatte zum Frankreich-Vertrag finden Sie übrigens in dieser Ausgabe – als Faksimile der Ausgabe von „Das Parlament“ aus dem Mai 1963.

© picture-alliance/stephan rogers

GASTKOMMENTARE

Stotter der deutsch-französische Motor?

Gemeinsam rückwärts

PRO



Claas Tatje, freier Journalist für die „ZEIT“, Brüssel

Das deutsch-französische Verhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg ist in drei Bildern erzählt: Charles de Gaulle und Konrad Adenauer in respektvoller Umarmung 1963, Helmut Kohl und François Mitterand 1984 Hand in Hand am Grab gefallener Soldaten und im Herbst 2010 Angela Merkel und Nicolas Sarkozy am Strand von Deauville. Das erste Bild ist Symbol der Aussöhnung, das zweite Zeugnis deutsch-französischer Annäherung und das dritte – schon viel pragmatischer – deutsch-französische Wirtschaftspolitik. Der deutsch-französische Motor läuft immer dann rund, wenn beide Länder ureigene Interessen einen. Derzeit, wo sich alles um die Wirtschaft dreht, gibt es kaum Gemeinsamkeiten. Frankreich zahlte Investoren für neue Anleihen jüngst deutlich höhere Zinsen als Deutschland, die Arbeitslosigkeit stieg in Frankreich im Frühjahr auf fast drei Millionen, in Deutschland fiel sie auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung. Der französische Präsidentschaftskandidat François Hollande macht keinen Hehl daraus, dass er wenig von deutscher Sparpolitik und der politischen Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank hält. Sollte er tatsächlich die Wahl gegen Sarkozy gewinnen, wird der Motor so schnell nicht wieder anspringen. Für Europa ist das auch eine Chance. So romantisch ein deutsch-französischer Weg oft klingt, so hat er in den vergangenen Jahren oft in reiner Lobbypolitik gemündet. Dafür haben Deutschland und Frankreich gern mal den Rückwärtsgang eingelegt. In der Agrarpolitik stritten sie immer wieder für möglichst hohe Subventionen, auch wenn dadurch die ärmsten Länder geschädigt werden. Schärfere Verbrauchsvorgaben für Kleinwagen haben sie vor vier Jahren gemeinsam blockiert. Auf diesen Motor werden die Bürger gern verzichten.

Mit viel Pragmatismus

CONTRA



Christian Schubert, Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Paris

Nein, der deutsch-französische Motor läuft auf Hochtouren. Das zeigte sich in der größten europäischen Herausforderung der vergangenen Jahre: Die Frage nach der richtigen Antwort auf die Eurokrise hatten Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy am Anfang noch ganz unterschiedlich beantwortet. Von Gipfel zu Gipfel kamen sie sich jedoch näher. Sarkozy überzeugte Merkel von der Aufstockung der Rettungsfonds und der europäischen Wirtschaftsregierung. Merkel erwärmte Sarkozy für den nationalen Schuldenabbau und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Gemeinsam stellten sie Griechenland wegen seiner Referendumspläne in den Senkel. Den europäischen Fiskalpakt drückten die beiden gegen Großbritannien durch. Ihre Charakter-Gegensätze überwinden sie mit viel Pragmatismus und leisten sich heute ungeniert Wahlkampfhilfe: Die Bundeskanzlerin gönnt Sarkozys sozialistischem Rivalen François Hollande nicht einmal ein Rendez-vous zum Händeschütteln. Der französische Präsident lobt dafür „le modèle allemand“ über den Klee. Die Missachtung außenpolitischer Höflichkeitsregeln durch die Kanzlerin könnte den deutsch-französischen Motor im Fall eines Regierungswechsels in Paris allerdings zeitweise in Leerlauf versetzen, auch wenn sie ihn nicht abwürgen wird. Für Merkel ist die Schlüsselfrage, wie weit sich Hollande von geplanten Fiskalpakt Europas entfernen will. Auch mit Sarkozy würde es freilich nicht leichter: Seine Drohung eines Ausstiegs aus dem Grenzabbau des Schengener Abkommens missfällt dem „Mauerkind“ Merkel. Immerhin kennt sie ihren Sarkozy und hofft auf mächtigen Einfluss. Hollande dagegen erforderte eine neue Aufwärmphase – so wie nach jedem Führungswechsel in Berlin oder Paris.

Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Am 22 April findet in Frankreich die erste Runde des Präsidentschaftswahls statt. Gibt es eine Wechselstimmung?

Dieser Wahlkampf ist merkwürdig, denn es fehlt ihm jegliche Begeisterung. Frankreich befindet sich in einer tiefen Krise. Vielen Menschen geht es schlecht. So ist etwa die Jugendarbeitslosigkeit in einigen Gegenden im Vergleich zu Deutschland sehr hoch.

Aber warum gibt es dann keine Begeisterung, jemand anderes zu wählen?

Es gibt keine Begeisterung, weil Präsident Nicolas Sarkozy viel versprochen, aber wenig gehalten hat. Er hat aber auch das Amt beschädigt. Das ist eine Tatsache. Und auf Seite der Sozialisten belastet die „Abwesenheit“ von Strauss-Kahn den Wahlkampf. (Anm.d.R.: Gegen den früheren Weltbankpräsidenten wurde mehrfach wegen des Vorwurfs von Sexualdelikten strafrechtlich ermittelt.) Seine Kompetenz fehlt. Die Kandidatin der rechtsextremen Front National, Marine Le Pen, erschreckt viele Menschen. Und der Erfolg des ultralinken Jean-Luc Mélenchon hat zwar auch mit seinen Ideen zu tun, kommt aber eher daher, dass er ein neues Gesicht und kämpferisch ist.

Fehlen im Wahlkampf charismatische politische Persönlichkeiten?

Das französische Problem ist, dass wir zu viel an die Fünfte Republik glauben, die auf dem Prinzip einer Person an der Staatsspitze basiert. Also etwas vereinfacht ausgedrückt: es gibt einen Chef, der uns den Weg zeigt. Im Gegensatz dazu entwickelt sich die Gesellschaft in eine andere Richtung: Die Leute legen immer mehr Wert darauf, in Netzwerken zu arbeiten, die Hierarchien werden flacher, die Frauen wollen mehr Macht. Das politische System in Frankreich ist ziemlich altmodisch und gibt den Menschen zu wenig Möglichkeiten, sich zu beteiligen.

Im französischen Wahlkampf war immer wieder die Rede vom „Modell Deutschland“. Sind die Franzosen davon geneuert?

Interessanterweise war vor von diesem „Modell Deutschland“ die Rede, bevor Präsident Nicolas Sarkozy seine Kandidatur bekannt gegeben hat. Ich habe nicht das Gefühl, dass man in Frankreich Ressentiments gegen die Deutschen hat. Jeder weiß, wie effizient das deutsche Wirtschafts- und Sozialmodell ist. Aber das Gerücht, – ob es stimmt oder nicht – „Bundeskanzlerin Angela Merkel habe versucht zu verhindern, dass der sozialistische Präsidentschaftskandidat François Hollande im Ausland empfangen wird, hat die Menschen, und auch mich, etwas gestört. Hier hat etwas Fingerspitzengefühl gefehlt.

Warum hat Präsident Sarkozy anfangs auf die Hilfe von Frau Merkel gesetzt, sie dann aber offenbar quasi wieder ausgelassen?

Es ist schön und nicht ungewöhnlich, dass man die Parteifreundin eines anderen Landes, also im Falle Präsident Sarkozys Bundeskanzlerin Angela Merkel, einlädt. Aber sie hat ihre Unterstützung nicht im Rahmen eines Parteitages, sondern bei einem offiziellen Termin im Elysée-Palast zum Ausdruck gebracht, bevor er erklärt hat, dass er kandidieren wolle. Das war nicht sehr geschickt. Es gab damit eine Einflussnahme von außen – aber nicht im positiven Sinn.

Wie gut kennt Präsident Sarkozy Deutschland?

Ich möchte nicht polemisieren, aber Präsident Sarkozy hat eine abstrakte Vision von Deutschland. Er hat zwar intensiven Kontakt mit Frau Merkel, aber soweit ich weiß, kennt er Deutschland nicht von der Basis her. Nehmen Sie das Beispiel de Gaulle. Er hat im September 1962 sieben Tage in Deutschland verbracht. Ich wüsste nicht, dass sich Präsident Sarkozy in Deutschland wirklich ein-

»Denn wir ergänzen uns eben«

SYLVIE GOULARD Die Abgeordnete des Europaparlaments ist sicher, dass Deutschland und Frankreich gemeinsam bessere Entscheidungen treffen



Ich mag diese Namensspiele nicht. Wichtig ist, dass Frankreich und Deutschland sehr eng kooperieren. Und wir haben eine wichtige Aufgabe: Wir müssen die Euro-Zone neu gestalten. Hier haben wir keine Wahl, sondern es ist eine Notwendigkeit. Entweder machen wir das, oder unsere Währungsunion geht kaputt.

François Hollande hat angekündigt, im Falle seines Wahlsieges den Europäischen Fiskalpakt neu zu verhandeln. Wie realistisch ist das?

Auch François Mitterand wollte 1981 eine unilaterale Wirtschaftspolitik machen, genauso wie Jacques Chirac im Jahr 1995. Ein neuer Präsident kann neue Akzente setzen. Die Frage des Wachstums ist dabei ein ganz entscheidender Aspekt. Umgekehrt hat auch Kanzler Gerhard Schröder Frankreich nach seinem Wahlsieg 1998 vollkommen ignoriert. Das hat zwei Jahre gedauert, und dann hat man zwischen Deutschland und Frankreich wieder vernünftig zusammengearbeitet. Egal, ob man sich mag oder nicht, wir müssen eben einfach miteinander leben.

Sie haben die deutsche Wiedervereinigung als französische Diplomatin miterlebt. Was hat Ihre Erfahrungen mit Deutschland besonders geprägt?

Ich habe viel in Deutschland gelernt. Zum Beispiel gibt es in Deutschland eine Tradition, Dinge tiefgehend zu durchdenken. Das finde ich sehr positiv. Andererseits habe ich aber auch das Gefühl, dass es nicht gut ist, wenn die Deutschen alleine bleiben.

Wie meinen Sie das?

Ich habe überhaupt keine Angst vor den Deutschen. Aber es ist schade, dass man in Europa nicht viel mehr betont, dass wir zusammen bessere Entscheidungen treffen. Das fasziniert mich hier im Europäischen Parlament. Man kann immer sagen, ich habe Souveränität aufgegeben, weil ich mit anderen Parlamentariern einen Kompromiss gemacht habe. Die Kollegen hier haben andere Erfahrungen und einen anderen kulturellen Hintergrund. Sie helfen, eine bessere Lösung zu finden. Deutsche und Franzosen ergänzen sich eben gut.

2013 feiert der Elysée-Vertrag sein 50-jähriges Bestehen. Ist er Garant der Beziehungen oder ein Stück überlebte Symbolpolitik?

Wir brauchen keinen neuen Vertrag, aber wir brauchen mehr Engagement. Nehmen wir zum Beispiel einmal die Frage des Jugendaustauschs. Bundeskanzler Konrad Adenauer und der französische Präsident Charles de Gaulle waren damals schon ziemlich alt, aber sie haben sehr viel Wert darauf gelegt und Geld investiert, die Jugend einzubeziehen. Was wird heute für die Jugend gemacht? Sehr wenig. Das ist eine der Lehren des Elysée-Verträge. Und diese Jugendarbeit ist eben nicht nur symbolisch, da sich die Generationen und Menschen permanent ändern.

Was kann man für eine bessere Verständigung konkret machen?

Wir sollten viel mehr für die Kultur und vor allem für die Sprache tun. Es ist wichtig, dass wir unsere eigenen Projekte in der Muttersprache überlegen, aber auch den anderen in seiner Sprache verstehen. Denn wenn man in einer bestimmten Sprache denkt, denkt man anders. Und ich möchte die Verfassung Europas nicht auf Englisch entwerfen müssen.

Das Interview führte Annette Sach. ||

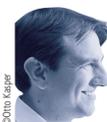
Sylvie Goulard, 46, ist Politikwissenschaftlerin. Seit 2009 ist die frühere Diplomatin für die französische Partei „Mouvement démocrate“ Mitglied der liberalen Fraktion (ALDE) im Europäischen Parlament

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Frankophiler Naturschützer: Andreas Jung

Wer an den Begriff Nachhaltigkeit denkt, denkt zuerst an Umweltschutz und an die Wiederverwendung von Ressourcen. Auch Andreas Jung (CDU) tut das, denn schließlich ist der Umweltpolitiker seit 2009 Vorsitzender des Beirats für nachhaltige Entwicklung. Seit 2005 engagiert er sich im Umweltausschuss des Bundestages für den weltweiten Klimaschutz, kämpft gegen Fluglärm und sucht nach Lösungen für die Endlagerung atomarer Abfälle. Andreas Jung lebt für und liebt die Natur, sicher auch, weil er mit ihrer ganzen Schönheit aufgewachsen ist, in Stockach am Bodensee. Heute hat er hier einen der landschaftlich wohl schönsten Wahlkreise Deutschlands. Jung zählt mit seinen erst 36 Jahren zu den jüngeren Abgeordneten des Bundestages. Doch schon lange ist sein politisches wie auch privates Leben von einer ganz anderen Nachhaltigkeit geprägt: der Bindung zu seiner „zweiten Heimat Frankreich“, wie er sagt. Sie reicht weit zurück bis in die Irrungen und Wirrungen des Zweiten Weltkrieges. Nach Ende des Krieges verliebte sich sein in Freiburg stationierter Großonkel Paul als Besatzungssoldat in seine Tante. Sie folgte ihm schon bald nach Frankreich. Auch wenn Onkel Paul in den 1950er Jahren nach den schrecklichen Ereignissen des Krieges nicht allen in seiner Familie vermitteln konnte, warum er ausgerechnet eine Deutsche heiraten wollte, waren die beiden die Wurzel vieler neuer deutsch-französischer Freundschaften – auch der ihres Neffen Andreas: „Seit meinem dritten Lebensjahr war ich jeden Sommer bei meinen

Verwandten in der Nähe von La Baule“, erzählt er. In seiner Jugend wurden die Bindungen noch enger, beim Schüleraustausch oder durch die zahlreichen Freunde im Hause Jung, da der Vater Vorsitzender des Partnerschaftskomitees mit dem Örtchen La Roche-sur-Foron im Departement Haute Savoie war. Und auch seine Mutter, eine Französisch-Lehrerin, brachte ihm die Liebe zu Frankreich nahe. „Die wunderbare Landschaft, ob am Meer oder



»Das sind Themen, die man unter Freunden auch kontrovers besprechen kann.«

in den Bergen, die herzliche, dem Leben zugewandte Lebensart und die Gastfreundschaft haben mich immer begeistert“, gerät Jung beim Erzählen ins Schwärmen. So war es fast eine Selbstverständlichkeit, dass sich Jung, der nach einem Jurastudium als Rechtsanwalt arbeitete, beim Eintritt in den Bundestag gleich der Deutsch-Französischen Parlamentariergruppe anschloss. Im Frühjahr 2011 besuchte ihn im Rahmen eines gegenseitigen Austauschprogramms seine Kollegin Jacqueline Irlès (UMP) aus der Nähe von Perpignan. Neben vielen gemeinsamen politischen Ansichten waren für ihn gerade

auch die Unterschiede spannend: „Frau Irlès ist gleichzeitig Bürgermeisterin und Abgeordnete. Bei uns ist das undenkbar, dort der Normalfall.“ Auch die Stellung der Abgeordneten unterscheidet sich in beiden Ländern voneinander, erzählt Jung: „In Frankreich werden die Kandidaten in der Regel von der Parteizentrale abgeseigert, während man bei uns vor allem im Wahlkreis gewählt werden muss.“ Im Gegenzug hat die Abgeordnete mit spanischen Wurzeln bei ihrem Besuch das Pensum der deutschen Abgeordneten in Berlin überrascht: „Unser von Montag bis Freitag durchgetakteter Terminplan hat sie sehr erstaunt.“ Die Franzosen sind zeitlich stärker in ihren Kommunen eingebunden. Auch der Altersdurchschnitt der französischen Abgeordneten ist höher als in Deutschland: „Junge Abgeordnete sind in Frankreich eher die Ausnahme“, sagt Jung. Auf die Frage, ob es Nachwuchsprobleme in den deutsch-französischen Beziehungen gebe, räumt Jung ein, dass für viele „der Reiz des Neuen nicht mehr da ist“. Umso mehr müssten diese Beziehungen eine „Daueraufgabe“ sein: Jung arbeitet daran auch auf regionaler Ebene. Er ist Mitglied des Badisch-Elsässischen Gesprächskreises, in dem Abgeordnete, aber auch Bürgermeister und Regierungspräsidenten über deutsch-französische Themen beraten. Die Themenpalette reicht dabei von der Euro-Krise bis hin zum öffentlichen Nahverkehr oder dem umstrittenen Atomkraftwerk Fessenheim nahe der deutschen Grenze. „Das sind Themen, die man unter Freunden auch kontrovers besprechen kann“, sagt Jung. Und weiß dabei, dass ihn vieles noch nachhaltig beschäftigen wird. ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Claudia Heine (che)
Alexander Heinrich (ahe), stell. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Monika Pilath (mpi)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
13. April 2012

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kuhrenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantwortl.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefax (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefax (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.



Freiwillige Helfer tüten Wahlprogramme ein. Für die Wahlwerbung in Frankreich gelten strenge Regeln: So dürfen zwei Wochen vor der Abstimmung im Umkreis der Wahllokale pro Kandidat nur zwei Plakate geklebt werden.

Müder Endspurt

WAHLKAMPF Am 22. April gehen die Franzosen an die Urnen. Noch ist ungewiss, wer das Rennen um die Präsidentschaft gewinnt

Hinter ihm wehen rote Fahnen, davor steht Jean-Luc Mélenchon mit roter Kravatte und erhebt die Faust. Als er mit kräftiger Stimme und ohne Manuskript auf dem Platz an der Bastille in Paris zu sprechen beginnt, jubeln die Massen, viele rufen „résistance“ (Widerstand). Der Präsidentschaftskandidat der linken „Front de gauche“ begeistert das Publikum mit Klassenkampf-Slogans gegen das „liberale Wirtschaftsdiktat“ in Europa, Sparmaßnahmen und die Profiteure der Reichen. Zum Ausklang ertönt nicht nur die französische Nationalhymne „La Marseillaise“, sondern noch davor die „Internationale“. Symbolisch hatte Mélenchon das Volk am 18. März an der Bastille versammelt und war selbst verwundet über die 100.000 Besucher. Dieser Volksaufmarsch war der Beginn seines Aufstiegs und ist nur ein Beispiel dafür, wie Mélenchon die Massen in seinen Bann zieht. Der Politiker, der als bester Redner aller Kandidaten gilt, hatte bei anderen Kundgebungen das gleiche Echo. In Toulouse rief er den Leuten zu: „Ihr müsst wieder der Krater sein, aus dem die Flamme der Revolution hervorleuchtet, die ganz Europa ansteckt.“

Monatelang hatte die Präsidentschaftswahl wie ein einsames Duell zwischen Präsident Nicolas Sarkozy (57) und seinem gleichaltrigen sozialistischen Herausforderer François Hollande ausgesehen. Doch innerhalb von wenigen Wochen kämpfte sich der 60-Jährige Mélenchon bis auf den dritten Platz der Umfragen vor. Er ist die Überraschung des Wahlkampfes und Thema überall: auf Vernissagen, bei politischen Veranstaltungen oder bei Essen mit Freunden. „Er spielt den Volkstribun“, wiegelte Hollande die Konkurrenz durch Mélenchon ab. Dessen Erfolgsrezept ist es, Themen aufzugreifen, die laut Umfragen das Volk bewegen: die Frage nach der Kaufkraft, gefolgt vom Dauerbrennertema der Arbeitslosigkeit. Inzwischen beobachten die Sozialisten mit wachsender Sorge die erstarkende linke Konkurrenz. Zehn Kandidaten treten beim ersten Wahlgang am 22. April an, neben den zwei Favoriten können nur drei andere auf zweistellige Ergebnisse hoffen. Darunter Mélenchon, die extrem rechte Marine Le Pen und der Mann der Mitte, François Bayrou (siehe auch Seite 4). Wichtig wird, wie deren Wähler sich im zweiten Wahlgang am 6. Mai entscheiden, bei dem eine Stichwahl zwischen Hollande und Sarkozy erwartet wird. Wird Mélenchon zu stark, schwächt er Hollande und könnte ihn im ersten Wahlgang hinter Sarkozy verweisen. Hollande wäre dann darauf angewiesen, die Stimmen der Mélenchon-Wähler zu bekommen.

gilt nicht als Kämpfematur. Obwohl er abgepeck hat und durch eine eckige Brille weniger weich wirkt, bezweifeln viele, dass er das Format zum Staatsmann hat. Doch Hollande kommt zugute, dass der Wahlkampf durch eine große Abneigung gegen die Person und Politik des amtierenden Präsidenten bestimmt ist.

Anti-Sarkozy-Stimmung Noch nie gab es einen Präsidenten, der laut Umfragen so unbeliebt war wie Sarkozy. Frankreich scheint reif für einen Wechsel zu sein. Grund dafür ist die Verdrossenheit über Sarkozys politische Erfolge. Der Mann, der einst mit dem Slogan antrat: „Mehr arbeiten, mehr Geld verdienen“, hat seine Versprechen nicht halten können. In der Krise verloren die Franzosen sogar weiter an Kaufkraft. Viele sehen in Sarkozy vor allem den Präsidenten der Reichen, der Steuererleichterungen für Vielverdiener durchsetzte.

„Das Misstrauen der öffentlichen Meinung gegenüber der Politik ist groß“, stellte der Politologe Pascal Perrineau, Professor am renommierten L'Institut d'études politiques in Paris, fest. Der Ökonom Philippe Askenazy, Recherche-Direktor beim staatlichen Wirtschaftsforschungsinstitut CNRS, sieht die Zeit reif für einen politischen Wandel, weg von einer Diktatur des Geldes zu mehr sozialem Bewusstsein. Er hat mit Kollegen das „Manifest der empörten Ökonomen“ verfasst. Das Buch, das sich gegen die Macht der Finanzmärkte ausspricht,

staatliche Sparpolitik in Frage stellt und empfehlen, große Unternehmen und Spitzenverdiener stärker zur Kasse zu bitten, hat sich in Frankreich mehr als 70.000 Mal verkauft. „Die Franzosen fragen sich, ob sie ein Europa der Sparpolitik oder der Solidarität wollen“, betonte Askenazy.

Hollande nutzte im Wahlkampf gerade diese Stimmung und platzierte sich als Anti-Sarkozy-Strategie: „Ich liebe die Menschen, andere sind mehr vom Geld fasziniert“, sagte er bei seinem ersten großen Auftritt Ende Januar in Le Bourget bei Paris und versprach einen Steuersatz von 75 Prozent für alle, die über eine Millionen Euro jährlich verdienen. Auch wer mehr als 150.000 Euro verdient, soll stärker zur Kasse gebeten werden.

Viele Franzosen befürchten bei einer weiteren fünfjährigen Amtszeit von Sarkozy den „Verlust sozialer Errungenschaften“. Selbst Gewerkschaftsvertreter, die sich sonst zu Wahlen nicht äußern, haben Stellung genommen. Bernard Thibault, Generalsekretär der linken CGT, sprach sich gegen eine Wiederwahl aus: „Bei einem zweiten Mandat wäre die Rechnung für die Angestellten teuer“, erklärte er. Auch die gemäßigte CFDT sieht die Gefahr eines weiteren Sozialabbaus. Sarkozy hingegen hat dafür die Unterstützung des Arbeitgeberverbandes Medef. Dessen Chef Laurence Parisot lobte seine Reformen, etwa bei der Rentenreform: „Er hat eine außergewöhnliche Arbeit geleistet.“ Sarkozy präsentiert sich seit

seiner Antrittsrede im Wahlkampf in Villepinte im Norden von Paris Anfang März als der erfahrene Staatsmann und schmettert alle Kritik ab. Hollandes Programm bezeichnete er als „Feuerwerk neuer Ausgaben“, mit dem er die Mittelschicht „niederknüppeln“ wolle. Hollande präsentiert sich in der Zwischenzeit als Versöhner, der die Sarkozy-Gegner einen will, vom linken Rand bis zur Mitte. Lange Zeit schien diese Strategie den Wahlsieg zu versprechen. Doch in den letzten Wochen vor der Wahl ist Hollande in den Umfragen zum Wahlgang hinter Sarkozy zurückgefallen. Das linke Magazin „Le Nouvel Observateur“ kommentierte: „Hilfe, kehrt Sarkozy zurück?“, und das Magazin „L'Express“ warf mit Hollande auf dem Titel die Frage auf: „Wird er verlieren?“

Die Zweifel an der staatsmännischen Statur von Hollande haben sich mit den Terroranschlägen von Toulouse im März noch verstärkt, bei denen Sarkozy von seinem Amtsboss profitierte. Er würdigte mit ernster Miene die Soldaten bei der Trauerfeier, Hollande hetzte hinterher, tauchte überall dort auf, wo sich der Präsident zeigte. Seitdem traten Arbeitslosigkeit und soziale Probleme, Themen, bei denen Hollande punkten kann, in den Hintergrund. Die innere Sicherheit stand ganz oben und Sarkozy kündigte Maßnahmen gegen den Terror an. Hollande kann nur hoffen, dass der „Toulouse-Effekt“ bis zur Wahl abgeflaut ist. Doch seitdem wirkt Sarkozy siegesbewusster. Bei der Vorstellung seines Programmes in Paris gab er sich als großer Krisenmanager, der die Staatsschulden reduzieren will. Letztendlich dürfte nach Ansicht von Meinungsforschern der Wahlsieg, dem die Franzosen es eher zutrauen, sie sicher durch die Krise zu führen.

als die Bundestagsabgeordneten, gewählt werden. Sollten die Franzosen bei den Parlamentswahlen politisch umschwenken, gibt es eine sogenannte „cohabitation“, das heißt Staatspräsident und Premierminister gehören unterschiedlichen politischen Lagern an. Die Macht des Präsidenten ist dabei geschwächt, weil er keine eigene Mehrheit im

kündigte schon an, dass er im Falle seines Wahlsieges das Präsidentenamt neu definieren will. Er setzt sich für mehr Macht des Parlaments ein.

Ohne Emotionen Doch unabhängig davon, wer letztendlich siegt, wird Frankreich diesen Wahlkampf als einen der emotionslosesten in Erinnerung behalten. Für französische Verhältnisse geht es – abgesehen von Mélenchons Kundgebungen wie an der Bastille – diesmal sehr nüchtern zu. Auf den im republikanischen Blau gehaltenen Wahlplakaten der beiden Favoriten ist es offensichtlich Pflicht, ernst dreinzuschauen. Hollande steht nachdenklich vor einem blauen Himmel auf dem Lande, Sarkozy vor dem blauen Ozean.

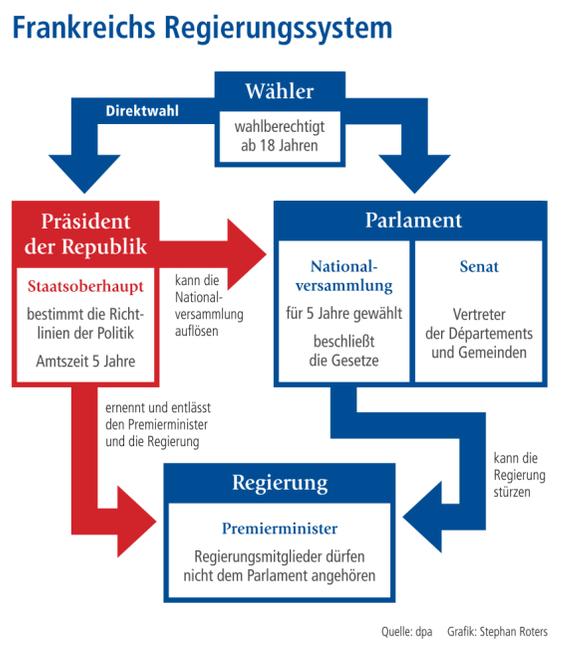
Im ganzen Land kleben die Konterfeile der Kandidaten auf großen Metalltafeln vor Schulen und öffentlichen Plätzen. Dabei zeigte sich auch hier die Sarkozy-Müdigkeit vieler Franzosen besonders deutlich, denn gerade seine Plakate werden am häufigsten verunstaltet. Statt seines Slogans „La France Forte“ (Das starke Frankreich) standen über Nacht auf vielen Plakaten Reimvarianten wie „La France Morte“ (Das tote Frankreich) oder „La France le sort“ (Frankreich wirft ihn raus). Und manchmal war das Bild des amtierenden Staatspräsidenten gleich ganz verschwunden.

Tanja Kuchenbecker

Die Autorin lebt und arbeitet als freie Journalistin in Paris.

»Das Misstrauen der öffentlichen Meinung gegenüber der Politik ist groß.«

Pascal Perrineau, Politologe



Quelle: dpa Grafik: Stephan Roters

Keine echte Kämpfematur Für Sarkozy ist die Unterstützung von links willkommen. Er lobte Mélenchon: „Er verteidigt wenigstens Ideen“, sagte er kürzlich. Hollande griff er dagegen an: „Je mehr man Hollande sieht, desto weniger hat man Lust auf ihn. Er hat keine Vorstellung davon, was es bedeutet, ein Land zu führen.“ Sarkozy benutzt für sich selbst gerne das Bild eines Boxers: „Man muss sich schlagen, die Leute erwarten das“, das ist sein Credo. Kämpfen kann er, das spricht ihm niemand ab. Hollande dagegen

Zankapfel Europa Mehr als jemals zuvor geht es bei dieser Wahl um Europa. Sarkozy schien lange der Wunschkandidat von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zu sein. Denn Hollande will zwar sparen, ist aber im Gegensatz zu Sarkozy gegen eine in der Verfassung festgelegte Schuldenbremse und will den von Merkel und Sarkozy ausgehandelten Stabilitätspakt für mehr Budgetdisziplin in Europa neu verhandeln. Doch wenige Wochen vor der Wahl zeigte sich, dass auch Sarkozy ein schwieriger Partner für Deutschland werden könnte als bisher. Er begann rechtspopulistische Töne anzuschlagen, drohte mit einem einseitigen Rückzug aus der europäischen Handelspolitik, sprach sich für eine Wiedereinführung der Grenzkontrollen aus und will weniger für Europa zahlen. Deutsche Politiker sahen das als politisches Manöver, aber er spricht damit vielen Franzosen aus dem Herzen, die Europa mit Skepsis sehen.

Parlamentswahl in Sicht Über die Präsidentschaftswahlen gerät derzeit eine andere Wahl ganz in Vergessenheit. Nur einen Monat nach dem Stichwahltermin für die Präsidentschaft folgen in zwei Wahlgängen am 10. und 17. Juni die Parlamentswahlen, bei denen 577 Abgeordneten nach dem Mehrheitswahlrecht für fünf Jahre, ein Jahr länger

»Permanenter Staatsstreich«

FÜNFTE REPUBLIK Verfassung gibt Präsident Sonderstatus

Trifft sich Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy bei europäischen Gipfeln mit anderen Staats- und Regierungschefs, dürfte er von einigen seiner Kollegen beneidet werden. Denn die Verfassung der Fünften Republik gibt ihm weitaus mehr Vollmachten als den anderen Regierungschefs in Europa: Sie besagt, dass der Präsident alle fünf Jahre direkt vom Volk gewählt wird und sich einmal zur Wiederwahl stellen kann. Der Präsident ernannt den Premierminister und auf dessen Vorschlag die Regierung. Zudem leitet er die Kabinettsitzungen. Als Oberbefehlshaber der Streitkräfte hat er auch das letzte Wort über den Einsatz der französischen Nuklearwaffen, der sogenannten „force de frappe“, und kann im UN-Sicherheitsrat von seinem Vetorecht Gebrauch machen.

Schwache Legislative Im Vergleich zu Deutschland ist die Macht der Exekutive gegenüber der Legislative weitaus größer. Zwar hat auch in Frankreich das Parlament die Aufgabe die Regierung zu kontrollieren, aber die Regierung bestimmt die Tagesordnung des Parlaments. Die Bereiche, in denen das Parlament selbst parlamentarische Initiativen ergreifen kann, sind in der Verfassung genau festgelegt. „Monsieur le pré-

sident“ kann jedoch ohne Zustimmung des Parlaments den Regierungschef entlassen und die Nationalversammlung auflösen. Schwierig wird es für den Präsidenten dann, wenn er im Parlament nicht über eine eigene Mehrheit verfügt und er mit einem Premierminister aus dem anderen politischen Lager regieren muss. Diesen Fall der sogenannten „cohabitation“ hat es in Frankreich bislang drei Mal gegeben. Die starke Stellung des Präsidenten ist ein Ergebnis der französischen Geschichte: Entscheidend geprägt wurde die Verfassung von Präsident Charles de Gaulle, der 1958 nach zahlreichen innenpolitischen Krisen und vor dem Hintergrund des Algerienkrieges eine neue Verfassung auf den Weg brachte – einen Gegenentwurf zur Verfassung der IV. Republik, in der die Nationalversammlung eine starke Stellung hatte, was aber politische Instabilitäten zur Folge hatte. Die Fünfte Republik steht immer auch in der Kritik. Der frühere Präsident François Mitterand nannte sie in seiner Oppositionszeit einen „permanenten Staatsstreich“. Und der linke Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon kündigte an, im Falle seines Wahlsieges die Verfassung zu ändern: für eine Sechste Republik. Annette Sach

Glücksfall für Kommunisten



Jean-Luc Mélenchon, der Kandidat der „Linksfront“ (einer Wahlallianz aus Kommunisten und Linkspartei) gilt als die Überraschung der Präsidentschaftskampagne 2012. Es ist vielleicht weniger

sein traditionell klassenkämpferisches Programm, sondern ein außerordentliches Redner-talent, das von Mal zu Mal mehr Zuhörer in seine Veranstaltungen lockt. Mélenchon begann seinen Wahlkampf als Außenseiter, dem die Umfragen höchstens fünf Prozent voraussagten. Letzte Prognosen reden von fast drei Mal so viel. Damit der Gründer der „Parti de Gauche“ nach dem deutschen Vorbild von „Die Linke“ als Kandidat für die Kommunisten des Parti communiste français (PCF) nach langem Niedergang ein unverhoffter Glücksfall. Bei der Präsidentschaftswahl 2007 hatte die PCF-Kandidatin knapp zwei Prozent erreicht.

Zu den Hauptthemen der „Linksfront“ gehören eine scharfe EU-Kritik mit der Ablehnung des Vertrags von Lissabon und des Fiskalpakts sowie die Forderung nach einer Steuerreform zu Lasten der „Reichen“ und der Steuerflüchtlinge. Als Hauptgegnerin attackiert Mélenchon Marine Le Pen, die Kandidatin des rechtsextremen „Front National“, die dieselben sozialen Wählerschichten anspricht. Mélenchon beansprucht für sich, bei diesen Wahlen den Vormarsch der fremdenfeindlichen Rechten gestoppt zu haben. Wegen Mélenchons Bemerkungen weigerte sich Le Pen, mit ihm im Fernsehen zu debattieren.

Der 1951 in Tanger (Marokko) geborene Mélenchon hatte seine Politik-Laufbahn als Philosophiestudent in einer trotzkistischen Organisation begonnen, sich dann aber der Parti Socialiste angeschlossen – wie der spätere Premierminister Lionel Jospin, der ihn 2000 als Berufsbildungsminister in seine Regierung holte. Mit seiner wachsenden Popularität wurde der „Linksfront“-Kandidat zu einem Problem für François Hollande, der den Linkswählern einschärfte, „nützlich“ zu stimmen, um ein Debakel wie im April 2002 zu vermeiden. Damals schaffte es Jospin wegen der allzu großen Zahl von linken Kandidaten nicht in die Stichwahl. **Rudolf Balmer (rb) |**

Der Autor ist Paris-Korrespondent der „taz“.

Auf den Spuren des Vaters



Mit 82 Jahren entschied sich Jean-Marie Le Pen, der Führer der extremen Rechten, schweren Herzens, den Vorsitz des von ihm gegründeten Front National (FN) abzugeben und sich in der Partei mit der

Rolle einer grauen Eminenz abzufinden. Der Rücktritt fiel ihm etwas leichter, weil er die Leitung seiner jüngsten Tochter Marine übergeben konnte. Sie war zwar intern nicht unumstritten. Ihre Gegner befürchteten, sie wolle die ausländerfeindliche Parteilinie aufweichen. Ihre Gewandtheit in Fernseh-talks und nicht zuletzt die Autorität ihres Vaters geben der 43-jährigen Marine Unterstützung. Marine Le Pen (43) hat die Politik in der Familie gelernt. Schon mit 18 Jahren kandidierte sie ein erstes Mal für den FN bei Parlamentswahlen. Nach ihrem Jurastudium und einer kurzen Tätigkeit als Rechtsanwältin stieg sie voll in die Politik ein. Sie hat fast dieselbe raue Stimme und eine verblüffend ähnliche Mimik und Gestik wie ihr Vater und sie teilt dessen Ablehnung der Elite und Bürokratie in Paris und Brüssel.

Wie er betrachtet sie die Immigration als Grund allen Übels in Frankreich und den Islam als Hauptbedrohung der westlichen Zivilisation. Mit der Parteiführung erbe sie zugleich auch die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin. Ihr hochgestecktes Ziel ist es dabei, wie Jean-Marie Le Pen 2002 den Sprung in die Stichwahl zu schaffen. Um dies zu erreichen, versuchte sie zuerst mit einer etwas gemäßigten Rhetorik ihre oft vom „Establishment“ verfeimte Partei „salonfähig“ zu machen. Sie orientierte sich dabei an rechtspopulistischen Vorbildern aus Österreich und der Schweiz. Überraschender war ihre populistische Wende hin zu Arbeitern und zu Opfern der Finanzkrise, denen sie das nationalistiche FN-Programm einer strikten Bevorzugung der Einheimischen als Lösung empfiehlt. Sie will namentlich die Zahl der ausländischen Neuzuzügler von heute fast 200.000 auf 10.000 pro Jahr begrenzen. Als scharfe EU-Gegnerin wünscht sie einen Austritt aus der Euro-Währungsunion und einen nationalen Protektionismus. Die islamistischen Attentate von Toulouse lieferten ihr den Vorwand zu einer Verschärfung ihrer Tirade gegen die islamische Bedrohung. **rb |**

Favoriten auf Augenhöhe

PRÄSIDENTSCHAFT Sarkozy oder Hollande? Nur zwei haben eine Chance



Nicolas Sarkozy (links) und François Hollande liegen in der Wählergunst gleichauf. Das Rennen um die Präsidentschaft dürfte in einer Stichwahl entschieden werden.

Rein äußerlich haben die zwei manche Gemeinsamkeit. Da ist zunächst einmal das Alter (57) und die Zahl der Kinder (vier). Als Politiker haben sie ausgiebig die in Frankreich übliche Ämterhäufung als Bürgermeister, Abgeordneter, Departements- und Regionalpolitiker praktiziert, so dass jeder von ihnen auf eine jahrzehntelange Berufserfahrung in der Politik zurückblicken kann. Europaabgeordnete waren sie übrigens auch, ganz kurz, 1999. François Hollande ist nach fünf, Nicolas Sarkozy sogar schon nach zwei Monaten wieder zurück nach Paris gegangen. Jetzt wollen beide, was der eine schon einmal geschafft hat: Staatspräsident werden. Der Wahlkampf 2012 plänkelt weit unter dem Niveau, das er angesichts der bevorstehenden Herausforderungen zur Haushaltsanpassung haben sollte. Gerade auf diesem Terrain haben die Favoriten auf ihren höchst unterschiedlichen Wegen durch die politische Landschaft zwar immer wieder Erfahrung gesammelt. Der Debatte ist das aber (noch) nicht anzumerken. Hollande hält sich seit seinem Vorschlag einer Steuer von 75 Prozent für Spitzenverdiener an die Strategie des Sarkozy-Bashing, während Sarkozys Team nicht müde wird, Hollandes mangelnde Regierungserfahrung hervorzuheben.

Aufstiegswille Ihre Herkunft hat Hollande und Sarkozy jeweils unterschiedlich geprägt. Nicolas Sarkozy stellt sich jung und zielstrebig in den Windschatten von Jacques Chirac. Schon als Gymnasiast tritt er der Jugendorganisation der Gaullisten bei. Bei einem Parteitag darf er zwei Minuten vors Plenum treten – das seine feurigen Worte mit viel Applaus honoriert. Sein Talent ist unübersehbar. In dem Pariser No-

belvorort Neuilly sur Seine, der seine politische Heimat und Basis wird, ist der Jüngling erst seit kurzem zu Hause: Sarkozys Mutter, eine alleinerziehende Anwältin mit drei Söhnen, hat dort ein nicht besonders nobel gelegenes Appartement gekauft. Das Geld ist immer knapp in der Familie, knapper als in dem tonangebenden Pariser Milieu, zu dem die Söhne unbedingt gehören sollen. Der umtriebige mittlere Sohn, Nicolas, jobbt als Pizzaverkäufer, drängt über Ortsverein und Gemeinderat in die Politik und studiert nebenbei Jura im kommunistisch regierten Nachbarort Nanterre, wo Daniel Cohn-Bendit 1968 sein politisches Debüt gegeben hatte. Viel Zeit fürs Lernen bleibt Sarkozy nicht. Die Anwaltsprüfung besteht er mit allerknappstem Notendurchschnitt. Später studiert er an der Elite-Universität Sciences Po, scheitert beim Abschlussexamen aber an seinem schlechten Englisch. Wie Politik in Frankreich funktioniert, hat er längst Jacques Delors, dem Hoffnungsträger der Sozialisten vor der Präsidentschaftswahl von 1995, der jedoch schließlich nicht antritt. Nicolas Sarkozy ist damals zum ersten Mal Minister, für Haushaltsfragen. Später, nach einer Durststrecke, die auch er zum Einstieg in eine Anwaltskanzlei – für eine private Unternehmerklientel – nutzt, kehrt Sarkozy in die Politik zurück. Er wird Finanz- und Innenminister, wohl wissend, dass Innenminister selten populär sind, „dort ist aber die Machtzentrale des Staats“. Ganz offen erklärt er bei einem Fernsehauftritt, dass er „nicht nur beim Rasieren“ ans höchste Staatsamt denkt. Als er die Zeit für gekommen hält, greift er nach dem Parteivorsitz der konservativen Sammlungsbewegung Union pour un mouvement populaire (UMP) und mischt sie nach seinen Bedürfnissen auf. Den Sieg von 2007 hat Sarkozy von langer Hand vorbereitet.

Kaderschmieden François Hollande stammt aus einem anderen, behüteten Milieu. Sein Vater ist kein Lebenskünstler wie der kleinalte Flüchtling Pal Sarkozy, sondern ein Hals-Nasen-Ohrenarzt mit Sympathie für rechtsextreme Politik. Hollande erzählt lieber von seiner Mutter, einer Sozialarbeiterin, die ihm den Sinn für die Sorgen der kleinen Leute geschärft habe. Erst mit 13 Jahren zieht er aus der Provinz nach Paris. Studieren wird François Hollande aber nicht in irgendeiner Vorstadtuniversität, sondern genau da, wo Sarkozy gescheitert ist: in Sciences Po. Als Kompromisskandidat gelangt Hollande an die Spitze der linken Studentengewerkschaft Unef. Er war nicht die erste Wahl, aber er hält sich. Hollande versteht es, die Leute mit Scherzen

für sich einzunehmen und große Zukunftspläne zu schmieden. Als François Mitterrand 1981 die Präsidentschaftswahl gewinnt, hat Hollande an drei Elite-Hochschulen reüssiert, darunter die Wirtschaftsuniversität HEC und die Ena, Kaderschmiede der französischen Technokratie. Folgerichtig betritt das frischgebackene Parteimitglied der Sozialisten den politischen Königsweg: Er wird Berater im Elysée-Palast. Kurze Zeit später sammelt Hollande erstmals Erfahrungen als Wahlkämpfer. Mitterrand schickt ihn in die Corrèze, ein ländliches Département, zu dem Hollande keine persönliche Bindung hat. Er beackert das regionalpolitische Terrain, schlägt Wurzeln. 1988 wird er zum Abgeordneten in die Nationalversammlung gewählt, verliert den

Sitz 1993 aber wieder. Hollande tritt in die Anwaltskanzlei eines Parteifreunds ein, wo er sich um Gebietskörperschaften kümmert. Politisch nähert er sich Jacques Delors, dem Hoffnungsträger der Sozialisten vor der Präsidentschaftswahl von 1995, der jedoch schließlich nicht antritt. Nicolas Sarkozy ist damals zum ersten Mal Minister, für Haushaltsfragen. Später, nach einer Durststrecke, die auch er zum Einstieg in eine Anwaltskanzlei – für eine private Unternehmerklientel – nutzt, kehrt Sarkozy in die Politik zurück. Er wird Finanz- und Innenminister, wohl wissend, dass Innenminister selten populär sind, „dort ist aber die Machtzentrale des Staats“. Ganz offen erklärt er bei einem Fernsehauftritt, dass er „nicht nur beim Rasieren“ ans höchste Staatsamt denkt. Als er die Zeit für gekommen hält, greift er nach dem Parteivorsitz der konservativen Sammlungsbewegung Union pour un mouvement populaire (UMP) und mischt sie nach seinen Bedürfnissen auf. Den Sieg von 2007 hat Sarkozy von langer Hand vorbereitet.

François Hollande hat es nie zum Minister gebracht. Mit sehr viel gutem Willen mühen sich Biographen und Weggefährten, dies in eine Stärke umzumünzen. Hollande wolle ein „normaler Präsident“ sein, und kein Polarisierer, wie Sarkozy. Seine Strategie sei eben langfristiger. Er dränge sich nicht in den Vordergrund, bevor die Zeit reif sei. Am Ende bekomme er doch, was er wolle. So sah es auch aus, als er 1997 Vorsitzender der französischen Sozialisten wurde. Auf dem Parteitag, der das besiegelte sollte, ging seine Amtsübernahme seinerzeit eher nebenbei über die Bühne.

Notorisch zerstritten Elf Jahre lang hielt Hollande die notorisch zerstrittene Partei fortan bis 2008 zusammen. Eine lange, aber keine glanzvolle Zeit, in der die Sozialdemokraten in den Nachbarstaaten richtungweisende Programme wie „New Labour“ und die „Neue Mitte“ mitsamt der Agenda 2010 hervorbrachten. Erst der Wahlkampf von 2007 holte die französische Funktionärspartei in die Welt des 21. Jahrhunderts. Ségolène Royal erzwang ihre Nominierung mit einer neuartigen Mobilisierungsstrategie gegen

den Parteiparat – und über den Kopf ihres damaligen Lebensgefährten Hollande hinweg. François Hollande ist gewiss nicht bloß „Herr Witzchen“ oder „Der Wackelpudding“, wie Genossen ihn in der Vergangenheit gern verspottet haben. Aber: Hätten die Sozialisten ihn jemals zu ihrem Spitzenkandidaten erkoren, wenn Dominique Strauss-Kahn nicht vorher an seiner Unbeherrschtheit gescheitert wäre? **Jacqueline Hénard, Paris |**

Die in Berlin geborene Autorin arbeitet als Publizistin in Paris. Sie war langjährige Korrespondentin für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und „Die Zeit“.

Balanceakt in der Mitte



Der Zentrumsdemokrat **François Bayrou** ist mit 61 Jahren nicht älter als andere Präsidentschaftskandidaten. Als Einziger tritt er schon zum dritten Mal an. Damit hätte er in Sachen Wahlkampf Erfahrung

den anderen eigentlich einiges voraus. 2007 war der „Dritte Mann“ sogar mit 18,6 Prozent der Finalrunde überraschend nahe gekommen. Auch 2012 wird er nach allen Prognosen nicht in die Stichwahl kommen. Er hofft aber, dass er zu einer Alternative für bürgerliche Wähler werden könnte, die von der Bilanz der Präsidentschaft Sarkozy enttäuscht sein müssten.

Bayrou hatte als Abgeordneter der Nationalversammlung zunächst mit der rechten Regierungsmehrheit gestimmt, sich dann immer häufiger sehr kritisch zur Politik von Präsident Sarkozy geäußert und schließlich bei Vertrauensabstimmungen mit der Opposition votiert. Auch seine dritte Präsidentschaftskandidatur scheint zu belegen, dass die Position der politischen Mitte in Frankreich ein schwieriger Balanceakt ist. Die Position „weder links noch rechts“ ist im dualen französischen Wahlsystem schwer zu halten. Schon 2002 und erst recht nach 2007 wanderten die meisten seiner Anhänger und die Mitglieder der einst von Valéry Giscard d'Estaing als Konkurrenz zum Gaullismus gebildeten liberal-konservativen Union (UDF) in Umfragen zum jeweiligen rechten Staatspräsidenten ab.

Die vor fünf Jahren von Bayrou gegründete Partei „Mouvement Démocrate“ (MoDem) wurde nie zur Massenpartei, obwohl eigentlich die christdemokratische Grundposition in Frankreichs Nachkriegszeit eine der wichtigsten Strömungen war. Wie seine Vorbilder Robert Schuman und Jean Monnet vertritt Bayrou eine klar proeuropäische Linie. Als einer der Ersten hatte er Frankreich vor der Finanzkrise zum Schuldenabbau gemahnt. Vergeblich versuchte der ehemalige Erziehungsminister, seinen Landsleuten die Notwendigkeit von Sparmaßnahmen einzupauken. Als Bauernsohn und Pferdezüchter aus dem Béarn im französischen Baskenland verkörpert Bayrou einen Gegensatz zu den Pariser Parteizentralen, die in der Politik den Ton angeben. **rb |**

Grüne Politik mit roter Brille



Die grüne Präsidentschaftskandidatin von „Europe-Ecologie-Les Verts“ (EELV) ist eine Spätberufene der Politik. In ihrer Wahlheimat Frankreich, die sie als norwegisches Aupair-Mädchen entdeckt hatte,

war **Eva Joly** zunächst als hartnäckige Untersuchungsrichterin in großen Finanzaffären bekannt geworden. Sie hatte unter anderem im verästelten Korruptionsfall des Erdölunternehmens Elf-Aquitaine ermittelt, den Konzernchef hinter Gitter und den ehemaligen Außenminister Roland Dumas in Verlegenheit gebracht.

Nach einer vorübergehenden Rückkehr nach Oslo, wo sie als Gro Eva Farseth 1943 auf die Welt gekommen war, wollte sie ihren Kampf für Transparenz in der französischen Politik fortsetzen. Zuerst suchte sie 2007 Anschluss beim Zentrumsdemokraten François Bayrou, verließ diesen aber, weil er „kein Programm hat“. Als zweite Spitzenkandidatin der von Daniel Cohn-Bendit angeführten grünen Liste „Europe Ecologie“ wurde sie 2009 ins Europaparlament gewählt. Sie wurde zum Symbol der politischen Öffnung bei den französischen Grünen. Überraschend setzte sie sich im Herbst 2011 bei der EELV-Vorwahlen zur Nominierung des Präsidentschaftswahlen gegen den Fernsehstar Nicolas Hulot durch.

Mit ihrer roten Brille und ihrem auch nach 50 Jahren in Frankreich unüberhörbaren nordschen Akzent hatte sie in den Medien sofort ein unverwechselbares Image. Nach der Reaktor Katastrophe von Fukushima hat die grüne Forderung nach einem totalen Ausstieg aus der Atomkraft zudem Anklang wie nie zuvor. Durch die Finanzkrise sind aber für die Wähler Klima- und Umweltheimen weniger wichtig als Kaufkraft und Beschäftigung oder die Sicherheit nach dem Schock der Anschläge von Toulouse. In der Folge hatte Eva Joly größte Mühe, ihre Wahlkampagne in Gang zu bringen und sich für besondere Anliegen wie Straf-Freiheit für Cannabiskonsum Gehör zu verschaffen. Selbst in der eigenen Partei begannen einige an der Kandidatin zu zweifeln, die in Umfragen bei zwei bis drei Prozent stagnierte. Sogar ihr Akzent spielt nun außerhalb der Partei wegen einer latenten Fremdenfeindlichkeit gegen sie. **rb |**

Die freundschaftliche Zusammenarbeit sei ihnen keinesfalls in die Wiege gelegt worden. „Aus historischer Verantwortung“, auch aus „persönlicher Zuneigung“ hätten sie jedoch zueinandergefunden, gestand die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in einem gemeinsamen Fernsehinterview mit Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy. Das war Anfang Februar, die Eurokrise steuerte auf einen neuen Höhepunkt zu und der Fiskalpakt, die gemeinsame Verpflichtung der Euro-Staaten zur Schuldenbegrenzung, war noch längst nicht unter Dach und Fach. In der öffentlichen Wahrnehmung verschmolzen die beiden damals gar zum Duo „Merkozy“.

Und auch wenn die freundschaftliche Zusammenarbeit so weit ging, dass Sarkozy fortan das deutsche Modell als Vorbild empfahl, so lange, bis die Franzosen davon nichts mehr hören wollten, so vermittelten die beiden doch ein Bild davon, dass Europa immer dann vorankommt, wenn in Paris und in Berlin an einem Strang gezogen wird. Ob Nicolas Sarkozy wieder Präsident wird oder der Sozialist François Hollande das Rennen um die Präsidentschaft macht, hat auch Folgen für das deutsch-französische Verhältnis und den Kurs der Euro-Stabilisierung. Und klar ist auch: Frankreich selbst steht mit der Politik der Schuldenbegrenzung in Europa vor gewaltigen Herausforderungen. Doch dieses Problem ist kaum Thema der Auseinandersetzungen zwischen den aussichtsreichsten Kandidaten. Sarkozy und Hollande führen einen Wahlkampf der Beschönigungen.

Graduelle Unterschiede Frankreich hat am 22. April die Wahl zwischen einem „rechten“ und einem „linken“ Präsidenten, die sich vor allem in Bezug auf Wirtschaft, Finanzen und Soziales in weiten Teilen ihrer Politik kaum unterscheiden. In den Umfragen haben nur noch der Amtsinhaber Sarkozy und sein Herausforderer Hollande die Aussicht auf die Teilnahme am entscheidenden zweiten Wahlgang am 6. Mai. Sarkozy war 2007 als mutiger Reformler und Erneuerer des Landes angetreten, hat aber seinem „Quinquennat“, seiner fünfjährigen Amtszeit, keinen klaren Fokus geben können. Hollande ist ein für französische Verhältnisse „rechter“ Sozialist, der mit ein paar Tupfern wie einem Steuersatz von 75 Prozent für Millionengehälter – am liebsten europaweit – oder der Forderung nach Neuverhandlung des Euro-Fiskalpakts etwas Rouge aufträgt.

Der größte Unterschied zwischen den beiden zeigt sich in der Europapolitik. Nicht von ungefähr hatte die deutsche Bundeskanzlerin ihre Unterstützung für Nicolas Sarkozy zugesagt – nachdem Hollande angekündigt hatte, den mühsam ausgehandelten Fiskalpakt erneut aufzuschneiden. Sarkozy stellt sich hinter den Fiskalvertrag, Hollande kritisiert ihn als wachstumsgefährdend und will ihn ergänzen. In mehreren Reden hat er aufgezeigt, was er erreichen will: Die Auflagen zur finanziellen Disziplin und die Sanktionen stellt er nicht in Frage. Doch er verlangt, dass als neue Einnahmequelle eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird. Damit sollen europäische Energieprojekte und ein Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit finanziert werden. Darüber hinaus fordert Hollande zusätzliche Kredite der Europäischen Investitionsbank. All das soll in einer Ergänzung des Vertrages zusammengefasst werden. Diese Vorstellungen des Mannes, der vielleicht der nächste Präsident wird, sind wahrscheinlich der größte Reibungspunkt zwischen ihm und der deutschen Bundesregierung.



Berlin am Spielfeldrand: Die Zukunft des Fiskalpakts liegt aus Sicht der Bundesregierung in den Händen der französischen Wähler.

Leere Kassen

FINANZPOLITIK Sarkozy empfiehlt sich als Hüter des Fiskalpakts. Doch am Schuldenabbau käme auch Hollande nicht vorbei

Zudem würde von Hollande, sollte er ins Amt kommen, rasch verlangt werden, seine Vorstellungen über den Abbau der Verschuldung zu präzisieren. Hollande stößt hier an ein innenpolitisches Problem: Er weiß, wie wichtig es ist, die Schuldenlawine zu stoppen. Als im Januar Ratingagenturen Frankreich die Top-Bonität entzogen, rüttelte das auch am Selbstverständnis, als Teil des deutsch-französischen Motors Europa aus der Krise zu führen.

Doch Hollande will nicht als ein Politiker wahrgenommen werden, der zwar im Wahlkampf für Wandel eingetreten ist, nach der Wahl aber als erstes ein Austeritätsprogramm, also einen strikten Sparkurs, verwirklicht. Schon das Wort steht in Frankreich auf dem Index, man spricht allenfalls von „rigueur“, Strenge. In der Sache allerdings hat Hollande sich zuletzt bewegt: Als Teil seines

Sofortprogramms hat er angekündigt, die Staatsausgaben einzufrieren, bis ihm ein Bericht des Rechnungshofes über den Stand der öffentlichen Finanzen vorgelegt werde. Das klingt nach „Kassensturz“ – ein klassischer Vorwand, um sich nach der Wahl von teuren Versprechen zu verabschieden.

Europakurs Von seinem ganzen europapolitischen Denken her ist Hollande ein Zögling des früheren Präsidenten der EU-Kommission Jacques Delors. Er setzt auf europäische Integration und auf die Stärkung der EU-Behörden sowie des Europäischen Parlaments. Der deutschen Europapolitik ist er damit näher als Sarkozy, der Europa als eine Veranstaltung der Regierungschef großer Länder, vor allem Frankreichs, Deutschlands und Italiens versteht. Hollande könnte mit Deutschland eine produktive Partner-

schaft aufbauen, falls beide Regierungen das Problem des Fiskalvertrages umschiffen. Sarkozy dagegen hat sich im Wahlkampf immer stärker auf drohende Gesten gegen Europa verlegt: Aus dem Schengen-Vertrag und sogar aus der gemeinsamen Handelspolitik will er ausscheren, falls seinen Forderungen nicht Genüge getan wird. Da zeigt sich wieder der sperrige Politiker, der er in der Anfangszeit seines Mandats war. Sarkozy wie Hollande ist eines gemein: Beide vermitteln den Wählern den Eindruck, das Land werde auf wundersame Weise von selbst aus seinen Problemen herauswachsen, die spätestens mit der Finanz- und Eurokrise klar zu Tage getreten sind. Hollande erkennt zwar die budgetären Zwänge an, unter denen der neue Präsident regieren müssen, suggeriert aber, dass ein paar Steuererhöhungen, ein auf ein Prozent be-

grenzter Ausgabenanstieg und das von ihm erwartete Wirtschaftswachstum um zwei Prozent ausreichen würden, um das Haushaltsdefizit bis 2017 auf Null zu bringen. Sarkozy kündigt weniger Steuererhöhungen an als Hollande und will dafür den Ausgabenanstieg etwas stärker begrenzen, auf 0,4 Prozent jährlich. Doch wer sich in das Kleingedruckte vertieft, muss zur Kenntnis nehmen: Auch im Programm des amtierenden Präsidenten nimmt die Abgabenbelastung der Franzosen deutlich zu. Hatte er 2007 noch versprochen, die Last von Steuern und Sozialbeiträgen um vier Prozentpunkte auf unter 40 Prozent der Wirtschaftsleistung zu drücken – was ihm nicht gelungen ist – kündigt Sarkozy jetzt sogar einen Anstieg auf 45,6 Prozent bis 2017 an. Dieser neue Rekord findet sich verständlicherweise nicht unter den breit publizierten Thesen Sarkozys, der Hollande paradoxerweise mit dem Vorwurf attackiert, er wolle die Franzosen unter neuen Steuern und Abgaben ersticken.

Energie-Engpässe Weitere Abwesende in der Wahlkampagne sind die defizitäre Krankenversicherung und der Engpass bei der Energieversorgung, in den das Land hineinflaut. Gerade in Sachen Energie gehen die Vorstellungen zwischen Berlin und Paris auseinander. Während Deutschland sich unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 für einen mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie entschied, haben Linke wie Rechte in Frankreich auf die billige Stromversorgung durch den großen Park von Atomkraftwerken verwiesen. Sie haben hingenommen, dass Jahrzehnte lang zu wenig in das Stromnetz und den Neubau von Kraftwerken investiert wurde.

Stillschweigend gehen die Politiker der großen Parteien davon aus, dass sie einfach die Laufzeiten weiter verlängern werden, mit allen Risiken hinsichtlich der Zuverlässigkeit und der Kosten, die das bedeutet. Geredet wird nicht darüber – sieht man davon ab, dass Sarkozy seinem Herausforderer Hollande vorwirft, er wolle Frankreichs Nuklearindustrie zerstören. Grund: In den nächsten fünf Jahren will der Sozialist zumindest das AKW Fessenheim an der Grenze zu Deutschland, eines der ältesten in Frankreich, vom Netz nehmen. Weil es sich auf seinem vermeintlich zukunftssicheren Atompark ausruht, hat Frankreich die Entwicklung der erneuerbaren Energien verschlafen. Die Technologie für geplante große Windparks vor der bretonischen und normannischen Küste muss aus Spanien, Asien und Deutschland zugekauft werden.

Und auch in der Exportwirtschaft gibt es ein Ungleichgewicht zwischen den beiden Nachbarn: Frankreichs hohes Defizit im Außenhandel hat sich über Jahre aufgebaut und geht auf einen veralteten Produktmix und gestiegene Lohnstückkosten zurück. So erfolgreich die großen internationalen Konzerne wie Bouygues, Vivendi, GDF Suez, Vinci und andere auch sein mögen – sie erwirtschaften einen großen Teil der Wertschöpfung in den Schwellenländern und sind nicht getragen von einem starken industriellen Unterbau mit kleinen und mittleren Unternehmen wie in Deutschland. Diesen Rückstand kann Frankreich wieder aufholen. Doch das bedarf einer Kraftanstrengung über lange Jahre hin, über die weder Sarkozy noch Hollande offen sprechen. Die Wähler ahnen dennoch, was auf sie zukommt. Dass die Kandidaten ihnen eine falsche Realität vorspiegeln, verstärkt die Zweifel an der Politik und den demokratischen Institutionen.

Der Autor ist Frankreich-Korrespondent für das „Handelsblatt“.

STANDPUNKTE DER FRAKTIONEN

Für die Bundestagsfraktionen ist die französische Präsidentschaftswahl eine Weichenstellung für Europa. Die Positionen im Überblick:



Die deutsch-französische Zusammenarbeit war und ist entscheidend für das Fortschreiten der europäischen Integration. Gerade in Zeiten der Staatsschuldenkrise brauchen wir ein starkes Frankreich in Europa. Dafür steht Präsident Sarkozy. Er ist ein Partner, der bereit ist, gemeinsam mit Deutschland und allen anderen europäischen Mitgliedstaaten, den Weg der Reformen hin zur europäischen Stabilitätsunion weiterzugehen. Wir haben den Euro. Jetzt müssen wir für eine stärkere politische Integration und eine stärkere wirtschaftspolitische Koordination in der EU sorgen. Mit dem Fiskalvertrag haben wir bereits gemeinsam einen zentralen Baustein geschaffen. Für mehr europäische Solidarität muss auch jeder einzelne Mitgliedstaat bereit sein zu – teils tiefgreifenden – Reformen hin zu Haushaltskonsolidierung und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Nicolas Sarkozy hat sich im Wahlkampf klar zum Reformkurs bekannt und wird ihn nach seiner Wahl auch umsetzen.



Wir sind uns mit François Hollande und unseren Partnern in der Partei Sozialiste darin einig, dass Fiskalpakt und ESM nicht der Schlussstrich für das europäische Rettungswerk sein dürfen. Insofern verbinden wir mit Hollande die Perspektive, den Notoperationen, die bislang maßgeblich von der Kanzlerin und Präsident Sarkozy betrieben worden sind, eine wirtschaftspolitische Perspektive hinzuzufügen. Der deutsch-französische Motor kann durch eine gemeinsame Politik wichtige Wirtschaftsimpulse für Wachstum und Stabilität in der Eurozone geben. Mit einem Präsidenten Hollande kann die gegenwärtige exzessive Politik des Konjunkturabwürgens der südlichen Länder der Eurozone künftig zugunsten einer Wachstums- und Konsolidierungspolitik umgesetzt werden. Die Finanztransaktionssteuer bekäme eine zweite Chance.



Sowohl der amtierende Präsident Nicolas Sarkozy als auch sein Herausforderer François Hollande positionieren sich im Wahlkampf leider europakritisch. Während Nicolas Sarkozy das Schengen-Abkommen in Frage stellt, will sein Herausforderer François Hollande die stabilitätsorientierte Euro-Politik revidieren. Egal wie die Präsidentschaftswahl ausgeht: Die über Jahrzehnte gewachsene deutsch-französische Partnerschaft wird weiterhin eine zentrale Rolle spielen, die für jeden Präsident Frankreichs „raison d'état“ ist und bleiben wird.



Durch die Kandidatur von Jean-Luc Mélenchon von der Linksfrente werden soziale Themen zu einem zentralen Feld der politischen Diskussion. Er will das Parlament aufwerten, die Rente mit 60 wieder einführen, den Mindestlohn erhöhen und Reichtum umverteilen. Er fordert, dass über die Wirtschaftspolitik der EU in Zukunft das Volk entscheiden soll. Insbesondere seine Ablehnung des „Merkozy“-Fiskalpaktes als brutales Spardiktat und des Europäischen Stabilitätsmechanismus, der nur Banken und Investoren rettet, finden breite Zustimmung. In seinem Wahlkampf für ein sozial gerechtes Frankreich zeigt Mélenchon die Möglichkeit einer anderen Politik auf. So besteht die Chance, dass einer der wichtigsten EU-Staaten endlich wieder eine andere Wirtschaftspolitik im eigenen Land durchsetzt und auf europäischer Ebene einfordert. Dies kann dazu beitragen, eine Verschiebung der Politik in Richtung eines sozialen Europas durchzusetzen.



Die Grüne Kandidatin Eva Joly fordert am entscheidenden mehr europäischen Entscheidungsfähigkeit gegen die Krise der Politik und für die Lösung der Schuldenkrise. In der zweiten Runde unterstützen überzeugte EuropäerInnen den Sozialisten Hollande gegen den konservativen Amtsinhaber. Sarkozy hat mit der Schließung der freien Grenzen in Europa gedroht, um Einschränkungen für Migranten zu erpressen. Auch deshalb ist Hollande mit Forderungen nach einem solidarischeren Europa die bessere Wahl. Die Grünen teilen Hollandes Überzeugung, dass Europa nur erfolgreich sparen kann, wenn ein sozial-ökologisches Investitionsprogramm die Rezession in EU und Eurozone überwindet. Wie auch wir fordert er eine Finanztransaktionssteuer (FTS), die alle Finanzmarktgeschäfte betrifft, auch die riesigen Umsätze mit Devisen und Derivaten, nicht nur Aktien.

Wahlkampf mit und gegen Europa

KANDIDATEN Fiskalpakt, Schuldenbremse und Euro-Bonds: Die Bewerber ums Präsidentenamt versuchen auch mit Europa-Themen zu punkten

Europa spielt in den Programmen der französischen Präsidentschaftskandidaten nicht die herausragendste Rolle, umso mehr aber in den öffentlichen Auseinandersetzungen der Kandidaten. Je näher der Wahltag rückt, desto häufiger warnt Amtsinhaber Nicolas Sarkozy vor einer neuen Krise, sollte sein sozialistischer Herausforderer François Hollande gewählt werden. Dann würden die Finanzmärkte Frankreich abstrafen, dann drohe dem Land der Absturz wie Griechenland ihn bereits erlebt habe.

Die Franzosen haben indes andere Sorgen: den Eindruck, immer weniger Geld im Portemonnaie zu haben, die Angst um den Arbeitsplatz und die soziale Absicherung. Jeden Tag verlieren rund tausend Menschen in Frankreich ihren Arbeitsplatz. Mit fast zehn Prozent hat die Arbeitslosigkeit den höchsten Stand seit zwölf Jahren erreicht. Trotz Schuldenkrise legen deshalb weder Sarkozy noch der Herausforderer Hollande in diesem Wahlkampf konkrete Sparpläne für den Staatshaushalt vor (siehe Beitrag oben).

Hollande hat den EU-Fiskalpakt, in dem sich die Unterzeichnerstaaten zu mehr Haushaltsdisziplin verpflichten, scharf kritisiert. Auch die Rolle der Europäischen Zentralbank will der sozialistische Kandidat in diese Richtung neu orientieren. „Ich werde vorschlagen, Euro-Obligationen zu schaffen“, heißt es in der Wahlkampfschüre des sozialistischen Kandidaten.

Europa solle mit neuen Finanzierungsinstrumenten große Zukunftsprojekte fördern, vor allem in den Bereichen grüne Technologien und Schienen-Gütertransport. Sarkozy hingegen will in der französischen Verfassung eine Schuldenbremse verankern und bekräftigt das Ziel, 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Den Beitrag Frankreichs zum EU-Budget will er einfrieren.

Jean-Luc Mélenchon von der Front der Linken, die von den Kommunisten unterstützt wird, lehnt eine staatliche Schuldenbremse ab. Er fordert ein Referendum über den EU-Sparpakt und verlangt wie Hollande, die Europäische Zentralbank müsse künftig den Staaten direkt Geld leihen. Marine Le Pen vom rechtsextremen Front National, derzeit in Umfragen knapp nach Mélenchon auf Platz vier, will die Franzosen in einem Referendum über die Wiedereinführung des Franc entscheiden lassen, den Euro als Gemeinschaftswährung aber parallel beibehalten. Dadurch würde die französische Wirtschaft wettbewerbsfähiger, argumentiert Marine Le Pen.

Protektionismus Sowohl der amtierende Sarkozy als auch sein Herausforderer Hollande sehen die EU unter andere als Vehikel, um die europäische und insbesondere die französische Wirtschaft zu schützen. So schlägt Sarkozy etwa einen „Buy European Act“ vor, um Benachteiligungen französischer und europäischer Unternehmen im

globalen Wettbewerb auszugleichen. Danach sollen öffentliche Aufträge in Europa nur noch an europäische Firmen vergeben werden. Wenn Brüssel diesen Vorschlag nicht binnen eines Jahres aufgreife, werde Frankreich die Regelung einseitig einführen, erklärt Sarkozy. Sein sozialistischer Herausforderer Hollande fordert ebenfalls protektionistische Maßnahmen, gibt ihnen jedoch einen grünen und nachhaltigen Anstrich. Hollande will eine „neue europäische Handelspolitik“ mit strengen sozialen und ökologischen Kriterien. Auf Importe nach Europa solle eine Klima-Energie-Abgabe erhoben werden.

Francois Bayrou von der Zentrums- und Mouvement Démocrate (MoDem) – in den Umfragen zuletzt auf Platz fünf – zeigt sich mit seinem Programm als am stärksten engagierter Europäer. Bayrou möchte zehn Prozent des europäischen Haushalts in große Gemeinschaftsprogramme zur Entwicklung von Zukunftstechnologien zu stecken. Er plädiert zudem für den Aufbau einer wirklich gemeinsamen europäischen Außen- und Verteidigungspolitik. Die Debatten des europäischen Parlaments müssten mehr Aufmerksamkeit finden. Außerdem wirbt der französische Zentrist für die Direktwahl eines europäischen Präsidenten.



Symbol französischen Einflusses in Europa: Sitzungsort des EU-Parlaments in Straßburg

Die Autorin ist freie Korrespondentin.

CHRONIK

25.8.1950 Der Gemeinderat der französischen Stadt Montbéliard gibt 50.000 Francs für die erste deutsch-französische Städtepartnerschaft mit dem baden-württembergischen Ludwigsburg frei.



9.5.1950 Frankreichs Außenminister Robert Schumann (im Bild rechts von Bundeskanzler Konrad Adenauer) schlägt der Bundesrepublik die Schaffung einer supranationalen Behörde zur Verwaltung der Kohle- und Stahlproduktion beider Länder vor.

18.4.1951 Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)

30.8.1954 Die französische Nationalversammlung lehnt die Ratifizierung des 1952 von Frankreich, Italien, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik unterzeichneten Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab.

5.5.1955 Die „Pariser Verträge“ treten in Kraft: Dazu gehört auch der 1952 zwischen Frankreich, Großbritannien und den USA sowie der Bundesrepublik geschlossene Deutschlandvertrag in aktualisierter Fassung. Er löst das bis dahin geltende Besatzungsstatut ab und spricht der Bundesrepublik eine – durch die offene deutsche Frage begrenzte – Souveränität zu. Durch das Inkrafttreten der Verträge wird auch der Weg zum Nato-Beitritt der Bundesrepublik frei.

27.10.1956 Unterzeichnung des Saarvertrages, der die Eingliederung des Saarlandes in die Bundesrepublik ermöglicht

25.3.1957 Frankreich und Deutschland unterzeichnen gemeinsam mit Italien sowie Belgien, den Niederlanden und Luxemburg die Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomenergiekommission (Euratom).

14./15.9.1958 Erstes Treffen von Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer in Colombey-les-deux-Églises

2.-8.7.1962 Staatsbesuch Adenauers in Frankreich



4.-9.9.1962 Staatsbesuch de Gaulles in der Bundesrepublik

22.1.1963 Unterzeichnung des Élysée-Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit

4./5.7.1963 Erste deutsch-französische Konsultationen in Bonn, Abkommen über das Deutsch-Französische Jugendwerk

13./14.3.1969 13. deutsch-französische Konsultationen in Bonn, Beschluss zur gemeinsamen Produktion des Airbus

15.-17.11.1975 Auf Initiative von Frankreichs Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Helmut Schmidt findet in Rambouillet der erste Weltwirtschaftsgipfel statt.

13.3.1979 Rückwirkend zum Jahresbeginn tritt das Giscard d'Estaing und Schmidt ausgearbeitete Europäische Währungssystem (EWS) in Kraft.

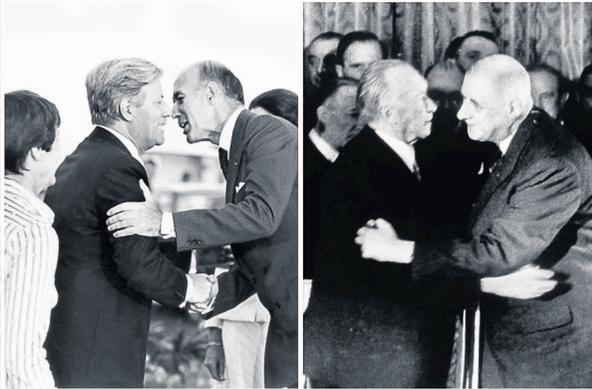


20.1.1983 20 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages unterstützt der französische Staatspräsident François Mitterrand in einer Rede vor dem Bundestag die Entscheidung der Bundesregierung, amerikanische Mittelstreckenraketen zu stationieren.

22.9.1984 Hand in Hand gedenken Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl in Verdun der in den beiden Weltkriegen gefallenen Soldaten beider Länder und bekräftigen die Versöhnung.



Paarbildung Staatspräsident/Bundeskanzler (v.l.): Chirac/Schröder 2004, Kohl/Mitterrand 1984 (o.), Schmidt/Giscard d'Estaing 1979 (l.u.), Adenauer/de Gaulle 1963, Sarkozy/Merkel 2009



Legendäre »Paare«

GESCHICHTE Die Freundschaft mit Paris spiegelt sich auch im Verhältnis der Präsidenten und Kanzler wider

Ende Januar stellte der deutsche Botschafter in Paris eine Meinungsumfrage zum Deutschlandbild der Franzosen vor: 82 Prozent der Franzosen haben ein gutes oder sehr gutes Bild vom Nachbarn im Osten. Und dieses positive Deutschland-Bild hat ein Gesicht. Gefragt, was sie spontan mit Deutschland verbinden, fällt an zweiter Stelle der Name Angela Merkel. Ob umgekehrt die Deutschen Frankreichs Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy mögen, ist mit statistischer Gewissheit nicht zu sagen. Sicherer ist, dass sich Sarkozy und Merkel nach mühsamen Anfang auch persönlich angenähert haben. Sie bilden eines der „Paare“ von Präsident und Kanzler, die durch deutsch-französische Aussöhnung, Verständigung und schließlich Freundschaft zum positiven Deutschland-Bild beigetragen haben. Man lässt die Geschichte der „Tandems“, wie der in Frankreich übliche Begriff vom deutsch-französischen Paar meist nüchtern ins Deutsche übersetzt wird, in der Regel mit Charles de Gaulle und Konrad Adenauer beginnen. Nach de Gaulles Rückkehr an die Macht 1958 war Adenauer zunächst skeptisch, ob der Résistance-Held die längst begonnene Verständigungspolitik mit Bonn fortsetzen würde. Der Privatbesuch bei de Gaulle, den Adenauer in seinen Memoiren beschreibt, überzeugte ihn davon trotz vorheriger Bedenken: „Ich war von großer Sorge erfüllt, denn ich befürchtete, die Denkweise von de Gaulle wäre von der meinigen so grundverschieden, dass eine Verständigung zwischen uns beiden außerordentlich schwierig wäre. Es würde das erste Zusammentreffen eines deutschen Regierungschefs mit de Gaulle nach dem Krieg sein.“

Das hinderte de Gaulle nicht daran, nach der Unterzeichnung zu analysieren: „In Wirklichkeit werden wir die Zügel dieses Europas in der Hand halten, denn wir haben die Atombombe und den weltweiten Einfluss. So wird es bleiben, solange Deutschland nicht wiedervereint ist.“ Am unempfindlichsten für französischen Charme dürfte von allen Kanzlern der Atlantiker Ludwig Erhard gewesen sein. Der Württemberger Kurt Georg Kiesinger dagegen war mit Frankreich vertraut. Georges Pompidou und Willy Brandt wiederum verband wenig. Skeptisch betrachtete Paris Brandts Ostpolitik – wie alles, was Paris als Versuchung interpretierte, ein wenig Westbindung zugunsten von mehr Mitteleuropa und Neutralität aufzugeben. Das anschließende Paar Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt ist Legende geworden. „Wir nannten uns beim Vornamen“, sagt Giscard, „wir redeten miteinander wie alte Bekannte, und bei Gelegenheit luden wir uns gegenseitig ein. Schmidt war ein paar Mal bei mir zum Abendessen, und ich besuchte ihn in Hamburg. Es war eine freundschaftliche Beziehung“ und, so Giscard zu Schmidts 90. Geburtstag, „ein Goldenes Zeitalter der deutsch-französischen Beziehungen“. Dabei ließ Schmidt dem Freund stets den politischen Vorrang. Bonn übernahm die Rolle des Wirtschaftsriesen, der ein politischen Zwerg bleiben will. Auch Helmut

Kohl machte sich diese Überzeugung zueigen, die auf Adenauer zurückgeht: Die Trikolore muss man dreimal grünen, die deutsche Flagge nur einmal. Das sei, meinte Kohl, einfach „Akzeptanz von französischem Denken“. Giscard wurde 1981 von François Mitterrand, Schmidt 1982 von Kohl abgelöst. Mit befriedigtem Lächeln erinnerte sich Kohl vor der Arte-Kamera an seinen ersten Paris-Besuch als Kanzler. Um 12 Uhr war sein Kabinett vereidigt worden; um 18 Uhr schritt er die Stufen zum Élysée-Palast hinauf. „Es ist überhaupt keine Frage, dass dieser erste Besuch ein Volltreffer war“, bilanzierte Kohl. Dass Mitterrand ihm in der Nachrüstungsdebatte mit seiner Rede vor dem Bundestag 1983 den Rücken stärkte, dürfte Kohl nie vergessen haben. Ihr gemeinsames Geschichtsbewusstsein konzentriert sich in dem Bild, das Kohl und Mitterrand 1984 Hand in Hand auf dem Soldatenfriedhof bei Verdun zeigt. „Das ist das Bild, das mein Leben beherrscht hat“, blickte Kohl zurück. Die Geste war nicht abgeprochen: „Während wir da standen, sagte Mitterrand: Geben wir uns die Hand.“ Die Freundschaft wurde nach dem Mauerfall auf die Probe gestellt. Sie hielt bis zu Mitterrands Tod, aber die Gewichte im deutsch-französischen Paar waren mit der Wiedervereinigung dauerhaft verschoben. Mitterrand übergab das Präsidentenamt 1995 an Jacques Chirac: Zwischen Kohl und

Chirac kam kaum Persönliches zustande. 1998 räumte Kohl das Kanzleramt für Gerhard Schröder, und auch dieser und Chirac hatten einander anfangs wenig zu sagen. Tony Blairs und Schröders „Dritter Weg“ sowie Konflikte um Agrarsubventionen vergifteten die Atmosphäre. Der EU-Gipfel in Nizza im Dezember 2000 war ein Tiefpunkt der Beziehungen. Chirac und Schröder reagierten mit der Einrichtung regelmäßiger Begegnungen, erstmals 2001 im elsässischen Dörfchen Blaesheim. Die gemeinsame Front gegen den Irak-Krieg 2003 und die Feiern zum 40. Jahrestag des Élysée-Vertrages verbesserten schließlich auch das persönliche Klima zwischen den beiden: Chirac lud Schröder 2004 zur Gedenkveranstaltung der Landung der Alliierten in die Normandie ein. Die Kraft aber, weiter „Motor“ der europäischen Integration zu sein, konstatierte die französische Historikerin Michèle Weinachter, fanden Deutschland und Frankreich seit dem 1993 in Kraft getretenen Vertrag von Maastricht, mit dessen Unterzeichnung Kohl seine europäischen Nachbarn nach der Wiedervereinigung beruhigt hatte, kaum mehr.

taten ein Übriges. Bis heute, berichtet der Journalist Arnaud Leparmentier, lehne Sarkozy Einladungen in Merksels brandenburgisches Haus ab. Das gemeinsame Krisenmanagement seit 2008 rückte die Frage persönlicher Zu- und Abneigung schließlich in den Hintergrund. Schon 2009 erkannte die Zeitung „Liberation“ den neuen „Honeymoon“. Als erster deutscher Regierungschef nahm Merkel 2009 an den Feierlichkeiten teil, die alljährlich am 11. November an den Waffenstillstand 1918 erinnern. Ein französischer Soldatenchor sang am Grab des unbekanntesten Soldaten unter dem Arc de Triomphe auch die deutsche Nationalhymne. Zwei Tage zuvor hatten beide in Berlin das Jubiläum des Mauerfalls begangen. Unter dem Druck der Krise wurde Deutschland für Sarkozy in vielen Bereichen zum Modell. Und nachdem Merkel ihre Unterstützung für den Wahlkämpfer Sarkozy bekundet hatte – nicht anders als sie 2009 von Sarkozy unterstützt worden war –, akzeptierte sie am 6. Februar ein gemeinsames Fernsehinterview. Die Wortschöpfung „Merkozy“ belegt, dass kaum ein deutsch-französisches Tandem je so intensiv zusammengearbeitet – nicht nur zur Freude der übrigen Europäer. Dass Merkel angeblich Sarkozys Konkurrenten François Hollande nicht empfangen will, ist verständlich – hatte der doch auf dem SPD-Parteitag im Dezember auf deutsch ausgerufen: „Wir gewinnen zusammen.“ Eine Hoffnung, die sich im Falle seines Wahlsiegs schnell in ein deutsch-französisches Motto ummünzen lässt. *Johannes Wetzel*

Der Autor lebt als freier Journalist in Paris.

Die Tandems haben zum positiven Deutschland-Bild der Franzosen beigetragen.

Vom Klein-Klein kann es gar nicht genug geben

ZWISCHENRUF Vorstöße zum bilateralen Verhältnis sind passé – deutsch-französische Initiativen aber nicht Schnee von gestern

Man kennt sie, fast möchte man sagen, aus der Geschichte, die zahlreichen deutsch-französischen Initiativen, die meistens aus dem Élysée-Vertrag heraus begründet wurden: angefangen mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk über die deutsch-französische Brigade von 1989, die später in das Eurokorps überführt wurde; der gemeinsame Fernsehsender Arte oder der Deutsch-Französische Verteidigungsrat von 1988, komplementiert um den Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrat. Es sei erwähnt, dass keiner der Beschlüsse dieser seither regelmäßig stattfindenden Ratssitzungen irgendwann einmal die Medien mit einer aufregenden Meldung belebt hätte. Gleiches gilt für das vor gut 20 Jahren nach dem Mauerfall gegründete „Weimarer Dreieck“, aus dem eine erweiterte Führungsstruktur einschließlich Polens für die EU erwachsen sollte, oder für die vor knapp fünf Jahren, anlässlich des 45. Geburtstages des Élysée-Vertrages, verabschiedete Liste von 80 gemeinsamen deutsch-französischen Alltags-Initiativen. Vor allem letztere ist ebenso unpolitisch wie unspektakulär gewesen und geblieben, eigentlich das symbolische Eingeständnis von subtiler Motivationsslogik im

deutsch-französischen Motor, der sichtlich zu größerer Politik keine Lust hatte. Da mussten die Entwicklung von Batterieautos in Kehl oder die Mitflugerlaubnis deutscher Soldaten in französischen Militärmaschinen zum deutsch-französischen Highlight werden. Einen politischen Push für Europa hat das nicht gebracht; noch nicht einmal eine deutsch-französische Verständigung in den wirklich heißen Streitthemen der andauernden Eurokrise bewirkt, in der das Tandem „Merkozy“ den Streit um das Eingemachte (Eurobonds, die Rolle der EZB, Handelsungleichgewichte; Binnennachfrage oder Strukturformen) hinter einer Fassade der vermeintlichen Einvernehmlichkeit verbirgt. Ist darum alles schlecht? Natürlich nicht. Es wird zu Recht behauptet, die deutsch-französische Zusammenarbeit laufe auf Arbeitsebene wie geschmiert. Gewohnheit ist eingetreten, doch damit auch der Ruch des Unspektakulären. Die Versöhnung ist geschafft; Initiativen, die dem bilateralen Verhältnis und nicht der EU dienen, sind passé. In einer Zeit, in der es mehr 16-jährige deutsche Austauschschüler in China als in Frankreich gibt, scheint selbst der Jugendaustausch ausgedient zu haben.

Die Frage ist daher, wie verräterisch und vielleicht gefährlich es ist, dass man Frankreich so gut zu kennen glaubt, dass man das Klein-Klein im deutsch-französischen Geschäft oft nur müde belächelt. Welcher 18-jährige Deutsche prahlt heute schon damit, nach Paris zum Studium zu gehen? Und in einer deutsch-französischen Städtepartnerschaft engagiert er sich sicher auch nicht.

Und doch könnte gerade dies uns jetzt auf die Füße fallen, vor der Fiskalpak die EU de facto zu einer Art europäischen Revolution von unten zwingt, wo wir transnationale Diskussionen über gemeinsame steuerliche Bemessungsgrenzen ebenso brauchen und führen werden wie über das Rentenalter oder eine Finanztransaktionssteuer. Für solche Diskussion kann man den Nachbarn – und seine Sprache – gar nicht genug kennen. Erst dann wird man vielleicht erstaunt feststellen, dass die meisten Franzosen bei vier Prozent Inflation mit den Schultern zucken, während die meisten Deutschen bei einer solchen Preissteigerung Angst haben oder zumindest merken, dass der nächste französische Präsident auch die deutschen Geschehnisse beeinflussen wird. Das gilt natürlich nicht nur für Deutschland und Frankreich, aber – wie schon immer – gilt es ganz besonders für Deutschland und Frankreich. Und darum kann es, trotz Schattendasein und oftmals politischer Bedeutungslosigkeit, auch künftig gar nicht genug vom Klein-Klein deutsch-französischer Initiativen geben. *Ulrike Guérot*



Das Wappen der deutsch-französischen Brigade auf einem Truppenübungsplatz

Die Autorin leitet das Berliner Büro des „European Council on Foreign Relations“.

Anfang kommenden Jahres ist Goldene Hochzeit. Das Paar wirkt ein wenig zersaust, aber ganz zufrieden miteinander. Damals, vor 50 Jahren, war es eher eine Verlobung denn eine Liebesheirat, obwohl Leidenschaft stets Teil der Beziehung war. Gewiss, der deutsche Michel und die französische Marianne gehen sich gelegentlich gehörig auf die Nerven und so ganz verstehen sie nicht immer, was der andere gerade so treibt. Aber im Großen und Ganzen verbindet sie im Jahr 2012 eine verlässliche, freundschaftliche und bisweilen herzliche Beziehung. Hätten der französische Staatspräsident Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer am 22. Januar 1963 dies geahnt, so wären sie sich nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages womöglich noch herzlicher in die Arme gefallen. Denn nur 18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges war diese Entwicklung nicht abzusehen. Der Bundestag will anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages die französischen Abgeordneten der Nationalversammlung nach Berlin einladen – nachdem die deutschen Parlamentarier zum 40. Jubiläum zu Gast in Frankreich waren.

Rückblende Es war ein klirrend kalter Wintertag, als General de Gaulle und Adenauer am frühen Abend im Pariser Élysée-Palast, dem Amtssitz des französischen Präsidenten, den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit unterzeichneten. In dem Abkommen verpflichteten sich die beiden Nachbarn zu Konsultationen in allen wichtigen Fragen der Außen-, Verteidigungs-, Bildungs-, Jugend- und Kulturpolitik. Regelmäßige Treffen zwischen den Regierungschefs und den zuständigen Ressortministern sowie hoher Beamter beider Länder sollten die Umsetzung des Vertrages gewährleisten. Aus erbitterten Kriegsgegnern sollten Partner werden – für viele eine Sensation. Für Adenauer war es „seine wichtigste Tat in all den vierzehn Jahren seiner Kanzlerschaft“, wie er wenig später in der „New York Times“ bekannte. Es sollte auch seine letzte große Tat vor seinem Ausscheiden aus dem Amt im Herbst 1963 werden.

In einer kurzen Gemeinsamen Erklärung zum Vertrag wurden die drei wichtigsten Ziele der Vereinbarung genannt: die Aussöhnung der in jahrhundertelanger „Erbfeindschaft“ verbundenen Staaten, die Begründung einer echten Freundschaft zwischen den beiden Völkern, insbesondere der Jugend, und die Förderung des Aufbaus eines einigen Europas. Nachdem Adenauer und de Gaulle sowie die Außenminister Gerhard Schröder und Maurice Couve de Murville und Frankreichs Ministerpräsident Georges Pompidou den Vertrag unterzeichnet hatten, äußerte sich der General sichtlich bewegt: „Übervoll ist mein Herz und dankbar mein Gemüt“ – niemand auf der Welt könne „die überragende Bedeutung dieses Aktes verkennen“. Nicht nur wende sich „das Blatt einer langen und blutigen Geschichte der Kämpfe und Kriege, sondern zugleich öffnet sich das Tor zu einer neuen Zukunft für Deutschland, für Frankreich, für Europa und damit für die Welt“. Adenauer erwiderte: „Herr General, Sie haben es so gut gesagt, dass ich dem nichts hinzufügen könnte.“ Den deutschen Bundeskanzler bedachte de Gaulle hernach mit dem Wangenkuss – à la française – links und rechts.

Symbolisches Signal Der Élysée-Vertrag ist fraglos ein zentrales Dokument der Aussöhnung. Allerdings wäre er, da ist sich die historische Forschung einig, nicht ohne einen jahrelangen Annäherungsprozess zwischen



Mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages am 22. Januar 1963 begann eine neue Ära in den deutsch-französischen Beziehungen.

Winterharte Rose

ÉLYSÉE-VERTRAG Vor fast 50 Jahren begründeten Adenauer und de Gaulle eine neue Beziehung der früheren »Erbfeinde«

Deutschland und Frankreich möglich gewesen. Einer, der diesen unermüdlich vorantreiben hatte, war Robert Schuman. Der französische Außenminister von 1948 bis 1952 und spätere erste Präsident des Europäischen Parlaments erklärte am 9. Mai 1950: „Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertelange Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird.“ Franzosen und Deutsche waren zu der Auffassung gelangt, dass nur ein Schlussstrich unter die „Erbfeindschaft“ einen neuen Krieg beider Staaten verhindern könne. Mit der Begründung der Montanunion im Jahr 1952, der auf dem Schuman-Plan für eine Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion fußte, war auf dem Weg dorthin ein erster Schritt getan. Ein zweiter folgte mit dem Inkraft-

treten der Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) Anfang Januar 1958. Das entscheidende symbolische Signal für das Ende der Feindschaft gaben Adenauer und de Gaulle selbst am 8. Juli 1962 mit ihrer Teilnahme am Versöhnungsgottesdienst in der Kathedrale von Reims.

Korrekturen im Bundestag Der Bundestag ratifizierte den Vertrag am 15. Mai 1963, ergänzte ihn aber mit einer Präambel im Ratifikationsgesetz. Das darin formulierte Bekenntnis zur Partnerschaft mit den USA und zur Integration in die Nato und die EWG sorgte auf der französischen Seite für Missstimmung – war es doch das Gegenteil dessen, was de Gaulle mit dem Vertrag erreichen wollte. Mit dem Freundschaftsvertrag strebte der ein Gegengewicht zu den USA an. Zudem hatte der General erst kurz zuvor

einen Beitritt Großbritanniens zur EWG ausgeschlossen. Bis weit in die CDU/CSU-Fraktion hinein fürchteten die Bonner Parlamentarier, mit der Ratifizierung des Élysée-Vertrages in die auf Distanz zu den USA und Großbritannien bedachte Außenpolitik Frankreichs gezogen zu werden – und verabschiedeten die umstrittene Präambel. Der Erfolg des Élysée-Vertrages war damit mehr als unsicher, wie eine Episode zeigt, über die unter anderem das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in seiner Ausgabe vom 10. Juli 1963 ausführlich berichtete. „Verträge sind wie Rosen und junge Mädchen, sie haben ihre Zeit“, monierte demzufolge de Gaulle am 2. Juli 1963. Für verblüht hielt der Präsident den Élysée-Vertrag just an dem Tag, an dem dieser in Kraft trat. Adenauer reagierte auf die Kritik beim festlichen Abendessen im Palais Schaumburg bei de

Gaulles Besuch in der Bundesrepublik am 4. Juli 1963: „Aber die Rose – und davon verstehe ich nun wirklich etwas, das lasse ich mir von niemandem bestreiten – ist die ausdauerndste Pflanze, die wir überhaupt haben.“ Der Bundeskanzler fügte den Angaben zufolge hinzu: „Jawohl, diese Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland ist wie eine Rose, die immer wieder Blüten bringt, die immer wieder Knospen treibt und wiederum Blüten bringt und die alle Winterhärten glänzend übersteht.“

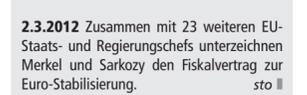
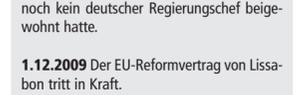
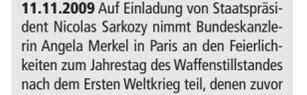
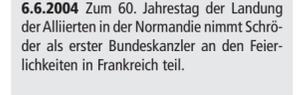
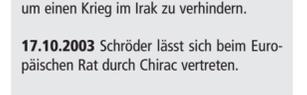
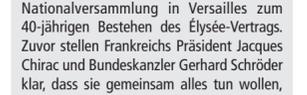
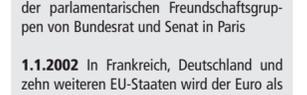
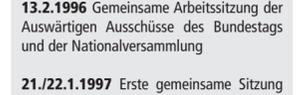
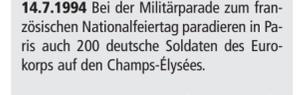
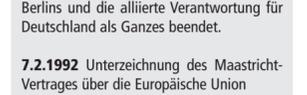
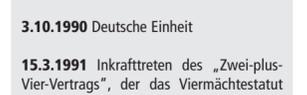
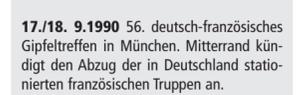
Mit Leben erfüllt Der erfahrene Rosenzüchter Adenauer sollte Recht behalten. Insbesondere mit der Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks am 5. Juli 1963, mit dessen Unterstützung sich Millionen Jugendliche aus beiden Ländern kennen- und verstehen lernten, sowie den in den Folgejahren zahlreich entstehenden deutsch-französischen Städte- und Gemeindepartnerschaften wurde der Vertrag mit Leben erfüllt. In Ergänzung des Abkommens setzten Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung im Jahr 1989 einen Verteidigungs- und Sicherheitsrat, einen Umweltrat, einen Finanz- und Wirtschaftsrat sowie einen Kulturrat ein. Seit 2001 finden infolge des Blaesheim-Abkommens zudem etwa alle acht Wochen Treffen beider Regierungschefs zum informellen Austausch über wichtigsten internationalen, europäischen und bilateralen Themen statt. Am 40. Jahrestag der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages am 22. Januar 2003 fand das erste Treffen des deutsch-französischen Ministerrates im Élysée-Palast statt. Seither kommen halbjährlich die Kabinette beider Staaten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Höhepunkt der 40-Jahrfeier war jedoch die erste gemeinsame Sitzung der Abgeordneten der Assemblée Nationale und des Bundestages in Versailles. Sie verabschiedeten eine Erklärung zur Intensivierung der gemeinsamen Gesetzgebungsarbeit. Unter anderem beschlossen die Abgeordneten regelmäßige gemeinsame Präsidiumsitzungen, eine Kooperation der Ausschüsse sowie den Austausch von Beamten. Zudem wurde der 22. Januar zum „deutsch-französischen Tag“ proklamiert.

Ausblick Zehn Jahre später sollen nun die französischen Abgeordneten sowie die Regierung zu Gast Berlin sein. Am Nachmittag des 22. Januar 2013 werden nach jetzigem Stand der Planungen Parlamentarier beider Länder gemeinsam im Plenarsaal tagen. Vorgehen ist die Verabschiedung einer gemeinsamen zukunftsorientierten Erklärung zum deutsch-französischen Verhältnis. Bereits am Vormittag soll es eine erweiterte deutsch-französische Präsidiumssitzung geben, an der neben den Parlamentspräsidenten und Vizepräsidenten auch die Fraktionsvorsitzenden sowie die Europaausschuss-Vorsitzenden teilnehmen. Auch die Bundesregierung plant zahlreiche Veranstaltungen zum 50. Jahrestag des Élysée-Vertrages. Anders als manches alte Ehepaar werden Abgeordnete und Regierungsvertreter Deutschlands und Frankreichs zur Goldenen Hochzeit genug Gesprächsstoff haben. Die Aufregung, die der sozialistische Bewerber um das französische Präsidentenamt, François Hollande, mit seiner Ankündigung auslöste, der Élysée-Vertrag müsse grundlegend überarbeitet werden, hat gerade erst gezeitigt, wieviel Leidenschaft in der Beziehung steckt. *Monika Pilath*

Mehr zum Thema unter: www.deutschland-frankreich.diplo.de

- CHRONIK**
- 14.6.1985** Gemeinsam mit den Benelux-Staaten unterzeichnen Frankreich und Deutschland das Schengener Abkommen zur Aufhebung der Personenkontrollen an den Binnengrenzen.
 - 17.-24.9.1987** Erstes großes deutsch-französisches Militärmanöver („Kecker Spatz“) in der Bundesrepublik mit 75.000 Mann
 - 2.10.1989** Gründung der deutsch-französischen Brigade, aus der 1993 das Eurokorps hervorgeht.
 - 9.11.1989** Fall der Berliner Mauer
 - 20.-22.12.1989** Mitterrand stattet der DDR als erstes Staatsoberhaupt einer westlichen Siegermacht des Zweiten Weltkrieges einen Besuch ab.
 - 17.18.9.1990** 56. deutsch-französisches Gipfeltreffen in München. Mitterrand kündigt den Abzug der in Deutschland stationierten französischen Truppen an.
 - 1.10.1990** Frankreich und die anderen drei Siegermächte erklären die Aussetzung ihrer Vorbehaltsrechte und Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes.
 - 3.10.1990** Deutsche Einheit
 - 15.3.1991** Inkrafttreten des „Zwei-plus-Vier-Vertrags“, der das Viermächtestatut Berlins und die alliierte Verantwortung für Deutschland als Ganzes beendet.
 - 7.2.1992** Unterzeichnung des Maastricht-Vertrages über die Europäische Union
 - 30.5.1992** Der von Deutschland und Frankreich ins Leben gerufene Fernsehkanal Arte geht auf Sendung.
 - 14.7.1994** Bei der Militärparade zum französischen Nationalfeiertag paradieren in Paris auch 200 deutsche Soldaten des Eurokorps auf den Champs-Élysées.
 - 13.2.1996** Gemeinsame Arbeitssitzung der Auswärtigen Ausschüsse des Bundestages und der Nationalversammlung
 - 21./22.1.1997** Erste gemeinsame Sitzung der parlamentarischen Freundschaftsgruppen von Bundesrat und Senat in Paris
 - 1.1.2002** In Frankreich, Deutschland und zehn weiteren EU-Staaten wird der Euro als Bargeld eingeführt.
 - 22.1.2003** 80. Deutsch-Französisches Gipfeltreffen in Paris mit einer gemeinsamen Sitzung des Bundestages und der französischen Nationalversammlung in Versailles zum 40-jährigen Bestehen des Élysée-Vertrages. Zuvor stellen Frankreichs Präsident Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder klar, dass sie gemeinsam alles tun wollen, um einen Krieg im Irak zu verhindern.
 - 17.10.2003** Schröder lässt sich beim Europäischen Rat durch Chirac vertreten.
 - 6.6.2004** Zum 60. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie nimmt Schröder als erster Bundeskanzler an den Feierlichkeiten in Frankreich teil.
 - 11.11.2009** Auf Einladung von Staatspräsident Nicolas Sarkozy nimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel in Paris an den Feierlichkeiten zum Jahrestag des Waffenstillstandes nach dem Ersten Weltkrieg teil, denen zuvor noch kein deutscher Regierungschef beigewohnt hatte.
 - 1.12.2009** Der EU-Reformvertrag von Lissabon tritt in Kraft.
 - 2.3.2012** Zusammen mit 23 weiteren EU-Staats- und Regierungschefs unterzeichnen Merkel und Sarkozy den Fiskalvertrag zur Euro-Stabilisierung. *sto*

© picture-alliance/imagoeconomica



»Es geht darum, konkrete Projekte zu machen«

INTERVIEW Der CDU-Abgeordnete Andreas Schockenhoff zum Präsidenten-Wahlkampf, dem Élysée-Vertrag und deutsch-französischen Sprachkenntnissen

Kanzlerin Merkel hat verkündet, den sozialistischen Kandidaten Hollande bis Ende des Wahlkampfes nicht zu empfangen. War das klug? François Hollande hat derzeit keine politische Funktion, er ist Präsidentschaftskandidat. Angesichts des Terminplans der Kanzlerin ist ihre Entscheidung vertretbar.

Verschlechtert sich das deutsch-französische Verhältnis, wenn Hollande gewinnt? Das deutsch-französische Verhältnis hängt nicht an Personen und Parteien. Ciscard d'Estaing und Helmut Schmidt haben sehr eng miteinander kooperiert, ebenso François Mitterrand und Helmut Kohl, obwohl sie unterschiedlichen Parteien angehörten. Entscheidend ist, dass die wirtschaftlich größten und bevölkerungsreichsten Staaten der EU in wichtigen Fragen gleiche Ziele verfolgen und bei unterschiedlichen Interessen zu einem fairen Interessenausgleich kommen.

Hollande will den Fiskalpakt neu verhandeln. Wird das möglich sein? Das wird kaum möglich sein. Der Fiskalpakt wird nicht vor den französischen Präsidentschaftswahlen ratifiziert sein. Entscheidend ist, ob eine neue Mehrheit in Paris nach den Parlamentswahlen diesen Vertrag ratifiziert. Es gibt stets irgendwo in der EU Wahlen. Der Grundsatz heißt aber: Verträge sind einzuhalten.

Deutsche Parteien mischen kräftig mit im Präsidenten-Wahlkampf. Die SPD stützt

Hollandes Sozialisten, die CDU Sarkozys UMP. Sollte man nicht zurückhaltender sein? Deutschland wird von den französischen Parteien sehr stark im Wahlkampf thematisiert. Teils als positives Beispiel, teils als negatives. Deutschland hat in der Frage der Haushaltsdisziplin, der Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit seit den Hartz-Reformen Schröders in verschiedenen Koalitionen eine gleichgerichtete Politik gemacht. Dies wird eben auch in Frankreich als positives Beispiel gesehen.

In Frankreich hat sich die Ansicht breit gemacht, es gebe kein Gleichgewicht mehr zwischen Paris und Berlin in der EU. Wie schädlich ist eine solche Stimmungslage? Das wird so dargestellt, je nachdem welchem Lager die Wahlkämpfer in Frankreich angehören. Ich sehe kein solches Ungleichgewicht. Die Franzosen sind umgekehrt auch Vorbild für Deutschland, so in der Familienpolitik, der Demografie oder bei Teilbereichen der Technologiepolitik. Das derzeit debattierte Ungleichgewicht besteht beim unterschiedlichen Wirtschaftswachstum und der Arbeitslosigkeit, wo Deutschland erfolgreicher ist. Deshalb ist die Frage, wie Frankreich hier wieder auf Augenhöhe mit Deutschland kommt, wichtig im französischen Wahlkampf.

Vielorts in Europa gibt es Kritik an einer Bevormundung aus Paris und Berlin, ob in England, Griechenland oder in Ex-Ostblockstaaten ...

Deutschland und Frankreich allein können in der EU keine Integrationsfortschritte, aber auch keine Lösungen von Problemen erzwingen. Aber wenn Frankreich und Deutschland uneinig sind, sind Fortschritte oder Lösungen in der EU unmöglich. Es ist immer wieder wichtig für den Fortgang in Europa, dass Berlin und Paris ein klares Zeichen gemeinsamen politischen Willens geben. Genauso wichtig ist es, dass sie auf kleine Mitgliedsstaaten zugehen, sie einbinden und sich nicht als Majorität in der EU gebärden.

2013 wird der Élysée-Vertrag 50 Jahre alt. Müsste man den Vertrag nicht ergänzen oder neu schreiben? Es geht nicht darum, den Vertrag neu zu schreiben, sondern darum, konkrete Projekte zu machen. Der Vertrag hat sich bewährt. Er schuf die Grundlage für vielfältige Initiativen in beiden Ländern, die in die jeweilige Zeit gepasst und zu großen Fortschritten geführt haben.

Trotz aller propagierten Schicksalsgemeinschaft durch die hohe Politik: So ein richtiges tieferes Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Deutschen und Franzosen gibt es nicht, oder? Doch. Mit keinem anderen Nachbarn hat Deutschland eine so enge politische, wirtschaftliche und soziale Verbindung wie mit Frankreich. Man schaue nur auf die große Zahl der Städtepartnerschaften. Deutschland und Frankreich wachsen als Wirtschaftsraum,

aber auch als Kulturraum immer enger zusammen.

Der französische Historiker Nora sieht eine kulturelle und intellektuelle Entfremdung von Deutschen und Franzosen. Diesen Pessimismus teile ich nicht. Wir haben aus den Katastrophen des 19. und 20. Jahrhunderts gelernt. Nicht Dominanz gegenüber Nachbarn stärkt eigene Interessen und Identität, sondern Integration und Zusammenarbeit. Europa ist ein Europa der Nationalstaaten



Andreas Schockenhoff

und kulturellen Vielfalt. Das bringt uns eher zusammen, als dass es uns trennt.

Nicht positiv entwickeln sich aber die gegenseitigen Sprachkenntnisse ... Im Zeitalter elektronischer Kommunikation und Allverfügbarkeit sozialer Netzwerke hat sich Englisch als Verkehrssprache durchgesetzt. Andererseits wird durch die wirtschaftliche Verflechtung die Kenntnis einer zweiten Fremdsprache immer wichtiger für eine berufliche Qualifikation. Deshalb ist es für Franzosen wesentlich, Deutsch zu lernen und für Deutsche, Französisch zu lernen. 2013 besteht auch das Deutsch-Französische Jugendwerk 50 Jahre. Es hat bei der Sprachkenntnis wichtige Impulse gegeben. Womöglich müssen wir hier unsere Anstrengungen forcieren.

Sie führen seit 1994 die deutsch-französische Parlamentariergruppe. Gibt dieser Kreis auch Impulse für die große Politik? Ja. Bei unserem jährlichen Kolloquium werden Themen diskutiert, die in beiden Ländern aktuell sind. Wir tauschen auch unsere Erfahrungen in der Gesetzgebung aus. So pflegen wir eine Zusammenarbeit, die es in anderen nationalen Parlamenten nicht gibt.

Da Gespräch führte Hans Krump.
Andreas Schockenhoff ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und führt die deutsch-französische Parlamentariergruppe.

Freunde unter sich

PARLAMENARISMUS Frankreichs Nationalversammlung und der Deutsche Bundestag pflegen seit Ende der 1950er Jahre enge Beziehungen – nicht nur auf der politischen, sondern auch auf der menschlichen Ebene

Die drei Personen – eine Frau, zwei Männer – stehen im Innenhof von Jakob-Kaiser-Haus. Sie haben die Köpfe in den Nacken gelegt, den Blick auf ein Stück Altbau gerichtet, das aus dem größten der Bundestags-Neubauten hervorgeht. Dies, sagt der Mann, der die drei herumführt, sei typisch für Deutschland: Neues werde in Altes integriert, Kunst als Teil eines Gebäudeensembles. Warum, möchte die Frau wissen. Ihr Gegenüber überlegt kurz, dann zuckt er mit den Schultern. „L'art pour l'art“, sagt er schließlich. Kunst um der Kunst Willen. Die Frau lacht. Sie ist Französin. Und wenn jemand etwas von L'art pour l'art versteht, dann sind es wohl die Franzosen. Marianne Groulez ist Redakteurin bei der Unterabteilung Sitzungsmitschriften im französischen Parlament und eine von drei Mitarbeitern der Assemblée Nationale, die im März an einem Austausch mit dem Bundestag teilgenommen haben. Seit 1973 gibt es diesen einwöchigen Informationsbesuch schon, mehr als 150 deutsche oder französische Parlamentsmitarbeiter haben bislang daran teilgenommen. Ziel: die Arbeitsweise des Parlaments kennen lernen. Das Programm: dicht gedrängt. Die drei Mitarbeiter der Assemblée Nationale haben die Reichstags-Kuppel besichtigt, sich über den Ablauf der Gesetzgebung informiert und an einer Sitzung des Familienausschusses teil-

genommen. Außerdem stand ein Treffen mit der Vereinigung Deutsch-Französischer Parlamentsmitarbeiter auf dem Programm – einem Verein, der zur Völkerverständigung beitragen möchte, zur Vertiefung der beruflichen und menschlichen Beziehungen zwischen beiden Parlamenten. Die Vereinigung besteht – wenn auch nicht von Anfang an unter diesem Namen – seit 1975. Sie ist die älteste Mitarbeitervereinigung des Bundestages, die Idee zur Gründung gab der zehnte Jahrestag des Élysée-Vertrages 1963.

Gemeinsamer Preis Zwischen dem Bundestag und der Assemblée Nationale bestehen enge Beziehungen. Manches ist öffentlichkeitswirksam, etwa wenn Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) und sein französischer Amtskollege Bernard Accoyer gemeinsam den Deutsch-Französischen Preis für den deutsch-französischen Parlamentspreis verliehen. Es ist eine Auszeichnung, die herausragende wissenschaftliche Arbeiten würdigt, die sich sowohl mit Frankreich als auch mit Deutschland beschäftigen. Manches aber findet hinter den Kulissen statt, dort wo keine Medien dabei sind, wo es darum geht, das Band enger zu knüpfen, Meinungen auszutauschen, Kontakte herzustellen. Die Bundestagsmitarbeiterin Jacqueline Bila hat ein Jahr in Paris verbracht hat, als Referentin im Sekretariat des Ausschusses für Produktion und Handel. Ein Jahr lang erlebte sie im Rahmen eines Beamtenaustaus-

ches Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parlamenten. Die Abgeordneten in Frankreich hätten einen „weniger starken personellen Unterbau“, sagt sie. Das heißt in der Praxis: Einige von ihnen teilen sich ein Büro und einen Mitarbeiter. In der Folge haben die Verwaltungsmitarbeiter engeren Kontakt zu den Parlamentariern. So auch Bila, die einen Bericht zum Thema Tourismus in enger Abstimmung mit einem kommunistischen Abgeordneten schrieb: „In Deutschland wird in Ausschussberichten immer auch die Meinung der Oppositi-

on dargestellt, in Frankreich läuft das ganz anders. Dort ist der Bericht aus der Sicht des einzelnen Abgeordneten zu schreiben.“

Unterschiedliche Praxis Umgekehrt wundert sich auch die drei französischen Parlamentsmitarbeiter bei ihrem Bundestagsbesuch über einiges. Am Donnerstag sitzen sie auf der Besuchertribüne im Plenum. Es ist die Debatte zum Transplantationsgesetz. Eine Debatte, in der alle fünf Fraktionen einstimmig ihren Willen, die Organspendebereitschaft in Deutschland zu erhöhen, betonen. Während der Debatte schreibt Marianne Groulez in Miniaturschrift ihre Gedanken in ein blaues Büchlein. Später wird sie auf die Frage, welches ihrer Meinung nach der größte Unterschied zwischen den beiden Parlamenten ist, lachen. Wie wichtig die Konsensfähigkeit in Deutschland sei, das habe sie beeindruckt, sagt sie. „In Frankreich ist das anders.“ Allein dass der Ältestenrat es jede Woche schaffe, eine Tagesordnung im Einvernehmen mit allen Fraktionen festzulegen, sei in Frankreich „absolut undenkbar“, fügt ihr Kollege an. Doch es sind nicht nur die Parlamentsmitarbeiter, die zusammenarbeiten. Auch die Abgeordneten tauschen sich aus und knüpfen Beziehungen ins Nachbarland. Ein wichtiges Instrument sind die Parlamentariergruppen. Die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe wurde 1959 gegründet und ist die älteste im Bundestag. Aktuell

zählt sie 85 Mitglieder, Vorsitzender ist Andreas Schockenhoff (CDU). Das französische Pendant, die Groupe d'amitié interparlementaire France-Allemagne, hat rund 90 Mitglieder. Regelmäßig veranstalten die Gruppen Gesprächsrunden und Informationsreisen. Im Dezember 2011 etwa trafen sie sich in Frankfurt am Main, um sich über die Euro-Krise auszutauschen. Die Parlamentariergruppen sind auch für das Hospitantenprogramm zuständig, bei dem sich die Abgeordneten beider Länder gegenseitig in Parlament und Wahlkreis besuchen. Der bislang letzte Austausch fand vor einem Jahr statt. Damals war der französische Abgeordnete Jean-Pierre Brard bei Jens Petermann (Die Linke) zu Besuch. Im Mittelpunkt standen unter anderem die inhaltlichen Unterschiede bei der Atomkraft. Nun wünscht sich Brard vom Siegeszug der erneuerbaren Energien in Deutschland eine Vorbildwirkung für die Energiepolitik in Frankreich. Noch in diesem Jahr möchte Petermann ihn in Frankreich besuchen.

Vertrauensverhältnis Elke Ferner (SPD) war bereits zweimal zu Gast in Frankreich. „Ich habe viele neue Eindrücke sowohl aus dem Wahlkreis als auch aus der parlamentarischen Arbeit gewinnen können“, zieht sie Bilanz. Eine Aussage, die ihr Fraktionskollege Klaus Hagemann bestätigt. Vor allem habe er die intensive Arbeit der Abgeordneten in den Kommunen zu schätzen

gelernt, sagt er. Richtiggehend ins Schwärmen gerät Hagemann, wenn er von den Dingen erzählt, die aus dem Hospitantenprogramm entstanden sind: freundschaftliche Kontakte, Mitarbeiter- und Praktikantenaustausche. Joachim Pfeiffer (CDU) war 2005 zum ersten Mal in Frankreich, in der Normandie. Auch bei ihm folgten weitere Besuche. „Die Deutsch-Französische Parlamentariergruppe bietet im Vergleich zu anderen Gruppen die besten Kontakte“, sagt er. Über die Jahre sei ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen den Abgeordneten entstanden. Dieses Vertrauensverhältnis wird auch durch gemeinsame Sitzungen der Präsidien – die erste fand im Jahr 1997 statt – und der Ausschüsse von Bundestag und Nationalversammlung gestärkt. Neben den Finanzausschüssen, die sich in der Vergangenheit ein- bis zweimal pro Jahre getroffen haben, haben unter anderem auch die Ausschüsse für Europa und Gesundheit gemeinsam getagelt. Der Auswärtige Ausschuss kommt regelmäßig mit dem entsprechenden Ausschuss der Assemblée Nationale zusammen. Die Tagesordnungen werden von den Ausschusssekretariaten abgestimmt und während der Sitzung wird dann simultan übersetzt. An diesem Punkt hat Klaus Hagemann einen weiteren Vorteil aus dem Hospitantenprogramm gezogen: Sein Französisch, sagt er, sei viel besser geworden. **Tatjana Heid**

Gemeinsame Sitzung der Finanzausschüsse des Bundestags und der Assemblée Nationale am 7. April 2011 in Berlin



Flaggen vor dem Reichstagsgebäude

Erbfeinde und Waffenbrüder am Rhein

VERTEIDIGUNG Nach Jahrhunderten blutiger Kriege dienen heute deutsche und französische Soldaten Seite an Seite auf dem Balkan oder am Hindukusch

Der Verbindungsoffizier war sichtlich erfreut: „Oui, das war sehr schön, das war sehr deutsch“, beschied er dem etwas verlegen lächelnden Leutnant der Bundeswehr mit unüberhörbar französischem Akzent in der Stimme. Der Leutnant hatte einen Ehrenzug von Pionieren aus der Kurpfalz-Kaserne in Speyer angeführt, der zu den jährlich am 4. Dezember stattfindenden militärischen Feierlichkeiten zu Ehren der Heiligen Barbara, Schutzpatronin der Pioniere und Kanoniere, in der benachbarten französischen Kaserne abkommandiert worden war. Vor der Zeremonie hatte der deutsche Leutnant seinem französischen Kollegen noch davon überzeugen wollen, dass er die Marsch- und Exerzierkommandos an seine Soldaten leise und dezent erteilen werde. Dies hatte ihm den heftigen Widerspruch des Franzosen eingetragen, der darauf bestand, die deutschen Kommandos „laut und deutlich“ zu vernehmen. Und so dirigierte der Bundeswehroffizier seine jungen Wehrpflichtigen in gewohnter deutscher Kasernenhoflautstärke durch die kleine Parade in der französischen Garnison am Rhein. Dass die Bundeswehrosoldaten dabei einige Mühe hatten, ihren Gleichschritt während der ungewohnt beschwingt klingenden französischen Militärmusik zu halten, schien niemand zu stören: „Oui, das war sehr schön, das war sehr deutsch.“ Bei aller unfreiwilliger Komik, die in der Szenerie steckt, vermittelte sie doch ein gu-

tes Bild vom Verhältnis zwischen französischen und deutschen Militärs im Dezember 1989. Aus den französischen Soldaten, die Ende des Zweiten Weltkriegs als Sieger- und Besatzungsmacht an den Rhein gekommen waren, sind zu diesem Zeitpunkt zwar längst Nato-Verbündete geworden, aber den Deutschen ist im Gegensatz zu den Franzosen doch eine deutliche Zurückhaltung und Bescheidenheit im militärischen Auftreten zu eigen. Die ehemaligen „Erbfeinde“ Deutschland und Frankreich, die sich in den zurückliegenden Jahrhunderten mehrfach und unter entsetzlichen Verlusten bekriegt hatten, rückten in diesen Tagen militärisch deutlich enger zusammen. Zwei Monate zuvor war im baden-württembergischen Böblingen die deutsch-französische Brigade offiziell in Dienst gestellt worden. Auf deren Aufstellung hatten sich Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl bei einem Gipfeltreffen am 13. November 1987 in Karlsruhe geeinigt. Heute umfasst die deutsch-französische Brigade, deren Stab inzwischen in Müllheim stationiert ist, rund 5.900 deutsche und französische Soldaten. Sie verteilen sich auf die neun Standorte Metz und Illkirchen in

Frankreich sowie Meßstetten, Stetten am Kalten Markt, Sigmaringen, Immendingen, Donaueschingen und Müllheim in Baden-Württemberg. Die Einheiten sind mit Ausnahme des binationalen Stabes, eines Versorgungsbataillons und einer Instandsetzungskompanie allerdings jeweils rein nationale Verbände. Kommandiert wird der gemischte Verband derzeit vom deutschen Brigadegeneral Gert-Johannes Hagemann und seinem französischen stellvertreter Colonel Wallerand de Madré. Fünf Jahre nach Aufstellung der deutsch-französischen Brigade zeugte ein wahrhaft historisches Ereignis von der neuen Waffenbrüderlichkeit am Rhein. Auf Einladung Mitterrands nahmen 1994 erstmals Bundeswehrosoldaten der Brigade an der großen Militärparade auf den Champs Élysée anlässlich des französischen Nationalfeiertags am 14. Juli teil. Zuletzt waren während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg 50 Jahre zuvor deutsche Soldaten der Wehrmacht im Stechschritt über den Pariser Prachtboulevard marschiert. Was 1994 bei älteren Franzosen auch noch durchaus mit Unbehagen beäugt wurde, ist inzwischen der Normalfall. Der Ernstfall kam für deutsch-französische Brigade schließlich in den 1990er Jahren.

»Un devoir d'excellence – Dem Besten verpflichtet«

Motto der deutsch-französischen Brigade



Soldaten des Jägerbataillons 291 der deutsch-französischen Brigade

Deutsche und Franzosen wurden nach Bosnien-Herzegowina und später ins Kosovo entsandt, um nach den Balkankriegen dort den brüchigen Frieden zu überwachen. Heute bekämpfen die Soldaten der Brigade am Hindukusch aufständische Taliban. Ein-

gebunden ist die Brigade in die Befehlsstruktur des Eurokorps, an dem sich neben Deutschland und Frankreich auch Belgien, Spanien und Luxemburg beteiligen und das Kräfte für die schnelle Eingreiftruppe (Response Force) der Nato und für militärische

Einsätze der Europäischen Union bereit stellt. Den vorläufigen Höhepunkt in der Geschichte der deutsch-französischen Brigade stellt die erstmalige dauerhafte Stationierung eines deutschen Kampfverbandes auf französischem Boden dar. Am 10. Dezember 2010 übergab der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) die schwarz-rot-goldene Truppenfahne an Oberstleutnant Frank Lindstedt, Kommandeur des neu gegründeten Jägerbataillons 291, das in Illkirch bei Straßburg seine Garnison bezog. Dies sei ein „historischer Schritt“ betonte Guttenberg bei der militärischen Zeremonie im Park Orangerie nahe dem Europäischen Parlament in Straßburg vor den angetretenen Soldaten. Dies sei „eine gute Kulisse“, argumentierte der deutsche Verteidigungsminister in Anwesenheit seines französischen Amtskollegen Alain Juppé. „Straßburg und seine Bürger haben unter den Wechselfällen des deutsch-französischen Verhältnisses in der Vergangenheit mehr als andere gelitten.“ Die Geschichte der deutsch-französischen Brigade ist somit ein Spiegelbild zur Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern in den vergangenen Jahrzehnten. In diesem Sinne kann man dann auch das Motto der deutsch-französischen Brigade interpretieren: „Un devoir d'excellence – Dem Besten verpflichtet“ – der Freundschaft. **Alexander Weinlein**

»Eine Sache der Vernunft«

JACQUES DELORS Der frühere EU-Kommissionspräsident fordert, Europa muss wieder sichtbar werden

PERSPEKTIVEN Deutschland und Frankreich sind enge Partner. Doch die unterschiedliche Wirtschaftslage stellt beide vor ein Dilemma mit vielen Fragen

Herr Delors, was fällt Ihnen ein bei dem Satz: Wenn ich an Deutschland denke...

...denke ich zunächst an die Vergangenheit – und zwar aus sehr persönlichen Gründen. Zum einen denke ich an meinen Vater. Er war Kriegsveteran des Ersten Weltkrieges und natürlich ein Gegner des Nazi-Regimes. Aber seit 1950 Robert Schuman gehört hatte, sagte er mir: „Das ist der Weg.“ Und zweitens denke ich an meinen ersten deutschen Brieffreund während meiner Zeit im Gymnasium, der für mich in guter Erinnerung geblieben ist. Diese Erfahrungen haben mich in meinem späteren Leben geprägt.

Auf welche Weise?

Bereits als 25-Jähriger bin ich von dem Aufruf Robert Schumans für ein vereintes Europa fasziniert gewesen. Ich habe mich schon früh dafür engagiert, seine europäische Idee weiterzutragen. Auch später habe ich mich immer sehr für die Erfahrungen



Jacques Delors heute

der anderen Länder interessiert – in Deutschland war es das System der sozialen Marktwirtschaft.

Im Jahr 1963 wurde auch der Élysée-Vertrag geschlossen. Jetzt feiert das deutsch-französische Paar „Goldene Hochzeit“? Ist das deutsch-französische Paar in die Jahre gekommen?

Die Ausgangslage war: Wir wollten damals Europa konstruieren. Und die Deutschen wussten, dass sie uns etwas schuldig waren. Wir haben daher damals mit unseren nicht-deutschen Freunden gesagt, dass wir keinen absurden Vertrag wie den Vertrag von Versailles machen wollten, der die Deutschen unter zu starke Zwänge setzt. Europa ist für Deutschland eine Möglichkeit gewesen, die Vergangenheit zu bewältigen.

Wer hat dabei eine besondere Rolle gespielt?

Zuletzt hat das Kanzler Helmut Kohl beachtet. Er wusste, dass Deutschland eine starke Macht war und daher auch gegenüber seinen Partnern Konzessionen machen konnte, damit Europa funktionierte. Kohl, aber auch sein Vorgänger Helmut Schmidt waren überzeugte Europäer. Schmidt hat sogar das Europäische Währungsunion akzeptiert, obwohl Deutschland und Frankreich damals nicht die selben Ideen für einen Ausweg aus der Krise hatten. Schmidt ist dann das Risiko eingegangen, das Europäische Währungsunion (EWS) zu gründen, ohne dass wir niemals den Euro bekommen hätten.

Sind Deutschland und Frankreich also kein Liebespaar mehr?

Ich denke, das deutsch-französische Verhältnis ist heute eher eine Sache der Vernunft. Das scheint mir auch normal, denn die Deutschen sind gegenüber ihren Nachbarn noch nie in einer so starken wirtschaftlichen Position gewesen. Die Unterschiede lassen sich am besten im Vergleich der Außenhandelsbilanzen aufzeigen: im Jahr 2011 gab es laut Eurostat ein Außenhandelsüberschuss von plus 157 Milliarden Euro für Deutschland im Gegensatz zu einem Defizit von 84,5 Milliarden Euro in Frankreich. Dies beweist die große wirtschaftliche Macht Deutschlands, die sicherlich ihre Berechtigung hat.

Nutzen die Deutschen ihre starke wirtschaftliche Position aus?

Ich meine nicht – wie einige andere Franzosen –, dass die Deutschen nur an sich denken. Aber ich bin der Ansicht, dass ihre große wirtschaftliche Kraft eben auch ein Dilemma mit sich bringt: Auf der einen Seite heißt es, Deutschland könne nicht der Zahlmeister für Griechenland sein. Aber auf der anderen Seite wird gesagt, dass man diese Position der Stärke nicht missbrauchen darf. Das ist ein Problem, für das ich Verständnis habe.

Brauchen wir eine Änderung des Élysée-Vertrages, wie es der Präsidentschaftskandidat François Hollande gefordert hat?

Ich hoffe, der französische Präsidentschaftswahlkampf wird hier keinen Schaden anrichten. Wenn Sie die Meinungsumfragen der letzten Jahre anschauen, werden Sie sehen, dass die Deutschen das Volk sind, das den Franzosen am nächsten steht. Das ist für mich eine große Freude, wenn man daran denkt, was alles passiert ist. Ich fürchte, dass sich das ändern wird.

Wie meinen Sie das?

Sehen Sie, es ist so einfach, eine antideutsche Stimmung, einen übersteigerten Nationalismus oder Populismus zu schüren, und davon kann immer etwas hängenbleiben. Deswegen habe ich mich schon immer dafür ausgesprochen, dass man sich jenseits der Politik trifft, um sich gegenseitig die Dinge zu erklären.

Worüber sollten Deutsche und Franzosen sprechen?

Ich würde folgende Fragen stellen: Wie können wir angesichts der großen wirtschaftlichen Kraft Deutschlands ein Europa weiterentwickeln, das für Deutschland akzeptabel ist? Zweitens: Wie können Deutsche und Franzosen zusammenleben, ohne sich gegenseitig zu misstrauen? Und drittens stellt sich die Frage: Welche Konzeption hat Deutschland hinsichtlich seiner Stellung in der Welt?

Was würden Sie Deutschland raten?

Ein Ziel heißt, Europa zu unterstützen. Das heißt aber auch, dass die Deutschen verstehen müssen, dass die soziale Marktwirtschaft kein Modell ist, das überall in Europa angewandt werden kann. Neben den verschiedenen demographischen Voraussetzungen müssen auch die Besonderheiten der einzelnen Länder respektiert werden. Das bedeutet etwa, dass die Sozialpolitik Sache der Länder bleiben muss. Denn das sind alles Systeme, die eine lange Tradition haben. Daher können diese Länder nicht einfach von heute auf morgen sagen, wir



Wegbereiter der Europäischen Union: Nach zehn Jahren an der Spitze der Europäischen Kommission verabschiedete sich Delors im Januar 1995 von den Abgeordneten des Europäischen Parlaments.

machen das wie in Deutschland. Und dann stellt sich natürlich die Frage, wie die Kompetenzen innerhalb Europas aufgeteilt sind.

Wie meinen Sie das?

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich immer gegen eine verstärkte Zusammenarbeit einzelner Länder ausgesprochen. Wenn es die aber nicht gegeben hätte, hätte es auch niemals den Schengen-Raum und auch niemals den Euro gegeben. Es gibt also einen Moment – und das ist auch so in den Verträgen vorgesehen –, in dem einige Länder schneller vorangehen können.

Also gehen wir doch auf ein Europa der zwei Geschwindigkeiten zu?

Ich möchte als Antwort gerne die Formulierung des früheren Außenministers Hans-Dietrich Genscher benutzen: Kein Land kann vorwärtsgehen, ohne die anderen zu vergessen. Aber die einen können die anderen nicht daran hindern, voranzugehen, wenn es darum geht, Europa zu stärken. Ich denke, man kann sehr gut eine verstärkte Zusammenarbeit machen und eine Euro-Zone haben, ohne die anderen zu verges-

sen. Im Moment spricht man aber nur vom Euro, doch Europa hat noch viele andere Probleme zu lösen.

Welche Probleme sehen Sie?

Europa muss mit der Verabschiedung seines Haushaltes kämpfen, die gemeinsame Agrarpolitik reformieren oder auf die Entscheidung Deutschlands reagieren, auf die Atomkraft zu verzichten. Alle diese wichtigen Fragen werden vom Euro verdrängt.

Frau Merkel hat gesagt, wenn der Euro scheitert, scheidet Europa. Glauben Sie das auch?

Das ist eine ziemlich neue Einsicht. Die Eurokrise besteht ja schon seit 2004, als Deutschland und Frankreich die Regeln des Stabilitätspaktes übergangen haben. Von daher denke ich, dass ihr dieser Gedanke erst ziemlich spät gekommen ist.

Was hätten Sie anders gemacht, um diese Krise zu verhindern?

Die Wirtschafts- und Währungsunion war und ist ein Test für Europa. Ich habe mich daher immer dafür stark gemacht, dass es

neben dem Währungspfeiler auch einen Wirtschaftspfeiler geben sollte. Dies habe ich bei der Verabschiedung des Maastricht-Vertrages 1992 empfohlen und gleichzeitig vorgeschlagen, dass man bei den Beitrittskriterien die Langzeit- und die Jugendarbeitslosigkeit miteinbezieht. Das wurde abgelehnt. Ich habe 1997 nochmals einen Pakt für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik vorgeschlagen – und mir erneut eine Absage geholt.

Was hätte ein solcher Koordinierungspakt der Wirtschaftspolitik innerhalb der Europäischen Union denn für Konsequenzen gehabt?

Wenn es auch nur informell eine Koordination der Wirtschaftspolitik gegeben hätte, hätte man es beispielsweise niemals zu einer solchen Verschuldung der privaten Haushalte kommen lassen. Ich habe daraus eine Lehre gezogen: Die Euro-Gruppe hat die Situation nicht vorhergesehen, daher halte ich sie für politisch und moralisch für verantwortlich. Denn wenn man diesen Wirtschaftspakt gehabt hätte, hätte man über all das schon viel früher diskutieren können.

ZUR PERSON

JACQUES DELORS

> **1925 Geburt in Paris** Als Sohn eines Angestellten und einer Sekretärin wuchs Delors in bescheidenen Verhältnissen auf. Er studierte Jura und erlangte ein Diplom in Wirtschaftswissenschaften.

> **1974 Eintritt in die PS** In der Sozialistischen Partei (PS) beriet er François Mitterand in Wirtschaftsfragen und stieg in den Parteivorstand auf. 1979 wurde er ins Europaparlament gewählt.

> **1981 Minister für Wirtschaft** Nach dem Wahlsieg Mitterands leitete er das einflussreiche Ministerium für Wirtschaft und Finanzen.

> **1985 Leiter der EG-Kommission** In seiner zehnjährigen Amtszeit stellte Delors die Weichen für einen Europäischen Binnenmarkt und eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion.

> **1996 Präsident von „Notre Europe“** Mit dem von ihm gegründeten Forschungsinstitut gibt Delors bis heute wesentliche Impulse für ein vereintes Europa.

Trägt also die Euro-Gruppe die Schuld?

Sie haben zu lange gewartet und zu wenig getan. Aber entscheidend war die Kakophonie, also die Vielstimmigkeit der Erklärungen. Wenn man in zwei Tagen von vier verschiedenen europäischen Politikern vollkommen unterschiedliche Erklärungen bekommt, was soll denn da der Verantwortliche eines Hedge-Fonds oder ein Fondsmanager machen?

Ist der Euro jetzt gerettet?

Vielleicht können wir die aktuelle Krise aufhalten, bei der wir uns in den Händen von Märkten und Rating-Agenturen befinden, die vollkommen unterschiedliche Botschaften ausgeben. Ich denke, wir können aus der Krise herauskommen, aber dazu muss man vieles wieder aufbauen.

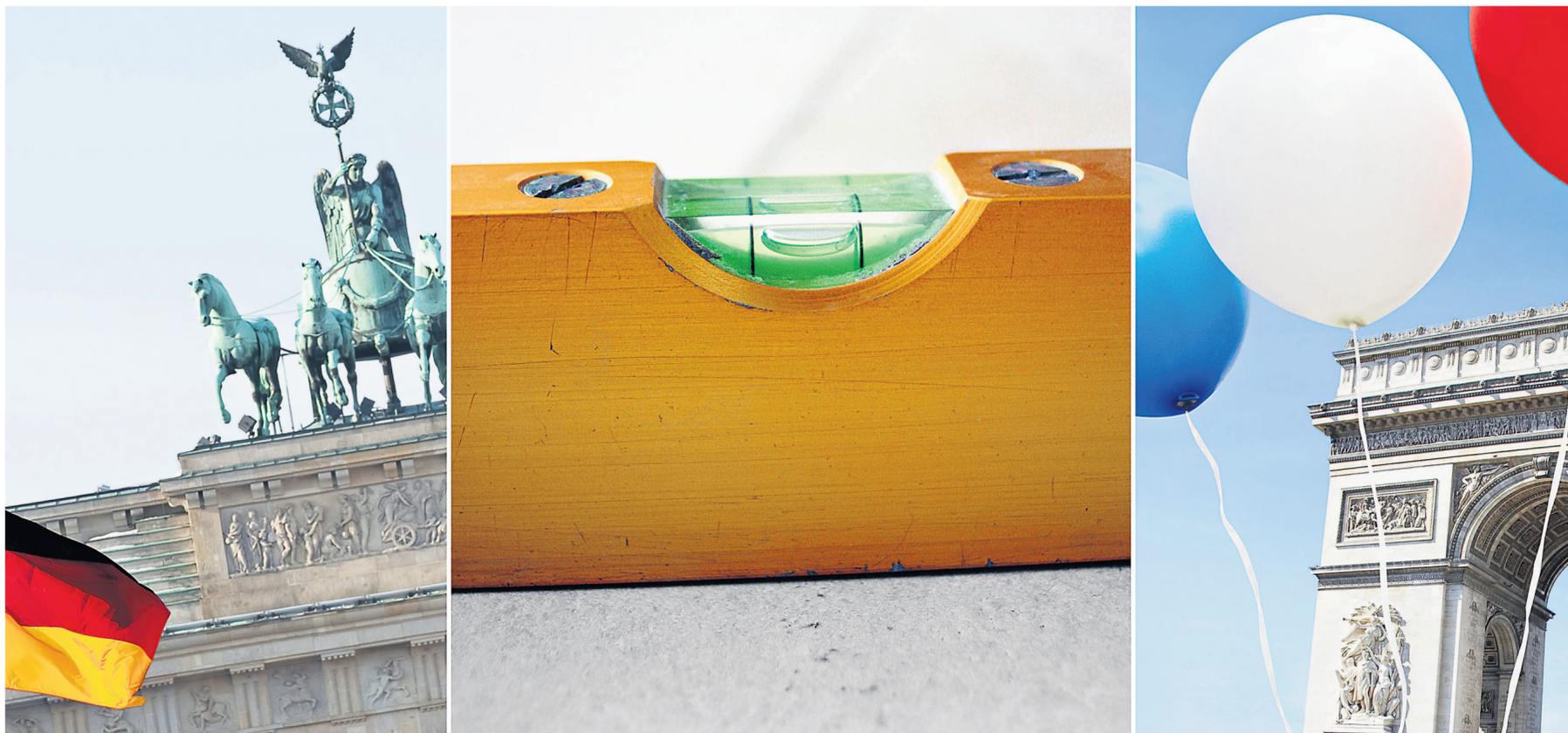
Was kann man konkret tun?

Ich denke, der Präsident der Europäischen Kommission muss wieder sichtbar werden. Das ist heute nicht mehr so. Der Europäische Rat sollte sich nicht mit Detailfragen beschäftigen, sondern die großen Linien vorgeben. Wir brauchen Institutionen, die von morgens bis abends an Europa denken und nicht nur manchmal. Das tun die europäischen Institutionen, allen voran die Europäische Kommission.

Europa wird immer größer. Kann ein Europa mit bald 28 Ländern überhaupt noch effektiv arbeiten?

Es gibt Augenblicke in der Politik, in denen es nicht nur ein gutes Gefühl, sondern echte Glücksmomente gibt: Das Ende des Kommunismus war ein solcher Moment, und wir hätten es nicht anders machen können, als die Europäische Union zu erweitern. Bald sind wir vielleicht 32 Länder. Und gerade deswegen ist die verstärkte Zusammenarbeit auch eine Notwendigkeit. Wir brauchen in Europa einen Motor, der vorangeht und an den sich andere Länder anhängen können, wenn sie dazu in der Lage sind.

Das Interview führte Annette Sach. ||



Das Gleichgewicht zwischen Deutschland und Frankreich in Europa zu wahren, ist vor allem aus Pariser Sicht ein wichtiges politisches Anliegen. Es ist nach der Wiedervereinigung nicht einfacher geworden.

Eine ganz besondere Beziehung

DEUTSCHLAND-FRANKREICH Trotz gelegentlicher Differenzen und verschiedener Interessen ist das Fundament stabil

Der französische Wahlkampf ist noch nicht zu Ende. Doch er hat bereits ein prominentes Opfer. Es nennt sich „le modèle allemand“. Monatlang hatte Präsident Nicolas Sarkozy seinen Landsleuten Deutschland als leuchtendes Vorbild vor Augen gestellt. Ob beim Wirtschaftswachstum, dem Export, bei Jobs, dem Schuldenabbau oder der Sanierung der Sozialsysteme, überall sei der Nachbar erfolgreicher, dozierte er. Bei einer Fernsehsprache Anfang 2012 brachte es der Präsident fertig, zwei Dutzend Mal das Wort „Deutschland“ zu gebrauchen. Über dessen Kanzlerin sagte er: „Ich hege Bewunderung für Frau Merkel.“ Sarkozy neigt zu Übertreibungen, und so ging er auch bei Deutschland ein bisschen zu weit. Deutschen Diplomaten wurde es geradezu mulmig zumute bei all den Elogen auf ihr Land. Kein Volk, und schon gar nicht das französische, möge es, wenn ihm ständig ein anderes als erfolgreicher, tüchtiger, besser vorgehalten werde. Was der Präsident da tue, sei unvernünftig und könne sogar die deutsch-französische Freundschaft beeinträchtigen.

Nach rechts gerückt Diese Sorgen dürften verfliegen sein. Denn kaum kam der Präsidentschaftswahlkampf im März richtig in Fahrt, räumte Sarkozy „le modèle allemand“

in den Schrank für ausgesiedelte Polit-Konzepte. Von Deutschland spricht er nur noch selten, und Angela Merkel will er nicht mehr bei Wahlkampfveranstaltungen dabei haben. Stattdessen preist Sarkozy wieder den starken französischen Staat, der seine Industrie fördern und notfalls mit neuen Zöllen schützen müsse. Er droht damit, das Schengen-Abkommen über ein grenzenloses Europa zu suspendieren und stichtel auffällig oft gegen die EU, um bei rechtsnationalen Wählern zu punkten. Sarkozys wichtigster Rivale, der Sozialist François Hollande, geht noch weiter. Er will den mühsam von Deutschland durchgesetzten Euro-Stabilitätspakt neu verhandeln lassen, um zu erzwängen, dass Europa eine im Zweifel teure Wachstumspolitik nach französischer Vorstellung finanziert. Gegenüber Berlin glaubt Hollande klarstellen zu müssen: „Es ist nicht Madame Merkel, die im Namen aller Europäer entscheidet.“ Was ist los mit dem deutsch-französischen Duo, das so formidabel bei der Euro-Rettung zusammengearbeitet und dessen scheinbare Eintracht sich zum Kunstwort „Merkozy“ verdichtete? Eben noch wirkte das Verhältnis so harmonisch-geglättet wie ein su-

higer Sommersee; und nun reicht ein bisschen Wahlkampfwind, um die Wasserfläke aufzuwühlen. Es ist Wahlkampf in Frankreich, und das relativiert vieles. Beide Kandidaten versuchen, ihr Lager zu sammeln, ohne dabei allzu große Rücksicht auf die Wirkung im Ausland zu nehmen. Sarkozy hat das „modèle allemand“ getestet, und als er merkte, dass ihm das keine Stimmen mehr brachte, durch ein „modèle français“ samt starkem Fürsorgestaat und beschützenden Grenzen ersetzt. Sollte er wiedergewählt werden, dürfte er zum „modèle allemand“ zurückkehren. Denn dann wird er seinen Landsleuten all die Sparopfer abringen müssen, von denen im Wahlkampf nicht die Rede ist.

»Madame Merkel entscheidet nicht im Namen aller Europäer.«

François Hollande, Präsidentschaftskandidat

Tiefenschichten Gewinnt Hollande, wird auch er kaum auf dauerhaften Konfrontationen zu müssen. Die hohe französische Staatsschuld, die EU, die europäischen Partnerstaaten und die Finanzmärkte setzen seinem Gestaltungsspielraum Grenzen. Hollande ist kein radikaler Träumer, der sein Land in den Ruin führen würde, sondern ein sozialdemokratisch orientierter, proeuropäischer Pragmatiker. Sein Problem wird es sein, die für eine Regierungsmehrheit nötigen Koalitionspartner links von den Sozialisten einzubinden. Berlin und Brüssel dürften einem Präsidenten Hollande dabei helfen, indem sie einer – nicht unbedingt konkreten – europäischen Wachstumsinitiative zustimmen.

Wichtiger als solche Oberflächen-Phänomene im Wahlkampf sind die Tiefenschichten der deutsch-französischen Beziehung, also das, was das Verhältnis seit langem prägt. Ein immer wiederkehrendes Phänomen fällt dabei auf. Französische Präsidenten und deutsche Kanzler tun sich zu Anfang schwer miteinander. Mal, weil sie unterschiedlichen politischen Lagern entstammen; mal, weil sie persönlich nicht harmonieren; vor allem aber, weil die politischen Systeme der Nachbarländer so verschieden sind. Links des Rheins herrscht eine Gewaltenballung im Élysée, die es dem Präsidenten ermöglicht, rasche Entscheidungen zu fällen. Rechts des Rheins wird eine besonders ausgeprägte Gewaltenteilung gepflegt, die Kompromisse erfordert und schnellen Beschlüssen entgegensteht. Zudem sind die Einstellungen beider Völker gegenüber dem Staat sehr unterschiedlich. Viele Franzosen akzeptieren, ja verlangen einen starken Staat, der die Gesellschaft schützt. Viele Deutsche dagegen sind misstrauisch gegenüber der Staatsmacht. Hierin zeigt sich der Unterschied zwischen einer Nation mit ungebrochenem und einer mit gebrochenem Geschichtsbewusstsein.

»Wir sind Freunde« Angesichts all dieser Unterschiede ist es umso erstaunlicher, wie gut sich die deutsch-französischen Paare jedes Mal zusammenraufen. Nicolas Sarkozy und Angela Merkel etwa. Sie entstammen beide dem bürgerlich-konservativen Lager, doch ih-

re Persönlichkeiten könnten kaum verschiedener sein. Hier der stürmische Advokat aus dem mondänen Pariser Westen. Dort die abwägende Physikerin aus Deutschlands Osten. Sie sind einander auf die Nerven gegangen in der ersten Zeit. Sarkozy flirtete sogar – wie weiland Gerhard Schröder – kräftig mit den Briten, um europapolitisch mehr Spielraum zu bekommen. Heute sagt Sarkozy über Merkel: „Ich bin glücklich, wir verstehen uns immer besser, wir sind Verbündete, wir sind Freunde.“ Die Kanzlerin wiederum versichert, sie unterstütze Sarkozy bei seiner Präsidentschaftskandidatur „in jeder facon“.

Alarmglocken in Paris Die stabile Tiefenbeziehung zwischen den beiden Ländern bedeutet jedoch nicht, dass dieses Verhältnis statisch ist. In jüngster Zeit scheint sich eine Machtverschiebung zu vollziehen, die das Gleichgewicht der Kräfte – die Grundlage der Freundschaft – bedrohen könnte. Eine Maximale französische Nachkriegspolitik war es stets, den wirtschaftlich wiedererstarkenden Nachbar einzubinden. Darin liegt, aus französischer Sicht, ein wesentliches Motiv für die europäische Einigung. Zugleich achtete Frankreich seit Charles de Gaulle darauf, politisch in einer höheren Liga als Deutschland zu spielen. Frankreich wurde ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat und Atommacht, Deutschland nicht. Frankreich erlaubte sich eine unabhängige Rolle gegenüber den USA, Deutschland nicht. Der Nachbar mochte wirtschaftlich immer mächtiger werden – Frankreich tröstete sich mit seinem politisch-militärischen Übergewicht. Vom „Gleichgewicht zwischen der Bombe und der Mark“ war in Frankreich die Rede.

Die deutsche Wiedervereinigung ließ in Paris dann die Alarmglocken läuten. François Mitterrand, der seinem deutschen Freund Helmut Kohl über den Gräbern der Geschichte die Hand gereicht hatte, opponierte nun gegen die Vereinigung. Deutschland sollte nie wieder großmächtig werden, das war seine Sorge. Die Wiedervereinigung konnte Mitterrand nicht aufhalten, doch er erreichte, dass Deutschland die D-Mark, das Wahrzeichen seiner Macht, dem Euro opferte. Die Sorge vor einem übermächtigen Nachbarn aber blieb bestehen. Sie zeigte sich immer wieder, so im Versuch Sarkozys zu Beginn seiner Amtszeit, eine Mittelmeerunion unter Ausschluss Berlins zu gründen. Und heute? In der allgemeinen Wahrnehmung führt Deutschland, und Frankreich folgt. Weil die deutsche Wirtschaft bislang gut durch die Krise kommt, während die französische leidet; weil Deutschland seine Bestnoten bei der Kreditwürdigkeit hält, während Frankreich herabgestuft wird; weil die Arbeitslosenzahlen rechts des Rheins sinken und links des Rheins steigen, verändert sich der Einfluss der beiden Freunde. Frankreich lächelte oft über deutsche Stabilitätsorgen und Inflationsängste. Noch zu Beginn seiner Amtszeit streute Präsident Sarkozy Geld übers Land, um die Wirtschaft anzukurbeln. Das Wort „rigueur“, „Haushaltstrenge“, war in Paris verpönt. Das hat sich geändert. Zu Beginn der Schuldenkrisen im Euro-Raum geriet der Élysée in Panik, die Spekulation könnte sich gegen Frankreich

wenden. Heute singt der Präsident, Seite an Seite mit der Kanzlerin, den vermeintlichen Halldorris im Süden der EU das Lied von der sparsamen schwäbischen Hausfrau.

Mehr Deutsch gelernt Die deutschen Wirtschaftserfolge beeindruckten die Franzosen bis ins Private hinein. Die deutsche Sprache war in den französischen Schulen lange auf dem Rückmarsch. Nun erzählen Eltern aus gutbürgerlichen Gemeinden im Westen von Paris, sie ermutigten ihre Kinder, wieder Deutsch zu wählen. Denn während in Frankreich junge Leute kaum feste Stellen finden, würden im Nachbarland qualifizierte Arbeitskräfte gesucht. Dennoch ist der Eindruck falsch, Deutschland dominiere dauerhaft die Beziehung. Die Franzosen erwählen gem die Demographie, die für sie spreche. Auf einem ganz anderen Gebiete setzen sich derzeit gerade klassisch französische Vorstellungen durch – bei der Gestaltung Europas. Während in Deutschland Sympathie für ein überstaatliches Europa besteht, mit starken Organen in Brüssel und Ausblick auf einen Bundesstaat, wünschen sich viele Franzosen in der Nachfolge de Gaulles ein „Europa der Vaterländer“. Zusammenarbeit ja, Souveränitätsverzicht nein, ist ihr Rezept. Derzeit findet es Anwendung. In den Krisen der vergangenen Jahre wurden Brüsseler Institutionen, insbesondere die Kommission, geschwächt. Fast alle Macht liegt bei den Staats- und Regierungschefs, vor allem bei jenen aus Frankreich und Deutschland. Sarkozy verspricht seinen Wählern, auch künftig eher Souveränität zurückzuholen als abzugeben.

»Wir verstehen uns immer besser, wir sind Freunde.«

Nicolas Sarkozy, Präsident

Gemeinsame Interessen Die Konzeption Europas könnte ein Konfliktfeld zwischen den beiden Freunden werden. Zugleich werden Frankreich und Deutschland aber mehr denn je aufeinander angewiesen sein. Angesichts eines Amerikas, das sich nach Asien wendet, eines Großbritanniens, das sich in seiner Isolation gefällt, eines Russlands, das autokratisch bleibt, und neu aufkommender Großmächte wie China können Paris und Berlin nur zusammen Einfluss in der Welt behalten. Nur zusammen können sie ein Gesellschaftsmodell verteidigen, in dem der Kapitalismus sozialvertraglich gestaltet wird. Zudem braucht Deutschland in Europa das Gegengewicht Frankreichs, um von den anderen Ländern nicht wieder als gefährlicher Hegemon in Mittellage wahrgenommen zu werden. Ein oft zitiertes Bonmot lautet, Staaten hätten keine Freunde, sondern nur Interessen. Jedenfalls sind Frankreichs und Deutschlands gemeinsame Interessen groß genug, um auch in Zukunft eine stabile Beziehung zu ermöglichen. Wenn diese sich nicht am deutschen oder französischen Modell, sondern am „modèle européen“ ausrichtet, wird der ganze Kontinent davon profitieren. **Stefan Ulrich**

Anzeige

DAS WILL ICH LESEN!

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Meinung.
Mehr Parlament.*

Jetzt auch als E-Paper

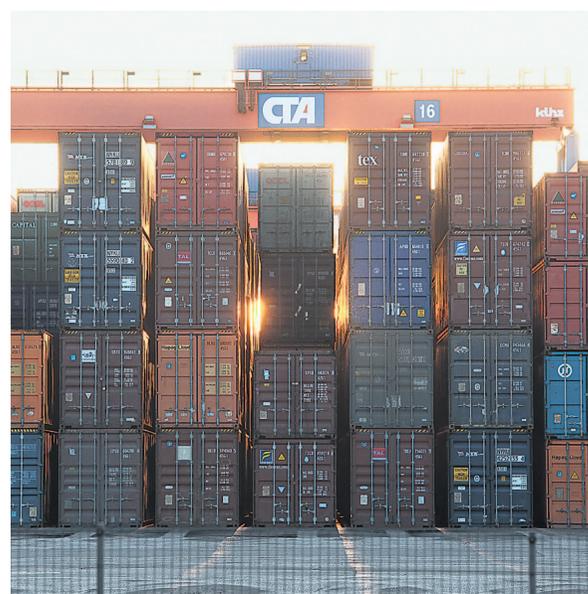
Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post.

Telefon 069-75014253
parlament@fs-medien.de
www.das-parlament.de

DasParlament

Die Ware Wissen

ENTWICKLUNGSPOLITIK
SICHUMARMEN
DIE WARE WISSEN



Vorbild Deutschland: Die Wirtschaft brummt, Container stapeln sich im Hamburger Hafen.

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ in Paris



Egal ob ein Eurofighter (rechts) oder eine „Rafale“-Maschine in den Export geht: Frankreich ist oft der Gewinner.

Vorbild Deutschland

VERGLEICH Maßeinheit für den Austausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen zwei Ländern ist die Leistungsbilanz: Dafür werden von allen Exportwerten sämtliche Importwerte abgezogen. Ein Leistungsbilanz-Plus des einen Landes taucht dann logischer Weise als gleichgroßes Minus bei dem anderen auf. Die deutsche Volkswirtschaft hat gegenüber der französischen schon seit Jahrzehnten einen Vorsprung, allerdings war der zunächst nicht besorgniserregend groß. 1975 zum Beispiel betrug das bundesdeutsche Plus rund 637 Millionen Euro, bei einem Gesamtaustauschvolumen der Güter und Dienstleistungen von gut 27 Milliarden Euro. Doch inzwischen gibt es das Paar auf Augenhöhe nicht mehr: Deutschland ist dem Nachbarn ökonomisch über den Kopf gewachsen. Für 2011 ermittelten die Statistiker ein Leistungsbilanzplus von fast 32 Milliarden Euro – insgesamt wurden Produkte und Leistungen im Wert von 195 Milliarden Euro hin- und herverkauft. In der Teilbilanz Handel, also dem Export und Import von Waren, lag Deutschland unterm Strich mit fast 35 Milliarden Euro noch weiter vorn. Das dicke Minus für Frankreich drückt die rückläufige Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Industrie aus. Im Bereich der Dienstleistungen konnte das Land einen kleinen Teil des Defizits wettmachen, weil man hier vor allem durch Tourismus und Versicherungsdienstleistungen im Saldo positiv herauskommt. Die zunehmend schlechte französische Performance prägte auch den Präsidentschaftswahlkampf. Für Amtsinhaber Nicolas Sarkozy war das „Vorbild Deutschland“ Teil seines Reformprogramms. Industrieminister Eric Bresson stellte zum Jahresanfang die Ergebnisse einer großen Studie vor, die Gründe für das Zurückfallen der eigenen Wirtschaft im Ländervergleich analysierte. Als deutsche Vorteile wurden der erfolgreiche Mittelstand und die enge Verbindung zu Forschung und Bildung ins Feld geführt. Außerdem profitiere die Volkswirtschaft von Arbeitsmarktreformen, moderaten Lohnabschlüssen und einer insgesamt sehr kooperativen Sozialpartnerschaft. **dh**

Das eigene Wohl fest im Blick

WIRTSCHAFT Der Handelsalltag läuft problemlos, aber in der Industriepolitik prallen Welten aufeinander

Deutschland und Frankreich sind wechselseitig nach wie vor die wichtigsten Handelspartner. Der Firmenalltag läuft passabel und meist reibungslos. Doch bei großen Kooperationen und auf national bedeutsamen Märkten prallen immer häufiger die unterschiedlichen Interessen aufeinander.

Strategische Branche Laurent Wauquiez hat einen Plan, seit er im Juni 2011 französischer Minister für Hochschulen und Forschung wurde. Er will dem ziemlich eingeschlafenen Trägerraketenprogramm der Europäischen Raumfahrtorganisation Esa neuen Schwung verleihen – und dazu soll Deutschland, das sich ausgeklinkt hat, mit Milliardeninsatz wieder an Bord. Die Franzosen sehen in der Raumfahrt eine strategisch bedeutsame Branche. Nach dem Vorbild des erfolgreichen Flugzeugkonzerns EADS setzen sie auch hier auf eine deutsch-französische Kooperation. Über Monate haben Minister Wauquiez und seine Leute die Gegenseite in Berlin bearbeitet und auf eine verbindliche Vereinbarung gedrängt. Vergeblich. Zwar unterzeichnete Wirtschaftsminister Philip Rösler (FDP) jetzt im Februar eine „Gemeinsame Erklärung zum Thema Raumfahrtspolitik“, die aber blieb mit schönen Worten im Ungefähren. Im Ministerium an der Berliner Scharnhorststraße herrscht eine gewisse Grundskepsis, wenn der Staat sich anschiekt, Zukunftsbranchen zu definieren. Zudem fürchtet man, dass dahinter ein cleverer Schachzug wie ehemals bei EDAS steckt: Frankreich prescht in einer Spitzentechnologie zunächst voran, um sich dann in einer Kooperation mit Deutschland die Filetstücke in der Produktion zu sichern. Deswegen Röslers diplomatische Abfuhr. Die Geschichte passt ins Bild: Im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit ist die deutsch-französische Staatenliebe formidabel – wenn es allerdings dunkel ist, pflegt jeder seine eigenen nationalen Egoismen. Für zigttausend Unternehmen in Deutschland und Frankreich ist die Debatte um das Miteinander-Können ziemlich überflüssig, weil die Zusammenarbeit problemlos läuft. Bei ihnen wird einfach nur gehandelt, verkauft, kooperiert und fusioniert – wie überall in Europa. Doch die Harmonie endet, wenn die Projekte als sehr groß und sehr national wahrgenommen werden. Hier wächst der Stress.

tete man die Dominanz des wesentlich größeren französischen Konzerns. „In den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen gibt es kaum noch Vorwärtsbewegung“, sagt Anton Brender, Chefökonom des Vermögensverwalters Dexia Asset Management in Paris: „Wenn keine gemeinsamen Projekte mit Strahlkraft mehr gelingen, wird es bald bedenklich.“ Wirtschaftspolitische Härteproben für die einstigen Erbfeinde gab es früher auch. Doch für die Kanzler Helmut Schmidt und Helmut Kohl hatte der Konsens eine Friedens- und Integrationsfunktion. Wenn zwei Länder mit unterschiedlichen Wirtschaftstraditionen – das eine mit sozialer Marktwirtschaft, das andere mit dem Staatsinterventionismus der „Planification“ groß geworden – zusammenfinden, so das Kalkül, dann funktioniert auch Europa.

Gleichlauf Ein gewisser Gleichlauf im Ökonomischen erleichterte über Jahrzehnte vieles im deutsch-französischen Verhältnis. Beide Volkswirtschaften waren ungefähr gleich groß, obwohl sich deutsche Produkte in Frankreich immer etwas besser verkaufen als umgekehrt. Doch inzwischen ist Deutschland dem Nachbarn wirtschaftlich enteilt (siehe Artikel oben rechts). Die Nation nebenan hat nun im Prinzip die gleichen Probleme wie die Länder der Euro-Peripherie: eine dramatisch steigende Staatsverschuldung als Spiegelbild chronischer Wachstumsschwäche. Da der ökonomische Kitt zwischen den beiden Kernländern Europas bröseln, offenbart sich das fragile Fundament des deutsch-französischen Hauses. Über Markt, Macht und den Segen des Wettbewerbs wird in den Wirtschaftseliten links und rechts des Rheins immer noch sehr unterschiedlich gedacht. Nach wie vor prägen die Ausbildungssysteme die Weltanschauungen des Managements. In Deutschland sind die Lebensläufe der Topleute bunt, weil es keine zentrale Uni für künftige Dax-Vorstände gibt. Frankreich hingegen verfügt mit seinen Grandes Écoles über ein geschlossenes Rekrutierungssystem, bei dem die Absolventen zwischen Spitzenposten in Politik, Verwaltung und bei Staatsunternehmen wechseln, die in den Sektoren Energie, Telekom und Transport immer noch konkurrenzgeschützt agieren. Der Pariser Ökonom Brender sagt: „Wer abgeschottete Märkte und einen gewissen staatlichen Protektionismus gewohnt ist, wird nicht plötzlich ein glühender Wettbewerbsfan. Die deutsch-französischen Gräben sind vielfach tiefer, als viele glauben.“ Und Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), meinte kürzlich: „Italien steht als Industrienation in Europa Deutschland am nächsten – näher als Frankreich.“

»Italien steht als Industrienation Deutschland näher als Frankreich.«

Hans-Peter Keitel (BDI)

Industriepolitik Die Differenzen reichen von Zank beim EADS-Konzern, führen zu Kleinkriegen rund um die strittige Frage, was unter Vollendung des Binnenmarktes zu verstehen ist, und enden in unterschiedlichen Auffassungen über Sinn und Nutzen von Industriepolitik. Der Trägerraketen-Fall war nicht das einzige Ereignis in jüngster Zeit, wo Deutschland dem Nachbarn die kalte Schulter zeigte. 2011 hätte Staatspräsident Nicolas Sarkozy den U-Boot-Bau gerne bilateral realisiert: durch eine Fusion der halbstaatlichen französischen Werft DnCS mit der deutschen ThyssenKrupp Marine Systems. Doch der Plan scheiterte auch am Veto Berlins. In der sicherheitssensiblen Rüstungstechnik für-

Industriepolitik à la française Zu einem wieder aufflammenden deutsch-französischen Streitthema wird die „Vollendung des Binnenmarktes“. Die zunehmend selbstbewusster agierenden Firmen hierzulande fordern mit dem Blick auf dynamisch wachsende Märkte das gleiche Recht für alle ein. Bis heute versteht sich der Nachbar wie kein zweiter in Europa auf den Schutz der eigenen Industrie – durch Ausnutzen aller Spielräu-

me und Anwendung von nationalen Vergabepraktiken, die schwer kontrollier- und anfechtbar sind. Die Industriepolitik à la française greift in unterschiedlicher Ausprägung bei Gas, Wasser, Strom, Post und Nahverkehrszügen. Und offenbar bei Infrastrukturprojekten. Der Neu- und Umbau von neuen Stadien für die Fußball-EM 2016 zum Beispiel ging nur an französische Generalunternehmer. Wobei es gar keiner List mehr bedurfte: „Deutsche Firmen haben sich hierfür nicht beworben, weil denen nach jahrelangen erfolglosen Versuchen die Lust vergangen ist“, erzählt ein Berliner Baufunktionsär.

Energiesektor lockt Während die deutsche Baubranche die Wirklichkeit weitgehend klaglos hinnimmt, drängt der Energiesektor auf eine Öffnung des französischen Marktes. Der Bau gigantischer Offshore-Windparks im Atlantik und Neuausschreibungen bei Wasserkraftwerken locken deutsche Unternehmen. Zum ersten milliardenschweren Showdown mit Signalwirkung kommt es in Kürze: Dann entscheidet die französische Regierung, welche Konsortien den ersten Meereswindpark mit 600 Windrädern ausrüsten. Siemens tritt als einziger deutscher Konzern an. Der Hamburger Windanlagenbauer Nordex hat angeblich wegen Bevorzugung französischer Hersteller kein Angebot abgegeben. Beim Flugzeugkonzern EADS wäre es ein Wunder, wenn Franzosen und Deutsche eine Balance fänden, die länger als ein Jahr Frieden bringt. Seit der Gründung im Jahr 2000 geht der Machtkampf um Einfluss, Macht, Posten und Standorte. Allein die Frage, welches Bauteil wo hergestellt, verarbeitet und geprüft wird, kann Regierungsstäbe in Atem halten. Aktuell geht es wieder um Grundsätzliches in der Konstruktion. Anfang März setzte Peter Hintze (CDU), Luftfahrtkoordinator der Bundesregierung, den designierten EADS-Chef Tom Enders unter Druck. Um die deutschen Standorte bei der Tochter Airbus zu stärken, so heißt es in dessen Brandbrief, müsse die Zentrale mit Deutschen „auf den obersten fünf Hierarchiestufen“ paritätisch besetzt sein.

Deutsche Seite im Nachteil Es wurde zwar der Deutsche Enders geprügelt, aber eigentlich war der Mitanteilsgeber Frankreich gemeint. Denn dass ein Franzosen-Überhang bei Führungskräften in Toulouse herrscht, ist keine neue Erkenntnis. Erklärlich wird die deutsche Attacke aus zwei Gründen. Erstens dämmern Berlin die Nachteile des föhltigen Aktionärspakts. Danach hat die französische Seite ein „Vorkaufsrecht“, wenn der Autobauer Daimler als bisheriger Sachwalter deutscher Interessen die Absicht wahr macht, auch seine letzten 7,5 Prozent an EADS zu verkaufen. Mit dem Hintze-Brief entsteht quasi Verhandlungsmasse, um Frankreich zu einer freiwilligen Paktänderung zu bewegen und damit eine Übermacht zu verhindern. Inzwischen wurde sogar öffentlich, dass die Bundesregierung über die staats eigene KfW-Bank erstmals direkt beim Luftfahrtkonzern einsteigen will. Ein deutscher Ministerialer sagt: „Wenn es hart auf hart kommt, sind wir ordnungspolitisch auch nicht so sauber, wie wir immer tun.“ Zweitens steckt hinter der Berliner Attacke auch der Ärger darüber, dass die Franzosen das Eurofighter-Konsortium aus Deutschen, Briten, Italienern und Spaniern ausgebootet haben. Indien entschied sich kürzlich bei ei-

nem der weltweit größten Waffendeals für 126 Kampfjets vom Typ Rafale des französischen Konzerns Dassault – und damit gegen den Eurofighter. Die ungewöhnliche europäische Konkurrenz gibt es, weil Paris bei der EADS-Gründung seinen Armeeausrüster Dassault nicht in den Konzern mit einbrin-

gen wollte. Im Indiengeschäft, bei dem es für beide Staaten um viel ging, schalteten sich Präsident Sarkozy und Kanzlerin Angela Merkel direkt ein. Ersterer war offenbar der bessere Verkäufer. **Dirk Horstkötter**

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Anzeige

Stadt bauen. Stadt leben. Nationaler Preis für integrierte Stadtentwicklung und Baukultur

Die Europäische Stadt ist lebendige Geschichte und erlebbare Stadtgestalt, demokratische Einheit und Raum sozialer Integration. Die demographische Entwicklung, der Wandel von Wirtschaftsstrukturen und Klima stellen die Städte, Gemeinden und Regionen vor neue Herausforderungen, auf die sie in den letzten Jahren mit innovativen Projekten und Strategien bereits reagiert haben.

Mit der erneuten Vergabe des Preises 2012 würdigt das BMVBS realisierte Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung in Stadt und Region, die zur Nachahmung, zu neuen Überlegungen und weiterem Handeln anregen. Der Wettbewerb richtet sich an alle Städte und Gemeinden, Gebietskörperschaften, Wirtschaftsunternehmen, Projekt-träger, Vereine, zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände sowie Einzelpersonen.

Es werden Auszeichnungen in vier Kategorien vergeben:

- Gebäude und Stadtraum
- Region und Landschaft
- Gemeinwohl und Zivilgesellschaft
- Energie und Infrastruktur

Ausschreibungsunterlagen und weitere Informationen:

www.stadtbauenstadtleben.de

Abgabetermin für die Bewerbungsunterlagen:

25. Mai 2012



Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung



NATIONALE STADT ENTWICKLUNGSPOLITIK

Initiative Architektur und Baukultur

Denkt man an die deutsch-französische Grenze, hat man zunächst den Rhein vor Augen. Von Basel bis Karlsruhe bildet er die deutlich sichtbare Grenze. Ganz anders sieht die Lage im ländlichen Grenzgebiet zwischen dem Nordelsass und der Südpfalz aus. Hier trennen kleine Flüsse wie die Lauter, nur mehrere Meter breit, Deutschland und Frankreich. Manche Orte entlang der Grenze tragen sogar auf beiden Seiten dieselben Namen: Scheibenhardt in Frankreich liegt neben Scheibenhardt in Deutschland, Lauterbourg neben Neulauterbourg. Undurchlässig war die Grenze nie, und so verwundert es kaum, dass hier Grenzen scheinbar verschwinden und erst auf den zweiten Blick sichtbar werden. Alte Grenzen bauen sich ab – aber auch neue auf. Denn die Menschen in der Region beunruhigt in erster Linie eine Grenze, die gerade erst neu zu entstehen droht – die Sprachgrenze. Ihr Verlauf ist fließend, eigentlich verläuft sie auf der französischen Seite landeinwärts, ein gemischtes Grenzgebiet bildend. Doch sie rückt hörbar immer näher an die Staatsgrenze heran.

Elsässischer Dialekt Liesl Weiß wohnt in Büchelberg, nur wenige Kilometer nördlich der Grenze und kennt noch die Zeiten, als Frankreich Kriegsgegner und Besatzungsmacht war. „Aber wir direkt an der Grenze haben uns schon immer gut verstanden.“ Noch in der Nachkriegszeit habe die Familie Äcker im Nordelsass bewirtschaftet. Und auch die Pfarrer hätten bei Bedarf jenseits der Grenze ausgeholfen, erinnert sie sich. „Wie’s fast überall ist, wo Krieg ist, die Leute haben ja keinen Hass aufeinander.“ Das Elsässerdeutsch sei eine gute Brücke zur Verständigung. Ihre Generation im Elsass spreche noch den Dialekt, schon deren Kinder jedoch kaum noch. Das Elsass ist stets Grenzregion gewesen und wechselte allein in den letzten 150 Jahren viermal zwischen Deutschland und Frankreich hin und her. Das Elsässische oder Elsässerdeutsch steht den süddeutschen alemannischen Dialekten sehr nahe, wenn auch mit vielen französischen Einsprengeln. Ältere Generationen im ländlich geprägten Nordelsass sprechen den Dialekt noch fließend, die jüngeren, nach 1945 Geborenen, erlernen ihn jedoch nur noch selten, weshalb die Verständigung über die Grenzen hinweg schwerer fällt. Die Pfalz hingegen ist nicht zweisprachig. Ebenfalls aus Büchelberg stammt Katharina Wingerter. „Nach dem Krieg kamen Elsässer zum Arbeiten zu uns, hier gab es früher als bei ihnen viel Arbeit, obwohl sie die Sieger gewesen sind. Aber in dieser Hinsicht haben sie sehr stark aufgeholt.“ Das Fernsehen, in Grenzgebieten oft Sprachlehrer Nummer Eins, konnte an dieser Grenze jedoch nicht weiterhelfen. Deutsche und Franzosen sendeten lange Zeit ausschließlich nach unterschiedlichen Systemen. In Straßburg sitzt der deutsch-französische Kanal Arte, der jedoch nur in der jeweiligen Landessprache ausgestrahlt wird. Wie leben nun Deutsche und Franzosen heute zusammen? „Eher getrennt“, meint sie.

Infrastrukturprobleme Auch wenn die Menschen die Grenze gerne zum Einkaufen und Arbeiten überqueren, heißt das noch nicht, dass sie auch miteinander leben und nicht nur nebeneinander. Diese Bedenken sieht auch Francis Joergel, seit 20 Jahren Bürgermeister von Scheibenhardt im Elsass. „Was wir zusammen machen können, machen wir. Aber der Abbau der Grenzen hat seine Grenzen.“ Etwa 20 Prozent Deutsche wohnen im französischen Scheibenhardt, viele sind wegen der günstigen Grund-



Getrennt im Laufe der Geschichte: Das französische Scheibenhard und das deutsche Scheibenhardt an der Lauter

Gute Nachbarn

GRENZREGION Vom Zusammenleben und den Problemen der Deutschen und Franzosen im Nordelsass und der Südpfalz

stücks- und Wohnungspreise hierhergezogen. „Einige wenige kamen nur, weil Wohnen hier billiger ist, und haben sich überhaupt nicht integriert. Die sind aber Gottseidank bereits wieder weg.“ Für ihn als Kommunalpolitiker krankt die direkte Zusammenarbeit oft daran, dass viele Entscheidungen über die Zentralen in Paris, Berlin oder Mainz laufen. Infrastruktur wie Sportplätze oder Kindergärten sei oft doppelt vorhanden, dagegen fehle es an grenzüberschreitenden Buslinien. Auch mit der Entwicklung der Sprachen steht es laut Joergel nicht zum Besten. „In den nächsten Jahren wird es schlimmer. Jetzt tut sich eine echte Grenze auf: die sprachliche Grenze.“ Die Erfolge, die Sprache des Nachbarn zu unterrichten, seien eher symbolischer Natur. „Das Europa der Einkäufer hingegen hat keine Probleme.“ Es habe jedoch auch an-

dere Vorteile, an der Grenze zu wohnen: „Insbesondere bei der Arbeit sage ich: Gottseidank! Ohne die deutsche Seite wären wir eine arme Gegend.“ Gerade an Feiertagen des Nachbarn gebe es ein ausgezeichnetes Geschäft. „Das größte Problem ist jedoch: Bei jeder Grenzöffnung gab es zwar eine schöne Feier, wir sind jedoch ein Beispiel dafür, dass in Europa nur noch wenig vorangeht. Die Kinder sehen sich nicht. Die Jugend müsste sich treffen, ohne dass das in der Zeitung steht. Mein Enkel ist acht Jahre alt, er kennt niemand auf der deutschen Seite“, beklagt Joergel. Wo Zusammenarbeit stattfindet, zwischen Kommunalpolitikern, Vereinen oder Privatpersonen, sei diese gut und aller Ehren wert. „Aber es ist noch so viel zu tun!“ Raymond d’Andlau sieht die Lage nicht so negativ. „Der Dialekt kommt wieder“, ist der

elsässische Winzer überzeugt. Auf dem Lande werde er viel gesprochen und nun sogar an der Straßburger Universität wissenschaftlich erforscht und gelehrt. Die Frage der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sei immer auch eine Frage der Perspektive. „Meine Freunde aus Zentralfrankreich, die ins Elsass kommen, fragen sich, ob sie noch in Frankreich sind oder schon in Deutschland“, sagt er lachend.

Städtepartnerschaften Probleme beim Zusammenleben der Deutschen und Franzosen sieht d’Andlau nicht. Viele, schon Jahrzehnte alte Städtepartnerschaften erlebten die Beziehungen. „Wir waren die ersten mit Beziehungen zu Deutschland!“ Und die Beziehungen würden von beiden Seiten auch rege gepflegt und genutzt, zum Arbeiten, Essen, Einkaufen, Wandern, Skifahren.

„Und sowieso: Es gibt überhaupt keinen Hass mehr. Eine echte Freundschaft ist entstanden!“, betont der Elsässer.

Den Menschen solche Grenzgänge zu ermöglichen ist die Aufgabe von Kristine Clev und ihren zehn Kollegen von der Verwaltung des „Eurodistrikt Region Pamina“ im benachbarten Lauterbourg. Entstanden aus der 1991 gegründeten Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen soll der Eurodistrikt den alltäglichen Grenzübergang in vielerlei Hinsicht erleichtern. Der Name setzt sich zusammen aus „Pa“ für Palatinat (Pfalz), „Mi“ für Mittlerer Oberrhein und „Na“ für Nord Alsace.

Berufspendler Pamina will eine Lotsenfunktion einnehmen. „Auch nach 20 Jahren haben wir 2.000 bis 3.000 Anfragen pro Jahr“, erläutert Clev. Wie kaum anders zu erwarten sind ein großer Teil davon Steuer- und Rentenfragen und die grenzüberschreitende Arbeit. Im Elsass pendelt jeder zwölfte Arbeitnehmer über die Grenze. Im Nordelsass hingegen ist es sogar nahezu jeder dritte. Täglich pendeln dort 16.000 Franzosen nach Deutschland, aber nur 100 Deutsche nehmen den umgekehrten Weg. „Wir fördern dies nicht direkt, diesen Leuten sollen jedoch keine Nachteile entstehen“, sagt Kristine Clev. Beratungsbedarf ist vorhanden: „Es hat schon Einzelfälle gegeben, dass Menschen zu uns kamen, die ihren Altersruhesitz in Frankreich wählen wollten. Allerdings haben wir dann im Laufe des Gesprächs erfahren, dass sie überhaupt kein Französisch können! Wir haben natürlich von ihren Plänen erst einmal abgeraten.“ Selbst im Scheidungsrecht kann Pamina weiterhelfen, denn auch nicht jede grenzüberschreitende Ehe hat ein Happy End. Die Zweisprachigkeit macht Kristine Clev Sorgen, sie ist rückläufig. Die Tendenz junger Deutscher sei es, zu sagen: „Französisch ist schwer zu lernen.“ Folglich werde Französisch selten als erste Fremdsprache gewählt. Andersherum sei es dasselbe. Man könne das Lernen der jeweils anderen Sprache jedoch nicht forcieren. „Als meine Tochter in die 5. Klasse kam, wählten von 245 Schülern gerade einmal zwölf Französisch als erste Fremdsprache, der Rest entschied sich für Englisch. Und das oft, weil die Eltern selbst nicht gut Französisch sprechen oder zumindest dieser Meinung sind. Dann haben sie Angst, sie könnten ihrem Kind nicht ausreichend helfen“, erklärt Clev.

Pamina fördert auch Sportveranstaltungen von Jugendlichen. „Sport ist ein sehr gutes Mittel, um Kinder und Jugendliche zusammenzubringen“, betont Clev. Bei Kindern stoße sie oft auf Unverständnis, wenn sie von „Grenzüberschreitendem“ spreche. „Die Kinder sehen die Grenze oft eigentlich nicht, sie sind schon weiter als wir.“ Eine geradezu neutrale Rolle im deutsch-französischen Grenzgebiet nimmt Nguyen van Tung ein. Er ist der Pächter der ehemaligen deutschen Zollstation, schräg gegenüber dem Sitz von Pamina. Er kocht jedoch weder deutsch noch Französisch, sondern betreibt einen Asia-Wok. Woher seine Kunden stammen, kann Nguyen am Kaufverhalten festmachen: „Meine Kunden kommen zu 80 Prozent aus Frankreich, darunter sind aber auch viele Deutsche, die dort leben. Wenn sie Zigaretten kaufen, kommen sie jedoch eindeutig von der anderen Seite der Grenze, dort sind sie deutlich teurer.“ Als Kunden sind ihm Franzosen und Deutsche gleichermaßen willkommen – und die Sprachbarriere umgeht er gekonnt mit zahlreichen Gesten. Carl-Leo von Hohenthal

Der Autor arbeitet als freier Journalist in Freiburg im Breisgau.

KOOPERATIONEN

Städte- und Gemeindepartnerschaften

Sie bilden das Grundgerüst, das die deutsch-französische Freundschaft trägt: die grenzüberschreitenden Partnerschaften zweier Städte, Gemeinden und Regionen. Rund 2.200 solcher Partnerschaften gibt es heute, wie das deutsch-französische Internetportal der Außenministerien beider Länder informiert. Bereits im Jahr 1950 unterzeichneten die ostfranzösische Stadt Montbéliard und das baden-württembergische Ludwigsburg den Vertrag zur ersten deutsch-französischen Städtepartnerschaft. Für ihre vorbildhaften städtepartnerschaftlichen Beziehungen erhielten beide Städte 1988 den Adenauer-de-Gaulle-Preis. Ursprünglich standen die Städtepartnerschaften im Zeichen der deutsch-französischen Aussöhnung. Inzwischen gibt es vielfältige Kooperationen in den Bereichen Kultur, Jugendaustausch, Sport, Wirtschaft, Tourismus, Forschung und Politik. In den Grenzregionen ist die Zusammenarbeit traditionell am weitesten fortgeschritten, jedoch bestehen auch eine Reihe von Partnerschaften weit auseinanderliegender Städte, beispielsweise von Frankfurt/Oder und der südfranzösischen Stadt Nîmes. Im Jahr 1951 gründeten deutsche und französische Bürgermeister den Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). Diese europaweite Organisation der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften mit Sitz in Paris fördert die Partnerschaftsarbeit intensiv. Neben den Städten unterhalten auch die Bundesländer Partnerschaften zu Regionen in Frankreich, so Niedersachsen mit der Haute Normandie und Sachsen mit der Bretagne. mpi

Deutsch-Französisches Jugendwerk

Die Gründung des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) geht auf den Élysée-Vertrag von 1963 zurück. In der gemeinsamen Erklärung zum Vertrag wurde der Jugend „eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft“ beigemessen. Um die Begegnung und den Austausch von Schülern, Studenten, jungen Handwerkern und jungen Arbeitern zwischen beiden Ländern zu fördern, sah der Élysée-Vertrag die Schaffung eines Austausch- und Förderwerks vor. Mit dem DFJW wurde dieses von Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle am 5. Juli 1963 aus der Taufe gehoben. Im Gründungsabkommen wird als Aufgabe des Jugendwerks genannt, „die Bande zwischen der Jugend der beiden Länder enger zu gestalten und ihr Verständnis füreinander zu vertiefen“. An dieser Aufgabenbeschreibung hat sich grundsätzlich auch mit dem neuen Abkommen aus dem Jahr 2005 nichts geändert. Das DFJW fördert den Jugendaustausch und Jugendprojekte zwischen Deutschland und Frankreich. Dazu gehören unter anderem Schüler- und Studentenaustausch, berufliche Praktika, Sportbegegnungen und Sprachkurse. Seit dem Jahr 1963 hat das Jugendwerk nach eigenen Angaben mehr als acht Millionen Franzosen und Deutschen die Teilnahme an rund 300.000 Austauschprogrammen ermöglicht. Das DFJW fördert jedes Jahr mehr als 6.500 Gruppen- und rund 4.300 Individualaustauschprogramme, an denen rund 200.000 Jugendliche teilnehmen. mpi

Frankreich – das Ausland schlechthin

BEGEGNUNGEN Drei Abgeordnete des Bundestags erzählen von ihren prägenden Erlebnissen im und mit dem Nachbarland

Will Sibylle Laurischk nach Frankreich, muss sie nur über den Rhein fahren. Die FDP-Abgeordnete hat in ihrem Wahlkreis dem Ortenaukreis in Baden-Württemberg, das Nachbarland direkt vor Augen, eben auf der anderen Seite des Flusses. In ihrer Kindheit, erzählt sie, „war Frankreich einfach das Ausland schlechthin“. Aufgewachsen ist Laurischk im Offenburger der 1950er Jahre, „das war ja noch weitgehend Nachkriegszeit“. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden französische Soldaten in ihrer Heimatstadt stationiert, in ihrer Kindergartengruppe spielte Laurischk mit französischen Kindern. Die erste Städtepartnerschaft, die Offenburger einging, war 1959 mit einer französischen Stadt: Lons-le-Saunier. „Alle Schulen waren ständig auf Achse“, mit vollen Zügen seien deutsche Schüler ins Nachbarland gefahren und französische Kinder in Offenburger Familien gekommen. „Für uns als Kinder war die europäische Einigung damals nicht so sehr das Stichwort, eher die deutsch-französische Partnerschaft.“ Etwas Besonderes seien die Ausflüge der Familie nach Straßburg gewesen. Auch wenn die Stadt nur wenige Kilometer entfernt gewesen sei, „das war schon fast eine Reise, wir mussten unsere Pässe vorzeigen und mit fremdem Geld einkaufen“. Auffällig für sie: „Da sprachen wir eher Französisch, auch wenn die Franzosen meist Deutsch konnten.“ Als Deutsche hätten sie versucht, sich anzupassen, nicht so sehr durch ihre Nationalität aufzufallen – ein Resultat des Krie-



Sibylle Laurischk (FDP)

ges. Aber dass beide Seiten die jeweils andere Sprache beherrschen, habe sie begeistert. Trotzdem habe sie in der Schule nur ein Jahr Französisch gelernt. Erste Fremdsprache war damals wie heute Englisch. In den 1980er und 90er Jahren sei die Einigung Europas mehr in ihr Blickfeld gerückt, aber als richtige Zäsur in ihrer Wahrnehmung Frankreichs und ganz Europas bezeichnet Laurischk ihren Einzug in den Bundestag im Herbst 2002. Nur wenige Monate später nämlich trafen sich die Abgeordneten des Bundestages und der Assemblée nationale zu einer gemeinsamen Sitzung in Versailles anlässlich der 40-Jahr-Feier der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages, des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages. „Ich saß neben einem französischen Kollegen, der fließend Deutsch sprach.“ Begeistert über seine Kenntnisse, habe sie ihn gefragt, wo er es gelernt habe. In Ost-Berlin, habe er geantwortet, er hatte in der DDR studiert. „Das zeigte mir, wie einseitig mein Blick war.“ Denn der Abgeordnete, ein Mitglied der kommunistischen Partei, habe Deutschland aus einer völlig anderen Sicht kennengelernt, die Grenzen in Europa

ganz anders wahrgenommen. Vor zwei Jahren schließlich hat Laurischk ihre jüngste Tochter in der Normandie besucht, die dort Jura studierte. Bei ihren Kindern habe sie Wert darauf gelegt, dass sie länger Französisch lernen als sie selbst. Nun habe sich die Tochter ausführlich mit französischem und europäischem Recht befasst. Für Sibylle Laurischk schließt sich damit ein Kreis.

Auch im Leben von Heidrun Dittrich spielt Frankreich eine große Rolle. 1958 geboren, ist die Abgeordnete der Linksfraktion in Baden-Württemberg aufgewachsen, nachdem ihre Eltern aus der DDR flüchteten. „Es gab einen deutsch-französischen Jugendclub, in dem ich mich engagiert habe.“ Prägend für sie sei ein Schüleraustausch nach Besançon gewesen. „Da habe ich erstmals eine Ausstellung über die Verbrechen der Nazis besucht.“ Über das Thema sei in ihrer Heimat kaum gesprochen worden, der Geschichtsunterricht habe mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs aufgehört. „Das Erschütternde daran war, dass wir deutschen Schüler mit unseren 16 Jahren keine Haltung zu der Geschichte hatten“, sagt Dittrich. Für sie sei das Erlebnis ein Ansporn gewesen, sich mit der deutschen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Schon bald trat sie der Gewerkschaft DAG bei, absolvierte über das deutsch-französische Jugendwerk einen Sprachkurs und leitete deutsch-französische Bildungsurlaube. Der Austausch mit politisch Gleichgesinnten in beiden Ländern habe sie beeindruckt. Wäh-



Heidrun Dittrich (Die Linke)

rend eines Besuches der Assemblée nationale habe sie eine kommunistische Abgeordnete reden hören. Eine neue Erfahrung: „Es ist ganz normal, dass es Parteien links von der SPD geben kann.“ Vieles, was Dittrich über Frankreich lernte, kam über die Gewerkschaft zustande. „In Frankreich gibt es Richtungsgewerkschaften, wir haben eine Einheitsgewerkschaft, das war interessant zu sehen.“ Auch in aktuellen politischen Debatten greift sie auf Wissen über die französische Gesellschaft zurück. Das Betreuungssystem für Kinder, einschließlich der Ganztagschulen, habe sie sehr beeindruckt. In der Diskussion um die Betreuung von Kindern in Deutschland sei das französische System nie als Vorbild genannt worden – ein Manko, findet Dittrich. Auch die Schulbusse, die die französischen Kinder jeden Abend fast bis vor die Haustür gebracht hätten, seien ihr in guter Erinnerung geblieben. „Das gab es bei uns nicht. Wenn man bei uns eine weiterführende Schule besuchen wollte, musste man einen bestimmten öffentlichen Bus in die Stadt nehmen.“ Verspasse man den auf dem Rückweg, habe man bei Freunden schlafen müssen.

Dorothea Steiner zog es gleich ein ganzes Jahr in die Stadt der Liebe – aus Leidenschaft zum afrikanisch-französischen Poeten und Politiker Aimé Césaire. Das Jahr 1974 verbrachte sie meist in der Pariser Nationalbibliothek, um mittels eines Stipendiums des Deutschen Akademischen Austauschdienstes über Césaire zu forschen. Zuvor hatte die Grünen-Abgeordnete aus Franken aber zwei Monate als Aupair-Mädchen bei einer französischen Familie gearbeitet. Ihr Französisch, so sagt sie, war zu Beginn „gruselig, aber wir haben in der französischen Familie keine Diskussion zugelassen und ich habe viel Alltagsfranzösisch gelernt“ – und auch, wie man „zweijährigen Jungen beibringt, Artischocken zu essen“. An „die Gegensätze zwischen Frankreich und Deutschland“ sei sie damals häufiger erinnert worden. Einmal wollte sie das U-Boot-Museum im ehemaligen Kriegshafen von Brest besichtigen. Da habe sie ein älterer Franzose abgewiesen: „Er hatte das deutsche Nummernschild am PKW registriert und knapp festgestellt: ‚Pas d’entrée pour Allmands‘, also kein Zutritt für Deutsche, erinnert sich Steiner und erklärt: „Der Grund war natürlich die Erinnerung an die deutsche Besetzung Frankreichs im Zweiten Weltkrieg und die blutigen Kämpfe nach der Landung der Alliierten im Juni 1944, nach dem D-Day.“ Dorothea Steiner selbst ist Jahrgang 1948. Ihr Jahr in Paris war für sie sowohl für Deutschland als auch für Frankreich „poli-



Dorothea Steiner (Die Grünen)

tisch entscheidend“: den Rücktritt Willy Brandt infolge der Guillaume-Affäre im Mai 1974 bestürzte Steiner. In Frankreich sympathisierte sie gleichzeitig mit den Franzosen, „die in dem Wahlkampf zwischen dem konservativen Giscard d’Estaing und dem sozialistischen François Mitterrand für Mitterrand votierten“. Das empfand Dorothea Steiner damals „als Signal des Aufbruchs in Frankreich“. Allerdings gelang es Mitterrand erst 1981 Präsident zu werden. Und natürlich hat Steiner auch 2012 eine klare Meinung zu den aktuellen Präsidentschaftskandidaten im Nachbarland: „Niemand wird sich wundern, dass ich mir heute wünsche, dass die Präsidentschaftsurf für Nicolas Sarkozy im Mai abläuft, und er von dem Gegenkandidaten Hollande abgelöst wird.“ Allerdings stellt sie auch an ihren Favoriten konkrete Ansprüche, wünscht sich Steiner doch, „dass Monsieur Hollande zum Thema Atomkraft eine klare Position beziehen würde“. Und dann hat Steiner auch noch einen Ratschlag für ihn, nämlich sich „intensiver mit deutschen Angestellten“ auseinanderzusetzen. se/ker

Der Brücken-Sender

FERNSEHEN Seit 20 Jahren sendet Arte ein deutsch-französisches Programm aus der Mitte Europas

Es waren schon diverse europäische Medienprojekte gescheitert, als am 2. Oktober 1990 der Grundstein für eine mediale Brücke zwischen Deutschland und Frankreich gelegt wurde. Mit dem „Vertrag zwischen den deutschen Bundesländern und der Französischen Republik zum Europäischen Fernsehkanal“ entstand ein neuer Fernsehsender: „Arte“. Dieses Akronym steht eigentlich französisch für die sperrige Bezeichnung „Association Relative à la Télévision Européenne“. Übersetzt klingt das nicht weniger sperrig: „Zusammenschluss bezüglich des europäischen Fernsehens“. Zugleich soll der Name Programm sein: Für Kunst soll die Marke stehen und für Kultur. Und genau so hat sich Arte in der Fernsehlandschaft etabliert.

Als „kulturelle Vergemeinschaftung über Landesgrenzen hinweg“ lobt der Medienwissenschaftler Marcus S. Kleiner von der Universität Siegen den Sender. Er sieht in ihm einen visuellen „Generationenvertrag“ mit einem „allgegenwärtigen interkulturellen Moment“. Seit 20 Jahren, befindet Kleiner, werde Arte dem jeweiligen Zeitgeist gerecht.

Sehgewohnheiten Als einen Tag vor der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 der deutsch-französische Arte-Vertrag unterzeichnet wurde, war Berlin noch kein Bundesland. Aufgrund des Viermächte-Abkommens zählte es völkerrechtlich nicht zur Bundesrepublik. Und es sollte bis 1996 dauern, bis auch die fünf neuen Bundesländer dem Arte-Vertrag beitrugen. Vor fast genau 20 Jahren, am 30. Mai 1992, nahm Arte seinen Sendebetrieb auf. Zunächst sendete der neue Kulturkanal nur wenige Stunden am Abend, dann stockte er sein Programm schrittweise auf. Seit 2006 sendet er rund um die Uhr.

Die Arte-Nachrichten, genannt „ARTE Journal“, werden täglich um 19.10 Uhr ausgestrahlt – quasi in direkter Konkurrenz zur „heute“-Sendung des ZDF. Das Programm-schemata ist ähnlich wie bei anderen Sendern: Auf die Nachrichten folgen weitere Vorabendsendungen, das Hauptabendprogramm beginnt um 20.10 Uhr, fast zeitgleich mit den Hauptabendsendungen der meisten deutschen Kanäle. Früher begann die Primetime bei Arte um 20.45 Uhr – ein Zugeständnis an die französischen Zuschauer, denn in Frankreich beginnt der Fernsehabend traditionell durchschnittlich eine Stunde später als in Deutschland. Das ist in allen süd- und südwestlichen Ländern

so und vielmehr dem warmen Klima denn kulturellen Traditionen geschuldet. Wegen der so unterschiedlichen Sehgewohnheiten fand die verspätete Hauptsendezeit beim deutschen Publikum keine Akzeptanz. Deshalb senden die deutsche und die französische Version von Arte mittlerweile zeitversetzt: In Frankreich beginnt das Hauptabendprogramm eine halbe Stunde später.

Politik und Kultur verknüpft Die Nachrichten, wird Arte-Programmdirektor Christoph Hauser nicht müde zu betonen, sollen besonders, „einzigartig“ sein: Die Programm-macher haben den Anspruch, Politik und Kultur zu verknüpfen. Die Schnittmenge beider Bereiche sei größer als allgemein angenommen. Medienwissenschaftler Kleiner formuliert es direkter: „Arte hat den Kultur-auftrag umgesetzt, dem die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten in Deutschland nicht gerecht werden“. Arte habe sich „sein Publikum ersendet“, über Altersgrenzen hinweg. Kleiner verweist dabei auf das Popkultur-Magazin „Tracks“, das seit 1997 ausgestrahlt wird und Kleiners Analyse zufolge eines der wenigen „nicht-kommerziellen“ Musikmagazine im deutschen Fernsehen ist. „Tracks“ wird abwechselnd in Berlin, Paris, Hamburg und München produziert. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich hat es eine Fangemeinde – vor dem Fernseher und im Internet.

»Arte ist die kulturelle Vergemeinschaftung über Landesgrenzen hinweg.«

Marcus S. Kleiner, Medienwissenschaftler

Abseits vom Mainstream sind auch die Spielfilme, die Arte ausstrahlt. Kunstfilme, Dramen und Problemfilme, oft entschleunigt, nicht zu vergleichen mit den Blockbustern aus Hollywood. Ein Aushängeschild des Senders sind seine Themenabende, die ARD und ZDF bereits in den 1980er Jahren zugunsten der Quote fast vollständig aufgegeben haben. Im Gegensatz zu den in Deutschland markt-führenden Kanälen bietet Arte nicht nur kurze Dokumentationen von 30 oder 45 Minuten Länge, sondern strahlt auch Dokumentarfilme in Spielfilmlänge aus. Und: Arte sendet im Zweikanalton, deutsch und französisch.

Schon Jahre vor Unterzeichnung des Staatsvertrags sah mancher die Zeit für einen solchen Sender gekommen – vor allem in der Politik. Eine Periode des Tauwetters prägte das zuvor oft angespannte deutsch-französische Verhältnis. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Staatspräsident François Mitterand unterstützten das Projekt persönlich. In Insiderkreisen deutscher Fernsehsender, sogar bei Arte selbst, kursiert auch heute noch eine Anekdote, die hier und da, je nach Situation farbenreich ausgeschmückt wird:



Arte sendet aus seiner Zentrale in Straßburg: Dokumentarfilm mit Nina Hagen (o.r.), das Experiment „24h Berlin“ und die Nachrichten mit Nazan Gökdemir und Jürgen Biehle (u.r.)

Kohl und Mitterand, so wird kolportiert, hätten den Sender in einer Bierlaune erfunden. Am Ende hat der Rotwein den Vorzug erhalten: Die Senderzentrale von Arte sitzt in Straßburg; eine weitere Dependence gibt es in Issy-les-Moulineaux nahe der Hauptstadt Paris und eine in Baden-Baden.

Abseits der Quoten Jede ARD-Anstalt sowie das ZDF unterhalten ein eigenes Arte-Büro. Im „Sendezentrum 2“ des ZDF auf dem Mainzer Lerchenberg gibt es sogar eine größere Abteilung. Finanziert wird Arte aus deutschen und französischen Rundfunkgebühren. Die Senderstruktur ähnelt der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten ARD und ZDF. Arte bietet aber nicht nur eigenen Journalisten eine Plattform, sondern

beispielsweise auch den Korrespondenten des ZDF. Sie können bei Arte Themen platzieren, die im Hauptprogramm des ZDF keinen Platz finden – etwa eine Dokumentation über den „Tango Argentino“, produziert vom ZDF-Südamerika-Studio. Eine Dreiviertelstunde über kulturelle und gesellschaftliche Hintergründe, Takt und Tonfolge, schwer und melancholisch. Die Verknüpfung von Politik und Kultur, die Geschichte eines Tanzes, der Paris und von dort aus die Tanzflächen in ganz Europa erobert hat.

Mit Europa-Magazinen wie „Yourope“ und „Der Blogger“ sollen junge Zuschauer angesprochen werden. Sie können sich via Internet an den Sendungen beteiligen. Die Facebook-Gemeinde liegt bei mehr als 30.000

Usern – erstaunlich viel. Denn der Marktanteil von Arte liegt in Deutschland nur bei etwa einem Prozent; in Frankreich ist er nicht viel höher, obwohl dort die Konkurrenz kleiner ist.

Im Wandel der Zeit Immer wieder hat es bei Arte Programmreformen gegeben, zuletzt im Frühjahr 2011 und erneut zu Beginn dieses Jahres. Viele Stammzuschauer befürchten nicht erst seit den jüngsten Umgestaltungen von Sendepunkten, Sendungen und Inhalten bereits eine Boulevardisierung und Popularisierung. Die aktuelle Programmreform, heißt es seitens des Senders, „erleichtert dem Zuschauer durch seine klare Struktur den Zugang ins Programm“. Samstags gibt es nun „neue

kulturelle Trends für jüngere Zuschauer“, am Sonntag „Programmereignisse“, am Montag „Kinoklassiker des europäischen und internationalen Kinos“. Thomas Fricke, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm (AG Dok), betrachtet die Reform mit Sorge: „Wir befürchten, dass sich Arte weiter dem Mainstream anpasst und für experimentelle Dokumentarfilme kein Platz mehr ist.“ Arte-Programmdirektor Christoph Hauser weist die Kritik zurück. Und auch wenn Arte das Programm stückweise modernisieren oder gar popularisieren sollte: Die komplette Bandbreite des sogenannten „Unterschiedfernsehens“ wird der Kulturkanal seinen Zuschauern wohl auch in den kommenden 20 Jahren kaum vorsetzen. Verena Renneberg

Warten auf die Gleichberechtigung

FRAUEN IN DER POLITIK Trotz Absichtserklärungen sind sie in Frankreichs Spitzenpositionen unterrepräsentiert

In Sachen Frauenquote schlägt Frankreichs Regierung einen harten Kurs ein: Mit Geldstrafen will die Regierung dafür sorgen, dass künftig mehr Spitzenpositionen in der öffentlichen Verwaltung mit Frauen besetzt werden. Ein Verordnungsentwurf sieht vor, dass ab 2013 Bußgelder in Höhe von 30.000 Euro bezahlt werden müssen, wenn in höheren Ämtern nicht eine Quote von 40 Prozent erreicht wird. Die Maßnahmen sollen etwa für Präfekturen, Botschaften oder Schulleitungen angewandt werden.

Würden diese Maßnahmen für die französische Regierung schon heute gelten, würde das für Präsident Nicolas Sarkozy und Premierminister François Fillon teuer: Denn am Kabinettschiff sind von 25 Ministern nur noch vier Frauen – gerade einmal 16 Prozent. Zwei von ihnen besetzen eher unbedeutende Ministerien.

Noch vor fünf Jahren hatte Sarkozy während seiner ersten Kampagne verkündet, dass es in seinem Kabinett genauso viele Männer wie Frauen geben sollte. Im ersten Kabinett seines Premierministers Fillon setzte er dieses Vorhaben mit einem Anteil von 46 Prozent weiblicher Ministerinnen und Staatssekretärinnen auch fast in die Tat um. Doch im Laufe seiner Regierungszeit mussten immer mehr Frauen ihre Ämter an den Nagel hängen.

Zahlreiche Abgänge Neben der früheren Verteidigungs- und späteren Außenministerin Michèle Alliot-Marie, musste etwa auch Justizministerin Rachida Dati ihren Posten räumen. Dati hatte unter anderem für Schlagzeilen gesorgt, weil sie fünf Tage nach der Geburt ihres Kindes wieder am Kabinettschiff saß. Im März 2010 schob Sarkozy seine einstige Lieblingsministerin wegen Gerüchten über die Verbreitung von Falschmeldungen über ihn und seine Frau Carla Bruni ins Europaparlament ab. Jetzt tauchte sie zum Erstenmal wieder im Wahlkampf wieder in seinem Umfeld auf. Denn beim Kampf



Die frühere Justizministerin Rachida Dati galt einst als Vizegeministerin Sarkozys – bis er sie 2010 aus dem Kabinett warf.

um den Élysée-Palast setzen sowohl Sarkozy als auch sein Herausforderer François Hollande auf Frauen: „Ich bin froh, dass es die Linke war, die es erstmals einer Frau ermöglicht hat, Premierministerin zu werden, Edith Cresson“, sagte Hollande bei einer Veranstaltung in Reims. Cresson war 1991 von François Mitterand ins Matignon, den Amtssitz des Premiers, geholt worden. Hollande erwähnte dabei auch Segolène Royale, seine frühere Lebensgefährtin, die 2007 für die Sozialisten vergeblich um den Einzug in

den Élysée-Palast gekämpft hatte. Wie schon Sarkozy 2007 versprach auch Hollande für den Fall seines Wahlsieges, sein Kabinett paritätisch zu besetzen. Den weiblichen Präsidentschaftskandidatinnen, der rechten Marine Le Pen und der Grünen Eva Joly, werden keine Chancen auf das höchste Staatsamt eingeräumt. Im Land der „égalité“ (Gleichheit) sind die Frauen aber auch in der Nationalversammlung noch sehr weit von der Chancengleichheit entfernt: In der jetzt zu Ende gegangenen Wahlperiode be-

trug der Frauenanteil in der Assemblée nationale gerade einmal 18,9 Prozent. Zum Vergleich: In Deutschland beträgt der Anteil der Parlamentarierinnen 32,9 Prozent. Damit belegen die Frauen im Bundestag weltweit den 21. Platz. Frankreich liegt nach einer Erhebung der Interparlamentarischen Union (IPU) gerade einmal auf Platz 69, hinter El Salvador. Dabei fehlt es aber nicht an Kandidatinnen: Im Jahr 2007 waren 41,6 Prozent der Anwärterinnen auf einen Parlamentssitz weiblich. Annette Sach

Schwieriger Austausch

SPRACHKENNTNISSE Trotz vieler Angebote gibt es Rückschritte

Parlez-vous français? Nicht einmal ein Prozent der Deutschen kann diese Frage voll und ganz bejahen. Und fast 50 Prozent geben aktuellen Statistiken zufolge an, „keine guten“ oder „gar keine“ Französischkenntnisse zu haben.

Diese schwachen Selbsteinschätzungen mögen verwundern, denn immerhin 1,65 Millionen Schüler lernen hierzulande Französisch. Das sind etwas mehr als 18 Prozent der Gesamtheit aller Schüler. An den Gymnasien sind es sogar 62 Prozent. Aber wie steht es umgekehrt mit den Deutschkenntnissen in der „Grande Nation“? Im Nachbarland befasst sich etwa eine Million Schüler im Unterricht mit der deutschen Sprache; ein Drittel weniger als in Deutschland also. Allerdings hat Frankreich auch etwa 15 Millionen Einwohner weniger als Deutschland. Und in den französischen Gebieten außerhalb Europas sind die Sprachen der jeweiligen Nachbarstaaten bzw. -inseln naturgemäß von größerer Bedeutung. Insgesamt lernen auch in den gymnasialen Oberstufen Frankreichs nur noch 15 Prozent der Schüler Deutsch, so das Goethe-Institut in Paris.

Deutsch als Tradition Viele Franzosen lernten heutzutage nur noch Deutsch, weil es in der Familientradition liege oder sie es früher schon einmal erlernt hätten, analysiert Björn Aktinat, Geschäftsführer der „Internationalen Medienhilfe“. Und dennoch: 15 Zeitungen gibt es derzeit in Frankreich, die sowohl auf Deutsch als auch auf Französisch verfasst sind; fünf weitere sind rein deutschsprachig. Deutsch werde noch immer von einer Minderheit als Muttersprache gesprochen, vor allem im Elsass und in Lothringen, berichtet Aktinat. Allerdings wolle die französische Regierung die Sprachen der Minderheiten nicht als Regionalsprachen anerkennen. Erst Ende März hätten Minderheiten in ganz Frankreich dagegen demonstriert.

Generell hätten sich die gegenseitigen Sprachkenntnisse zwar etwas verschlechtert, der Grund dafür sei aber einfach, sagt Andrea Schäfer, Leiterin der Sprachabteilung des Goethe-Instituts Paris: Das Angebot an Sprachen habe extrem zugenommen. „Heute kann man in französischen Schulen nicht nur Englisch, Deutsch und Spanisch lernen, sondern an vielen Orten auch Chinesisch, Arabisch, Italienisch und so weiter“. Zweite Fremdsprache nach Englisch sei Spanisch, das mehr als 44 Prozent der Schüler in der Oberstufe wählten. „Viele Jugendliche denken, dass Spanisch als romanische Sprache leichter sei als Deutsch“, erklärt Schäfer – und fügt hinzu: „Im Abitur sind die Noten aber nicht besser.“ Beim Stichwort „Abitur“ verweist Andrea Schäfer gern auf das „Abibac“, eine Besonderheit in der deutsch-französischen Bildungslandschaft. Das Kofferwort „Abibac“ setzt sich aus der jeweils ersten Silbe des deutschen Wortes „Abitur“ und des französischen Pendantes „Baccalauréat“ zusammen und bezeichnet den kombinierten, also deutschen und französischen Abschluss. Es wird seit ziemlich genau 18 Jahren, seit den 63. deutsch-französischen Konsultationen in Mülhausen im Mai 1994 an mehr als 120 Schulen beider Staaten angeboten. Das sei „im europäischen Kontext ziemlich einzigartig“, findet sie: „Ich tendiere dazu, diese positiven Aspekte zu betonen und nicht immer einen Rückgang zu beklagen.“

Das gegenseitige Interesse an der Sprache ist keine singuläre Erscheinung der Nachkriegszeit. In Deutschland wurde Französisch bereits im Mittelalter unterrichtet; damals allerdings vornehmlich von Hauslehrern bei Hofe. In der Neuzeit erhöhten Aufklärung und Revolution das Interesse an der französischen Sprache. Mitte des 19. Jahrhunderts etablierte sie sich auch an Gymnasien und Universitäten. Der Grund: die zunehmende Vernetzung des gemeinsamen Wirtschaftsraumes. ver



Worauf müsste sich François Hollande – einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen vorausgesetzt – vor seinem Antrittsbesuch in Berlin einstellen? Auf jeden Fall auf eine typisch deutsche Bundeskanzlerin...

»Monsieur le président«

FIKTIVE BOTSCHAFT Was ein neuer Élysée-Hausherr über Deutschland und seine Kanzlerin wissen müsste

Ein Sieg von François Hollande bei den französischen Präsidentschaftswahlen wäre ein heikler Moment für das „deutsch-französische Paar“. Womöglich bereitet sich die französische Botschaft in Berlin darauf intensiv vor. Unser Autor **Frédéric Lemaitre**, langjähriger Deutschlandkorrespondent der französischen Tageszeitung „Le Monde“, hat sich schon einmal Gedanken gemacht, wie ein Brief des Botschafters an den neuen Hausherrn im Élysée-Palast am Montag, den 7. Mai – einen Tag nach der Stichwahl –, aussehen könnte:

Monsieur le président, gestatten Sie mir zunächst, Sie zu Ihrem Wahlsieg zu beglückwünschen. Dieser ist am heutigen Montag natürlich auf den Titelseiten der gesamten deutschen Presse zu finden. Hier erwartet man nun mit großem Interesse und – je nach politischer Tendenz der Leitartikler – mit mehr oder weniger großer Besorgnis ihren kommenden Besuch. Eigentlich unterscheidet sich die Situation nicht sehr von der im Mai 1981. Wahrscheinlich, Herr Präsident, erinnern Sie sich noch daran, dass Bundeskanzler Helmut Schmidt im Februar 1981 öffentlich erklärt hatte: „Ein Sieg Mitterrands? Malen Sie den Teufel nicht an die Wand!“ Am Abend des 10. Mai freute sich Margaret Thatcher paradoxerweise als einzige in Europa über den Sieg von François Mitterrand, der den aus Londoner Sicht allzu guten Beziehungen zwischen Helmut

Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing ein Ende bereite. Aber die Eiserne Lady war rasch desillusioniert. Bereits am 24. Mai empfing François Mitterrand Helmut Schmidt im Élysée-Palast und akzeptierte die Stationierung von Pershing-Raketen in Deutschland, was sein Vorgänger abgelehnt hatte. Von nun an „wird die deutsch-französische Solidarität zum Schlüssel seiner Außenpolitik“, wie Mitterrands langjähriger Berater Jacques Attali in seinem Buch „Verbatim 1981-1986“ zusammenfassend berichtete. Vor Ihrem Treffen mit Angela Merkel gestatten Sie mir bitte, Sie vor ein paar Klischees zu warnen, die in Paris über Deutschland kursieren. Häufig sagt man, die Befugnisse der Kanzlerin seien begrenzt. Zu Beginn sagte Nicolas Sarkozy: „Sie will nicht“, jetzt sagt er: „Sie kann nicht“, resümierte Alain Minc, inoffizieller Berater des Staatspräsidenten, im Januar im „Spiegel“. Sicherlich sind ihre Befugnisse nicht immer mit denen zu vergleichen, die Sie jetzt innehaben. Der Bundestag spielt eine wichtigere Rolle als das französische Parlament, und das Bundesverfassungsgericht verfügt über eine Macht, die mindestens so entscheidend ist wie die des US-amerikanischen Supreme Court. Aber man sollte daraus keine voreiligen Schlüsse ziehen: Die Bundeskanzlerin verfügt über deutlich

mehr Befugnisse als die Formulierung von Alain Minc vermuten lässt – ihre Entscheidungen über den Ausstieg aus der Atomenergie oder auch ihr Management der europäischen Krise beweisen dies. Und auch wenn die Karlsruher Richter gefürchtet und geachtet werden, so wissen sie doch genau um die politische Tragweite ihrer Entscheidungen. Finanzminister Wolfgang Schäuble erlaube sich übrigens im Sommer 2011 nicht nur aus Gründen der Höflichkeit einen Besuch bei den Richtern, bevor diese dann im September ihre lang erwartete Stellungnahme zur Griechenlandhilfe abgaben. Ein Detail sagt viel über die Macht der Kanzlerin aus: Bei ihren Reisen ins Ausland – wie beispielsweise im vergangenen Februar nach China – wird Angela Merkel von keinem ihrer Minister begleitet, sondern sie ist umgeben von ihren Beratern, und in der Tat auch von Bundestagsabgeordneten (einem pro Partei).

Optimistisch gestimmt Bei Ihrem Besuch werden Sie, Herr Präsident, ein Land entdecken, das mittelfristig über seine demografischen Perspektiven besorgt ist, den kommenden Jahren aber optimistisch entgegen sieht. Glaubt man einer im Januar für die

deutsche Botschaft in Paris durchgeführten Umfrage, so verbinden die Franzosen die folgenden fünf Begriffe eher mit Deutschland als mit Frankreich: Ernsthaftigkeit, Arbeit, Reichtum, Einfluss auf internationaler Ebene und Modernität. Zu jedem einzelnen Begriff wäre viel zu sagen. Über die Arbeit müssen Sie wissen, dass die deutschen Vollzeitbeschäftigten mehr als ihre französischen Kollegen arbeiten, aber aus unterschiedlichen, vor allem soziologischen Gründen ist die Teilzeitarbeit in Deutschland viel höher (22 Prozent der Erwerbstätigen) als in Frankreich (14 Prozent). Die Deutschen arbeiten also nicht mehr, sondern sie haben sich für eine andere Form der Arbeitsteilung entschieden als die Franzosen.

Im Hinblick auf den Einfluss in der Welt messen die Franzosen also „staatstragenden“ Symbolen wie einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat oder dem Besitz von Atomwaffen weniger Bedeutung bei als der wirtschaftlichen Macht Deutschlands. Wahrscheinlich ist dies nicht zuletzt auf die tragende Rolle Angela Merkels in der europäischen Krise zurückzuführen. Ich darf Sie bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass Deutschland inzwischen mehr Rüstungsgüter exportiert als Frankreich. Ich erlaube mir jedoch vor allem, Sie auf die eigentlichen Konsequenzen dieser Unterstützung aufmerksam zu machen. Auf die Frage nach den Begriffen, die sie eher mit Frankreich als mit Deutschland verbinden, antworten unsere Landsleute: Lebensquali-

tät, Arroganz, Solidarität, Geselligkeit, Ungleichheiten sowie das historische und kulturelle Erbe. Ich bin mir nicht sicher, Herr Präsident, ob die in Deutschland lebenden Franzosen diese Ansicht teilen. Um „wie Gott in Frankreich“ zu leben, wie die Deutschen sagen, sollte man besser Eigentümer seiner Wohnung sein. Die Attraktivität von Berlin in den Augen der Franzosen, die sich dort niederlassen wollen, liegt auch in den relativ niedrigen Mieten – ein Phänomen, das sich auch andernorts in Deutschland findet und das viele Vergleiche in Bezug auf die Kaufkraft fälscht.

Knapper Vorsprung Die Ungleichheiten – diese entsprechen sich laut OECD in beiden Ländern; in Frankreich jedoch sind sie in den vergangenen Jahren gleich geblieben, während sie in Deutschland gewachsen sind. Bleibt noch das historische und kulturelle Erbe. Vorsicht: Unser Land hat zwar noch einen knappen Vorsprung vor seinem Nachbarn, der in diesem Bereich lange Zeit etwas gehemmt war, aber Deutschland legt sich mächtig ins Zeug und ausländische Touristen anzulocken, und könnte auch auf dieses Gebiet ein ernst zu nehmender Konkurrent werden, wie dies schon im Agrarbereich der Fall ist. Ich hoffe, Herr Präsident, dass Ihnen dieser kurze Überblick von Nutzen sein wird und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Frédéric Lemaitre

Der Text wurde von Brigitte Schmidt-Dethlefsen übersetzt.

Gestatten Sie mir bitte, Sie vor Klischees zu warnen, die in Paris über Deutschland kursieren.

Science-Fiction

»Die Vereinigten Staaten von Europa«

In 100 Jahren, da ist Volker Beck überzeugt, „wird man über deutsch-französische Beziehungen nur noch im Geschichtsunterricht sprechen.“ Die neue Bahnhochgeschwindigkeitsstrecke Berlin-Köln-Paris wird eröffnet werden und Arte wird dazu ein Feature ausstrahlen, erwartet der Grünen-Abgeordnete. In den „Vereinigten Staaten von Europa“ werden sich die Bürger 2112 schon längst vom „Nationalpatriotismus des 19. und 20. Jahrhunderts“ verabschiedet und eine „europäische Identität“ entwickelt haben, „die auf der Universalität der Menschenrechte gründet“. Für den Grünen-Politiker ist es selbstverständlich, dass es im Europa des nächsten Jahrhunderts keine Atomkraft mehr geben wird. Allerdings, so schätzt Volker Beck die Situation in der Zukunft ein, werden im „heutigen Staatsgebiet von Deutschland und Frankreich“ Flüchtlinge leben. Längst werden die Europäer nicht mehr tatenlos dabei zusehen, wie sie ertrinken oder verdursten auf ihrem Weg nach Europa. Es werden laut Beck Klimaflüchtlinge sein, „die wegen unserer heutigen Versäumnisse im Klimaschutz ihre Lebensgrundlagen verloren und fliehen mussten“.



Volker Beck (Grüne)

»Drei im Baguette«

Der SPD-Abgeordnete Günter Gloser hat die Vision, dass seine Heimatstadt Nürnberg und die langjährige Partnerstadt Nizza in 100 Jahren den 87. Geburtstag der „kulinarischen Botschaft“ Drei im Baguette begehnen. Mit „Drei“, erklärt er für Nicht-Franken, sind natürlich die original Nürnberger Rostbratwürste gemeint. McDonald's werde es dagegen weit und breit nicht mehr geben. Desweiteren, da ist Gloser überzeugt, wird der deutsch-französische Kulturkanal Arte in beiden Ländern marktführend sein – allein schon, weil ARD und ZDF ihr „Talkshowangebot auf acht Sendungen pro Tag erweitert haben“ werden. Volksmusik soll in 100 Jahren beim Musiksender Viva dominieren. Lufthansa und Air France gehen in einem Unternehmen auf, ebenso die Deutsche Bahn und ihr französisches Pendant, die SNCF. Außerdem sind 2112 deutsch-französische Elektromobiler „der Renner“ und alle Kernkraftwerke abgeschaltet. Neben Wirtschaftskonzernen verschmelzen auch die Regierungen; in seiner Vision unterhalten beide Staaten weltweit nur noch gemeinsame Botschaften und die französische Präsidentin wird erneut Vorsitzende der „deutsch-französischen Regierungsmannschaft“ sein.



Günter Gloser (SPD)

Currywurst am Louvre und für die Liebe nach Berlin

ZUHAUSE BEIM NACHBARN Gerhard Weber und Florence Deppe-Prugnaud fühlen sich in der neuen Heimat wohl. Ein Stück der alten haben beide mitgenommen

An den Brezeln in der Vitrine ist es sofort zu erkennen: Hier in „Le Stube“, mitten in Paris, werden deutsche Spezialitäten serviert. Gerhard Weber ist der Hausherr. Seit 26 Jahren lebt der gebürtige Hesse in Paris. Vor zwei Jahren haben Weber und seine Frau Sylvie die kleine Imbiss-Stube eröffnet, gleich um die Ecke vom Louvre. „Wir haben uns damals gefragt: Was fehlt uns hier in Paris, was mögen wir gerne in Deutschland?“, erzählt Weber. Die Antwort lautete: „Unserer Art zu essen.“

„Wir sind von der Idee der Currywurst ausgegangen“, sagt Weber. In „Le Stube“ ist sie ein Rind- statt aus Schweinefleisch. Alles ein bisschen leichter, weniger fett. Der Ketchup wird hausgemacht. „Für die Fans der Currywurst nicht scharf genug und nicht genug Schweinefleisch“, räumt Weber lächelnd ein. Aber den vielen Stammgästen des kleinen hellen Lokals mit Holztischen und Lederbänken schmeckt die Wurst genauso gut wie der Bismarck-Hering, die Frikadellen, die Frankfurter Grüne Sauce, die Käsesahne- oder Schwarzwälder-Kirschtorte.

Für das Süße ist Weber der Spezialist. Das Backen habe er zu Hause im nordhessischen Sachsenberg parallel zum Laufen gelernt, mit zweieinhalb Jahren, erzählt der drahtige Mann mit dem kleinen Zopf. Eigentlich hatte er die elterliche Bäckerei übernehmen sollen, als Bäcker in der fünften Generation. Doch nach den Lehrjahren in Düsseldorf und Bonn lockte eine Anzeige aus Frankreich: Eine Pariser Konditorei suchte für sechs Monate einen deutschen Bäcker. „Ach, da kommst du aber nicht wie-

der“, sagte der Vater damals – und sollte recht behalten.

Die Konditorei im 17. Pariser Arrondissement gehörte der Familie Blum. Der deutsche Bäcker Werner Blum war seiner französischen Frau aus Liebe nach Paris gefolgt, aber schon früh gestorben. Madame Blums „sehr charmante Tochter“ war selten im Betrieb zu sehen. Doch eines Tages lud sie den jungen Deutschen zum Essen ein. „Damit hat alles angefangen.“ Gemeinsam führte das junge Paar die Konditorei weiter bis Ende 2008 – um dann nach einem Jahr Auszeit noch einmal etwas ganz Neues zu beginnen: „Le Stube“.

Inzwischen sind die zwei Söhne erwachsen. Johann ist 24 und Theo 21 Jahre alt. Der jüngere bedient an diesem Nachmittag hinter der Salat- und Kuchentheke – auf Französisch natürlich. Das ist die gemeinsame Sprache der Familie zu Hause. „Aber wir haben deutsche Gewohnheiten“, erzählt Weber. „Das Abendessen ist eher ein Abendbrot – mit Brot, Aufschnitt, Käse und Salat.“ Und Sohn Johann entdeckt Deutschland gerade über die Musik. „Er stellt mir Playlisten für die Backstube zusammen mit neuer deutscher Musik von Cunnar Stiller oder Guy Borato zum Beispiel.“

Weber selber, heute 47 Jahre alt, kann sich ein Leben anderswo als in Paris nicht mehr vorstellen. Vom ersten Tag an habe er viele Franzosen kennengelernt, Musiker und Künstler. Aus Bekanntschaften wurden Freundschaften. Zwei Worte habe er in Paris aus seinem Vokabular gestrichen: „Langeweile und Einsamkeit.“ *Sybilie Korte*



Gerhard Weber lebt als Deutscher in Paris, Florence Deppe-Prugnaud als Französin in Berlin.

„Es war kalt, grau und die Häuser baufällig.“ Florence Deppe-Prugnaud sitzt in einem Café in Berlin-Prenzlauer Berg vor ihrem Milchkaffee und erinnert sich an ihren ersten Abend in diesem Viertel, im Februar 1997. Die Pariserin war damals zum ersten Mal in Deutschland. Der Grund? „Die Liebe“, antwortet die heute 40-Jährige lächelnd und erzählt von ihrem Mann.

Kennengelernt hatten sich die Französin und der Deutsche ein Jahr zuvor in den USA. Die Personalmanagerin arbeitete in Washington bei einer Nicht-Regierungsorganisation. Andreas, ein Wirtschaftsingenieur, promovierte. Nach Jahren im Ausland wollten die beiden zurück nach Europa. Als Wohnort wählten sie Berlin – auch wenn Florence anfangs kaum Deutsch sprach und über das Land, das ihre neue Heimat werden sollte, nicht viel wusste. Doch die deutsche Hauptstadt gefiel ihr: „Berlin hat eine besondere Energie – kreativ und locker.“ Das Leben dort beschreibt die Französin als Freiheit. „In Paris war ich eine ‚Gefangene‘ meines sozialen Systems.“ Sie lernte rasch Deutsch, machte sich zusammen mit ihrem Mann mit einer internationalen tätigen Unternehmensberatung im Bereich neuer Energiesysteme selbstständig. Auch ihr Freundeskreis ist international. Nur Franzosen umfasste er anfangs bewusst nicht: „Ich wollte mich hier integrieren, ein Gefühl für die deutsche Kultur bekommen“, erklärt Florence. So versuchte sie, weniger temperamentvoll zu sein und sogar auf die typisch französischen Begrüßungsküssen

zu verzichten. „Ich wurde ganz schön deutsch.“ Auch wenn kein Tag ohne Croissant vergeht, Sehnsucht nach französischer Lebensart gestattete sich Florence nicht: „Ich vermisse nicht – das ist mein Motto. Sonst schafft man es nicht im Ausland.“ So begann sie auch erst wieder Kontakte zu Franzosen zu pflegen, als sie sich in Deutschland angekommen fühlte. Seit sechs Jahren hält Florence nun aber mit viel Elan das Netzwerk „Connexion Française“ zusammen, das sich die Pflege der deutsch-französischen Beziehungen auf die Fahnen geschrieben hat. Zu den Treffen, die Florence monatlich organisiert, kommen nicht selten 100 Personen.

Zu ihren Wurzeln zurückgebracht hat sie aber vor allem ihre fast zweijährige Tochter: „Sie hat mich daran erinnert, dass ich Französin bin“, sagt Florence. Schwangerschaft, Geburt und das Leben mit Kindern – Deutsche gingen damit anders um als Französinen, findet sie. Gerade in Prenzlauer Berg wollten es die Frauen besonders gut machen, setzten sich dabei aber unter Druck. Alles müsse „natürlich“ sein: Die Geburt ohne Schmerzmittel am besten im Geburtsraum, die Ernährung nur „bio“. Auch die Begleitung einer Hebamme hat Florence über rascht: „In Frankreich gehen die Frauen ins Krankenhaus und entbinden. Punkt.“ Trotz solcher Unterschiede: Berlin ist der Ort, an dem sie sich am wohlsten fühlt. Die deutsche Staatsbürgerschaft zu beantragen, wie sie es plant, ist daher nur konsequent: „Ich lebe hier und will mich einbringen – nicht nur Steuern zahlen.“ *Sandra Schmid*

»Die große Endlager-Katastrophe«

Im Jahre 2112 werde Europa, das prophezeit Ulrich Maurer, vor der Frage stehen, „wie man die europäischen Endlager besser isolieren kann“, um nicht, wie bereits 2086 vor der „großen Endlager-Katastrophe von Europa zu stehen“. Für den Abgeordneten der Linksfraktion werden in 100 Jahren Energiefragen eindeutig im Fokus Deutschlands und Frankreichs stehen: „Wichtigste Aufgabe der europäischen Wählerinnen und Wähler wird die Entscheidung sein, was man mit der Überproduktion von Energie durch erneuerbare Ressourcen macht.“ 2112 werde es aber kein eigenständiges Deutschland oder Frankreich mehr geben – und auch kein Europäisches Parlament: Es wurde „via Online-Volksabstimmung“ aufgelöst und die „europäischen Wählerinnen und Wähler der ehemals 32 Staaten“ werden „via Cybernet über ihre Gesetze abstimmen“, da ist sich Maurer sicher.

Infolge einer Finanzkrise 2108 hätten sich „sich die ehemaligen Staatsoberhäupter aus Deutschland und Frankreich“ mit ihrem Vorschlag durchgesetzt, „endlich alle Banken zu vergesellschaften“, anschließend folge eine Währungsreform sowie die Einführung einer Reichensteuer und der Rente mit 58. *ver*



Ulrich Maurer (Linke)

Tastende Schritte zur Demokratie

ÄGYPTEN Das Parlament sucht nach seiner Rolle, Religiöse und Liberale ringen um den Kurs. Mit Ratschlägen hielt sich der Bundestagspräsident bei seiner Visite in Kairo zurück

Der Tahrir-Platz muss sein. Ohne einen Blick auf den historischen Ort geworfen zu haben, kann Norbert Lammert Kairo bei seinem Besuch Anfang April keinesfalls verlassen. Kurz vor Mitternacht fädelt sich der Wagen des Bundestagspräsidenten in den Kreisverkehr ein. Dabei war Lammert mittags schon einmal ganz in der Nähe. Beim Besuch der „Tahrir-Lounge“, so heißen heute Räume im Goethe-Institut, wo seit der Revolution Blogger, Aktivisten, Journalisten in Seminaren und praktischen Übungen im Fach Demokratie geschult werden. Als Lammert die schwarz-weiß-roten Flaggen auf dem Tahrir nachts von Nahem sieht, die Zelte und Graffiti, die immer wieder aktualisiert werden, je nach politischer Entwicklung, bekommt er einmal mehr eine Ahnung von der Kraft der Aufständischen, die sich um ihren Sieg betrogen fühlen. Aussteigen? Die Männer von der Sicherheit raten dringend ab, vielleicht, weil schon das Überqueren der Straße zur Fußgängerinsel in der Mitte ein Spiel mit dem Leben wäre. Selbst zu später Stunde umtost der Verkehr den Tahrir, erheben sich Autos und Busse die Vorfahrt, drängen sich nächtliche Spaziergänger, meist unter 30, auf den handtuchschmalen Fußwegen entlang der Fahrbahnen. Der Tahrir schläft nie.

Liberale finden kaum Gehör Am Ende eines langen Tages steht auch dem CDU-Politiker nicht mehr der Sinn nach Mutproben. Seit morgens hat er Gespräche nonstop geführt: bei der Wahlkommission, in beiden Kammern des Parlaments, dem Mittagessen mit Abgeordneten, dem Auftritt beim DAAD, bei dem die ägyptischen Studenten gar nicht aufhören wollten, mit Lammert zu diskutieren. Sie berichteten von ihrem Frust über den Ausgang der Parlamentswahlen im Januar, der den Klerikalen einen haushohen Sieg bescherte, von ihren Befürchtungen, dass die Mehrheitsverhältnisse der Volksversammlung auf die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung eins zu eins übertragen und somit Muslimbrüderschaft und Salafisten fast allein über Ägyptens Zukunft entscheiden werden. Seitdem die beiden islamischen Parteien auch noch mehrere eigene Präsidentschaftskandidaten für die Wahl im Mai aufgestellt haben, sehen liberale Kräfte überhaupt keine Chance mehr, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen.

Lammert kann den Frust der Wahlverlierer durchaus verstehen, ruft als Parlamentarier mit jahrzehntelanger Berufserfahrung aber das Prinzip der Demokratie in Erinnerung: dass die Mehrheit entscheidet. Dennoch sorgt er sich um das politische Engagement der jungen Leute, das sie aus Enttäuschung jetzt womöglich aufgeben, weil sie im gegenwärtigen ägyptischen Parteienspektrum keine politische Heimat für sich sehen. Den ost-deutschen Bürgerrechtlern sei es im März 1990 ähnlich ergangen, auch sie hätten erüchtelt wie die jungen Ägypter heute auf die Resultate der ersten freien Volkskammerwahl 1990 geschaut. „Heute ist einer von ihnen Präsident“, versuchte Lammert Mut zu machen. Kein wirklicher Trost. Hat er den unterlegenen Liberalen gerade noch ins Stammbuch geschrieben, sich der Mehrheit zu beugen, aber gleichzeitig darum zu kämpfen, bei der nächsten Wahl zu gewinnen, so betonte er im Gespräch mit den siegreichen Muslimbrüdern den für ihn mindestens ebenso wichtigen zweiten Grundsatz der Demokratie: Diese sei nur so gut wie der Schutz, den sie Minderheiten gewährt. Ein Hinweis, der Lammert wichtig war, auch wenn er zuvor noch sichtlich gezögert hatte, der Bitte um Ratschläge nachzukommen. „Deutschlands erster Versuch mit der Demokratie ist so gründlich fehlgeschlagen, dass wir Deutsche vorsichtig sein sollten, als Lehrmeister aufzutreten“, sagte er in Anspielung auf die Weimarer Republik,



Der Tahrir-Platz in Kairo. Bis heute halten Aktivisten die Ziele des Arabischen Frühlings hoch – auch gegen islamistische Kräfte.

deren Verfassung den Zusammenbruch der Demokratie und die Hitlerdiktatur nicht verhindern konnte.

Erfahrungen statt Ratschläge Seinen Weg müsse Ägypten allein finden, ebenso wie Deutschland, das im zweiten Anlauf auch nicht einfach die politischen Verhältnisse Großbritanniens, Frankreichs oder der USA kopieren konnte. Statt Ratschläge zu erteilen, wollte Lammert lieber von Erfahrungen berichten. Mit der Parteienfinanzierung, dem Wahlrecht, den Aufgaben der Opposition, der Unabhängigkeit der Justiz, die die Gewaltenteilung garantiere, dem Konsens stiftenden Charakter, der von einer Verfassungsdiskussion ausgehen könne. Die Abgeordneten lauschten mit gespitzen Ohren, was Lammert außerdem zum Selbstverständnis von Parlamenten ausführte: Das Parlament habe die Regierung zu kontrollieren, funktioniere mitnichten als ihr verlängerte Arm. Es müsse sich als wichtigste Nichtregierungsorganisation verstehen. Womit er auf das Gerichtsverfahren gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kairo zu sprechen kam. Ein für Parlamentspräsident Mohamed Saad El Katatny sichtlich unangenehmes Thema. In Transformationsphasen komme es mitunter zu Empfindlichkeiten, besonders, wenn die Reformkräfte Sorge hätten, die Dinge glitten ihnen aus den Händen, warb Katatny um Verständnis. Er, Katatny, habe die nunmehr 30-jährige Tätigkeit der Adenauer-Stiftung in Ägypten verfolgt

und schätze sie ausdrücklich. Er sicherte zu, im Menschenrechtsausschuss des Parlaments zügig Regeln für die politischen Stiftungen erarbeiten zu lassen. Die Parlamentsmehrheit der Muslimbrüder-Partei, „Freiheit und Gerechtigkeit“ und der islamistisch-salafistischen „Partei des Lichts“ steht vor keiner leichten Aufgabe: das Verhältnis von Religion und Politik zu klären. Keine andere gesellschaftliche Kraft könne dies besser lösen als die islamische Mehrheit selbst, meinte Lammert. Sei so doch für jedermann nachvollziehbar, wer verantwortlich zeichne für die Rechte und Pflichten Gläubiger, Anders- und Nichtgläubiger. Zudem berge die Auseinandersetzung ausgerechnet unter Federführung der beiden muslimisch geprägten Kräfte die Chance, die Gesellschaft zu befrieden. Vergleichbar sei diese Debatte mit dem Ringen um die Hartz-IV-Gesetze, die nur unter Führung der SPD verabschiedet werden konnten.

Respektvoller Umgang Katatny, Parlamentspräsident und Generalsekretär von „Freiheit und Gerechtigkeit“, tritt ruhig und zurückhaltend auf. „Er ist kein Eiferer, sondern auf Ausgleich bedacht, eine Autorität“, bescheinigt ihm der liberale Oppositionsabgeordnete Amr Hamzawy. Katatny verstehe sich im besten Sinne als überparteiliche Figur. Bundestagspräsident Lammert, der seit dem Fall der Mauer Transformationsgesellschaften genau beobachtet und enge Kontakte zu mittel- und osteuropäischen Parlamentariern und Regierungspolitikern pflegt, bemerkt einen auffälligen Unterschied: Die Rivalität zwischen den politischen Gegnern in Osteuropa sei nicht selten sogar in persönliche Feindschaften umgeschlagen, dergleichen könne er in Kairo nicht feststellen. Das Miteinander sei von mehr Respekt für einander geprägt.

Das größte Hindernis auf dem Weg zu einem neuen ägyptischen Grundgesetz, so hörte es der Bundestagspräsident in jedem seiner Gespräche, ist die Zusammensetzung der Verfassungsgebenden Versammlung. Solange die Aktivisten der Revolution – junge Blogger, Frauen, Nachwuchspolitikern, für die der Glaube nicht an erster Stelle steht – und auch die christlichen Kopten nicht stärker einbezogen werden sollen, sind diese ihrerseits nicht bereit, über das künftige politische System ihres Landes zu diskutieren.

»KOMPAKT

» Islamische Parteien Die ersten freien Parlamentswahlen nach dem Sturz von Mubarak besuchten den Muslimbrüdern und den Salafisten in beiden Kammern – der Volksversammlung und dem Schura-Rat – Anfang 2012 einen haushohen Sieg.

» Präsidentschaft Mehr als 20 Kandidaten haben sich für die Wahl im Mai angemeldet, darunter der frühere Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Mussa, der Muslimbrüder Chairat al-Schater und der frühere Geheimdienstchef Omar Suleiman.

» Verfassung Ein Kairoer Gericht erklärte vergangene Woche die von den Muslimbrüdern dominierte Verfassungsgebende Versammlung für nichtig, da ihre Zusammensetzung nicht repräsentativ sei.

Ägypten, so versichern es die Muslimbrüder, werde kein Gottesstaat, wobei sie wissen, dass ihren Worten keinesfalls vorbehaltlos Glauben geschenkt wird. Erleichterung spiegelt sich im Gesicht des Vorsitzenden des Schura-Rates Ahmend Fahmy von „Freiheit und Gerechtigkeit“, als Lammert ausführte, dass kein politisches System unbeflügelt von der Kultur und damit Religion eines Landes existiere. So wie das Christentum das Grundgesetz geprägt habe, werde sich der Islam im politischen System in Ägypten wiederfinden. Aber als der Gast aus Deutschland mahnte, dass es nun darauf ankäme, Religion und Politik voneinander zu trennen, sprach aus Fahmys Blick Ratlosigkeit.

Austausch Fahmy wie Katatny, die Vorsitzenden der beiden Kammern des ägyptischen Parlaments, bekundeten Lammert ihr Interesse an einem Austausch mit dem Bundestag. Ende April reist die deutsch-ägyptische Parlamentariergruppe an den Nil, im Herbst können sich einige ägyptische Abgeordnete in Berlin über Organisationsstrukturen des Bundestages informieren. Von Arbeitsbedingungen wie in Deutschland ist Kairo weit entfernt. Es fehlt an Büroräumen, Mitarbeitern, nicht einmal Telefone stehen den Abgeordneten in ihrem Parlament zur Verfügung.

Fehlstart am Geburtstag

NORDKOREA Pjöngjang isoliert sich erneut mit Raketentest

Nordkoreas umstrittener Start einer Langstreckenrakete ist am vergangenen Freitag gescheitert. Der Flugkörper zerbrach nach nur 80 Sekunden in mehrere Teile und stürzte ins Meer. Analysten fürchten, der Fehlschlag könnte dramatische Folgen haben und den jungen Diktator Kim Jong Un dazu verleiten, sich durch einen Atombombentest zu rehabilitieren. In den Tagen zuvor hatten Regierungsvertreter in Seoul und Washington erklärt, es gebe Anzeichen für entsprechende Vorbereitungen.

Die Rakete war um 7.39 Uhr (0.39 Uhr MEZ) abgeschossen worden und sollte angeblich einen Wettersatelliten ins All befördern. Andere Länder, allen voran Südkorea, die USA und Japan, warfen Nordkorea allerdings vor, eine Trägerrakete für Atomsprengeköpfe testen zu wollen, deren Reichweite sich bis zum amerikanischen Kontinent erstrecken sollte. UN-Sanktionen verbieten Nordkorea derartige Tests. Internationale Regierungen verurteilten den Start. Der UN-Sicherheitsrat berief eine Sondersitzung ein, um mögliche Reaktionen zu erörtern. Auch Nordkoreas Staatsmedien gestanden den Fehlstart ein. Der Satellit sei nicht auf eine Erdumlaufbahn gebracht worden, berichtet die nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA. „Wissenschaftler, Techniker und Experten untersuchen derzeit den Grund für das Scheitern.“ Mit dem Start war das Regime von Kim Jong Un ein hohes Risiko eingegangen, innenpolitisch ebenso wie außenpolitisch. Der Sohn des im Dezember verstorbenen Diktators Kim Jong Il wird in der Öffentlichkeit als Mann des Militärs in Szene gesetzt, ein erfolgreicher Raketenstart wäre für das Land ein waffentechnischer Durchbruch gewesen – pünktlich zum 100. Geburtstag von Staatsgründer Kim Il Sung am gestrigen Sonntag.

Doch nun steht das Land so isoliert da wie lange nicht mehr. Dabei hatte Nordkorea erst Ende Februar Verhandlungsbereitschaft signalisiert und mit den USA ein Moratorium seines Nuklearprogramms vereinbart, im Gegenzug für dringend benötigte Hilfslieferungen. In Washington sieht man in dem Raketenstart einen Bruch dieses Abkommens. Auch Pjöngjangs Hoffnungen auf mehr Unterstützung aus Südkorea sind gesunken, denn die erneute Provokation dürfte das dortige konservative Regierungslager stärken, das eine harte Gangart gegenüber dem Norden fordert. Bei den Parlamentswahlen am vergangenen Mittwoch hatte die Partei des ansonsten unpopulären Präsidenten Lee Myung Bak überraschend ihre Mehrheit im Abgeordnetenhauses verteidigen können. Parteichefin Park Geun Hye, Tochter des ehemaligen Militärschäfers Park, gilt nun als Favoritin für die Präsidentschaftswahl im Dezember.

Bernhard Bartsch, Peking

Der Autor ist freier Korrespondent.

»Der Satellit ist nicht auf eine Erdumlaufbahn gebracht worden.«

Erklärung der Nachrichtenagentur KCNA

Norden droht mit Spaltung

MALI Übergangsregierung will Wahlen für Mitte Mai vorbereiten

Es ist ein ehrgeiziges Ziel. Nach dem Militärputsch soll in Mali nun bis Mitte Mai eine Übergangsregierung freie und faire Wahlen vorbereiten. Doch ausgerechnet jetzt spitzt sich die Lage im Norden zu. Denn vor gut einer Woche hat die Tuareg-Armee MNLA (Bewegung zur Befreiung von Azawad) in dem von ihr eroberten Gebiet den Staat Azawad ausgerufen. Das Gebiet scheint zum Sammelbecken radikaler Kräfte zu werden. Dioncounda Traoré, einstiger Präsident der Nationalversammlung, ist bei seiner Amtseinführung als Interims-Präsident der Übergangsregierung in der vergangenen Woche deutlich geworden. Der Krieg im Norden, wo seit Mitte Januar die Regierungstruppen einen aussichtslosen Kampf gegen die MNLA führen, wo nun aber auch islamistische Gruppen mitmischen, muss ein schnelles Ende haben. „Wir wollen Frieden. Aber wenn es nötig ist, dann werden wir Krieg führen.“ Für ähnlich drastische Maßnahmen hatte sich bereits die Westafrikanische Regionalorganisation Ecowas ausgesprochen. Sie hatte angeboten, 3.000 Soldaten für den Einsatz im Norden Malis bereit zu stellen. Damit soll verhindert werden, dass das Land gespalten wird. Die Ecowas war maßgeblich daran beteiligt, dass Mali nach nur drei Wochen nach dem Militärputsch zu einer zivilen Regierung zurückkehrt. Das Bündnis verhängte drastische Sanktionen und ließ die Grenzen zu den

Nachbarländern schließen. Das Putschisten-Komitee um Amadou Sanogo gab klein bei, betonte aber auch nach seinem Rücktritt: Er sei gegen eine Ecowas-Intervention.

Wie die Lage im Norden befriedet werden kann, ist allerdings unklar. Die ganze Sahara-Region entwickelt sich immer stärker zu einem rechtsfreien Raum. „Der Drogenhandel blüht, und es gibt mehrere radikale Gruppen“, sagt der malische Journalist Hamidou Konaté. Zu diesen gehört auch „Ansar Dine“. Die Gruppe wird als islamistischer Flügel der MNLA bezeichnet, kämpfte in den vergangenen Monaten ebenfalls gegen die Regierungsgruppen und kündigte an, in den von ihr eroberten Städten die Scharia einzuführen. Es wird vermutet, dass sie Kontakte zur Al-Qaida im Islamischen Maghreb hat. Das Terrornetzwerk soll bereits im vergangenen Jahr mehrere europäische Urfahrer in der Stadt Timbuktu entführt haben.

Daher gilt es als sehr unwahrscheinlich, in den nächsten Wochen transparente Wahlen zu organisieren. Da die Übergangsregierung die Spaltung von Mali mit allen Mitteln zu verhindern versucht, müsste zeitgleich im ganzen Land gewählt werden. Nur so würden die Wahlen glaubwürdig wirken. Beobachten in Bamako zufolge gilt das jedoch als unrealistisch.

Katrin Gänslers, Bamako

Die Autorin ist freie Afrika-Korrespondentin.

»Wir wollen Frieden. Aber wenn es nötig ist, werden wir Krieg führen.«

Dioncounda Traoré, Interimspräsident

Anzeige

Europa vermitteln



Europe, anyone?
The „Communication Deficit“ of the European Union Revisited

Von Bernd Spanier
2012, 172 S., brosch., 34,- €
ISBN 978-3-8329-7100-7
(Kommunikation in Politik und Wirtschaft, Bd. 4)

Der Band bietet eine innovative Neuinterpretation des oft beklagten „Kommunikationsdefizits“ der EU und wirft zugleich einen frischen Blick auf die scheinbar aussichtslose Mission, Europa an die Massenmedien zu vermitteln. Die Einblicke in die praktischen Herausforderungen an EU-Sprecher sind höchst instruktiv.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/14233

Nomos



Norbert Lammert (M.) und der Abgeordnete Anwar Esmat El Sadat im Parlament in Kairo

AUFGEKEHRT

Vive la Baguette!

Es ist ein gefährliches Spiel, auf das sich McDonald's da einlässt. Ab Mitte April soll der „Grande Nation“ neben all den Burgern ein McBaguette serviert werden: belegt mit Rindfleisch, Salat, Senfsoße und Emmentaler. Ob sich das der verwöhnte französische Gaumen wird gefallen lassen? Das heilige Baguette entweicht von einer amerikanischen Fast-Food-Kette mit Schweizer Käse? Immerhin ist sich die Geschäftsführung des revolutionären Vorstoßes bewusst und will erst nach einer sechswöchigen Testphase endgültig entscheiden, ob das McBaguette dauerhaft auf der Speisekarte bleibt. „Wir werden auf unsere Kunden hören, die sich des Symbolgehaltes durchaus bewusst sind“, verkündete Nawfal Trabelsi, Vize-Chef von McDonald's Frankreich, in der vergangenen Woche.

Der Symbolgehalt lässt sich nicht hoch genug veranschlagen. Das Baguette ist eine hochpolitische Angelegenheit. Als die erzürnten Pariser 1789 das Schloss von Versailles stürmten, ging es nicht nur um Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – sondern ganz banal um explodierende Brotpreise. Und als Marie Antoinette ihren Untertanen beschied, sie sollten „doch Broiche essen, wenn sie kein Brot haben“, da kostete sie das schlicht den Kopf. Die aus der Französischen Revolution resultierende Brotpreisregulierung wurde erst im Jahr 1778 wieder aufgehoben.

Es ist also äußerster Vorsicht geboten im Umgang mit dem 250 Gramm schweren Stangenweißbrot, das aus Mehl, Wasser, Hefe und Salz bestehen darf, wenn es sich „baguette de tradition“ nennen will. Auch Nicolas Sarkozy hat schon erlebt, wie sensibel seine Landsleute reagieren, wenn es um das Baguette geht. Als der Preis vor fünf Jahren erstmals die Ein-Euro-Marke sprengte, rutschte er direkt in den Umfragen ab. Ein verunstaltetes Baguette könnte ihn, wenn denn nicht den Kopf, so aber doch die Präsidentschaft kosten. *Alexander Weinlein*

VOR 40 JAHREN ...

Willy Brandt unter Druck

24. April 1972: Misstrauensantrag Für die sozialliberale Koalition unter Kanzler Willy Brandt (SPD) waren die Ostverträge die Basis für eine Entspannung im Ost-West-Konflikt, in den Augen der Opposition ein „Ausverkauf deutscher Interessen“. Auch im rot-gelben Lager regte sich Widerstand gegen Brandts Ost- und Deutschlandpolitik. Einige SPD- und FDP-Abgeordnete traten zur Unionsfraktion über und ließen die ohnehin dünne Mehrheit der Koalition weiter bröckeln – für Rainer Barzel (CDU), Chef der Uni-



Solidaritätskundgebung für Brandt in Hamburg am 26. April 1972

onsfraktion, die Gelegenheit, selbst Kanzler zu werden.

Der sogenannte „Barzel-Putsch“ begann am 24. April 1972: Die CDU/CSU-Fraktion brachte einen Antrag auf ein konstruktives Misstrauensvotum ein. Drei Tage später kam der Bundestag zur Abstimmung zusammen. Während Kurt Georg Kiesinger (CDU) der Regierung vorwarf, mit ihrer Ostpolitik die deutsche Einheit zu gefährden, glaubte Brandt an seinen Kurs und an die Fortsetzung seiner Kanzlerschaft: „Wir werden auch nach dieser Abstimmung weiterregieren“, prophezeigte er – und behielt Recht. 247 Parlamentarier stimmten für den Antrag der Union – zwei zu wenig. Einige Monate später behauptete der CDU-Abgeordnete Julius Steiner, vor der Abstimmung bestochen worden zu sein. Nach der Wende bestätigte der ehemalige DDR-Spionagechef Markus Wolf in seinen Memoiren, Steiner 50.000 D-Mark für eine Enthaltung gezahlt zu haben. Erst 2005 wurde das Rätsel um die zweite fehlende Stimme gelüftet: Stasi-Akten legen nahe, dass sie Leo Wagner gehörte. Der CSU-Abgeordnete soll nicht nur bestochen worden, sondern auch inoffizieller Stasi-Mitarbeiter gewesen sein. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: IM KARIKATURENARCHIV DES BUNDESTAGES



Uta Martensen, Leiterin der Pressedokumentation des Bundestages, findet im Karikaturenarchiv rund 400.000 gute Gründe zum Schmunzeln und Lachen.

»Die letzte Humorecke«

Es sind nur zehn schmucklose Archivregale – gefüllt mit schwarzen Aktenordnern und gekennzeichnet mit dem Kürzel „Karik“ –, doch sie beherbergen einen Schatz: Rund 400.000 Karikaturen aus Jahrzehnten deutscher Geschichte (Beispiele zum deutsch-französischen Verhältnis siehe unten). Als Zeitungsausschnitt fein säuberlich einzeln auf DIN A4-Blätter geklebt, lagern sie bei konstant 18 Grad Celsius und etwa 40 Prozent Luftfeuchtigkeit in einem Archivraum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus des Bundestages. „Wir haben hier die wohl größte Sammlung von politischen Karikaturen in Europa“, sagt Uta Martensen, Leiterin der Pressedokumentation, zu der das Karikaturenarchiv gehört. „Es ist ein über fünf Jahrzehnte gewachsener Schatz, den es in dieser Art nirgends sonst gibt.“

So finden sich hier etwa stilbildende Karikaturen wie die des Engländers Sir John Tenniel über Bismarcks Entlassung als Kanzler 1890 mit dem Titel: „Der Lotse geht von Bord“. Teil des Archivs ist auch beispielsweise die 1990 veröffentlichte Zeichnung des DDR-Karikaturisten Roland Beier, die

Karl Marx sagen lasst: „Tut mir leid Jungs, war halt nur so 'ne Idee von mir.“ Darüber hinaus finden sich in der Sammlung Karikaturen aus längst eingestellten Blättern wie dem „Hamburger Echo“ und aus DDR-Zeitungen wie etwa der „Tribüne“ oder der „Volksarmee“, welche bis zur Wende ausgewertet wurden.

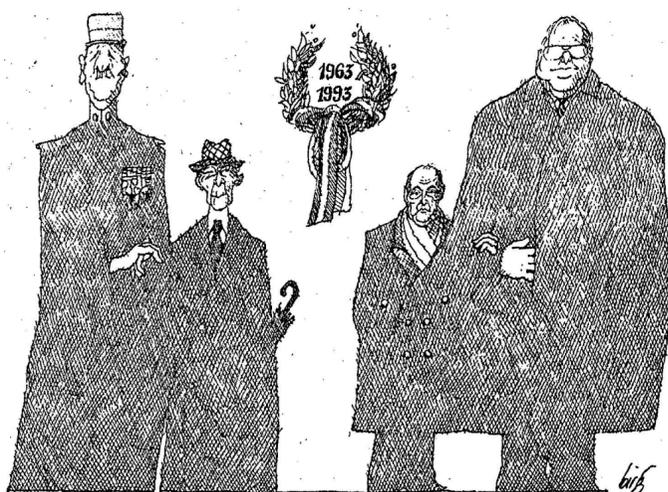
Den Grundstein für die außergewöhnliche Sammlung legte Kurt Georg Wernicke, der 1953 Direktor der Bundestagsbibliothek wurde. Er sammelte Karikaturen – zunächst rein chronologisch. Erst Walther Keim begann als Leiter der Pressedokumentation ab 1974 damit, die Zeichnungen systematisch zu archivieren: Sie wurden nun nach Sachthemen und Personen „verschlagwortet“, wie es Archivare nennen. Die Liste der Stichworte, zu denen sich Karikaturen im Archiv finden lassen, ist lang und reicht von A wie Außenpolitik bis U wie USA oder UNO. Die meisten Karikaturen finden sich allerdings unter dem Schlagwort „Kohl, Helmut“: Fast 50 Ordner füllen die rund 25.000 Zeichnungen des Bundeskanzlers, dem die Karikaturisten

– allen voran der Cartoonist Hans Traxler – gern mit ihren spitzen Federn einen birnenförmigen Kopf verpassten. Solche Zeichnungen habe Walther Keim als „optischen Juckreiz“ bezeichnet, erinnert sich Uta Martensen schmunzelnd, die ihn noch aus Bonner Zeiten im Bundestag kannte, bevor er 1999 aus dem Dienst ausschied. Am 1. April 2012 ist Keim nun im Alter von 76 Jahren gestorben. Seine Verdienste allerdings werden auch in Berlin nicht vergessen: In den 25 Jahren an der Spitze der Pressedokumentation des Bundestages habe der gelernte Journalist die Informationsarbeit des deutschen Parlaments nachhaltig geprägt, erzählt Martensen. „Er hat das Pressearchiv systematisch aufgebaut und erweitert.“ Keims besondere Aufmerksamkeit galt jedoch der Karikaturensammlung, die er oft als „letzte Humorecke im Bundestag“ rühmte. Seinen Traum, sie in einem Museum in Bonn unterzubringen, konnte Keim nicht verwirklichen. So blieb der Karikaturenschatz dort, wo er bis heute ist: im Archiv des Bundestages. *Sandra Schmid*

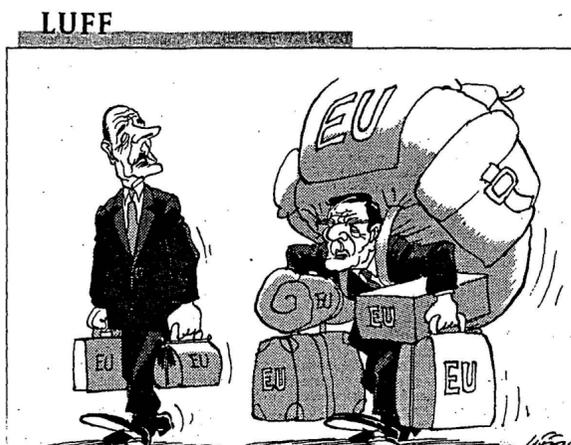
SEITENBLICKE AUS DEM BUNDESTAGSARCHIV



Noch enger belsammen waz-Zeichnung: Klaus Pielert



Stationen einer Ehe SZ-Zeichnung: Heinz Birg



„Tut mir leid, hab' selbst auch keine Hand mehr frei!“

PERSONALIA

> Claus Arndt
Bundestagsabgeordneter 1968-1972, 1974-1976, SPD
 Claus Arndt vollendet am 16. April sein 85. Lebensjahr. Der promovierte Jurist und Senatsdirektor aus Hamburg, Sohn des SPD-Bundestagsabgeordneten Adolf Arndt, trat 1951 der SPD bei. Von 1950 bis 1955 stand er an der Spitze des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes, war 1958/59 Sekretär des verfassungspolitischen Ausschusses für das Godesberger Programm und von 1967 bis 1997 stellvertretender Vorsitzender der Bundesschiedskommission seiner Partei. Der jahrzehntelange SPD-Verfassungs- und Rechtsexperte gehörte von 1969 bis 1974 der Enquete-Kommission „Verfassungsfragen“ an, ab 1973 als Vorsitzender der Unterkommission „Parlament und Regierung“, und war von 1968 bis 1999 Mitglied und stellvertretender Vorsitzender der G 10-Kommission des Bundestages, welche die Befugnisse der Nachrichtendienste zu Eingriffen in das durch Artikel 10 des Grundgesetzes garantierte Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis regelt. Von 1969 bis 1983 gehörte er dem Richterwahlausschuss an. Arndt, der im Bundestag ausschließlich im Rechtsausschuss mitarbeitete und dessen stellvertretender Vorsitzender er von 1969 bis 1972 war, engagierte sich zudem als langjähriger Lehrbeauftragter an verschiedenen Hamburger Hochschulen. Claus Arndt hat sich auch als Autor staatsrechtlicher Veröffentlichungen einen Namen gemacht.

> Axel Wernitz
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD
 Axel Wernitz feiert am 17. April seinen 75. Geburtstag. Der Diplomkaufmann und promovierte Politologe aus Nördlingen schloss sich 1958 der SPD an. Er war Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Nordschwaben, Mitglied des Bezirksvorstands Südbayern und gehörte von 1970 bis 1972 dem Bayerischen Landtag an. Wernitz, der im Bundestag überwiegend im Innenausschuss mitarbeitete, stand von 1976 bis 1987 an dessen Spitze.

> Lisa Seuster
Bundestagsabgeordnete 1987-1998, SPD
 Am 17. April wird Lisa Seuster 70 Jahre alt. Die aus Lüdenscheid stammende Industriekauffrau trat 1974 der SPD bei und war stellvertretende Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Märkischer Kreis. Von 1975 an gehörte sie fast 30 Jahre dem Rat ihrer Heimatstadt an und amtierte dort von 1987 bis 1994 als stellvertretende und von 1994 bis 1999 als Bürgermeisterin. Die Direktkandidatin des Wahlkreises Märkischer Kreis II engagierte sich im Bundestag in allen drei Legislaturperioden im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

> Roswitha Verhülsdonk
Bundestagsabgeordnete 1972-1994, CDU
 Roswitha Verhülsdonk vollendet am 26. April ihr 85. Lebensjahr. Die aus Koblenz stammende Bildungsreferentin, Schwiegertochter des Zentrums-Reichstagsabgeordneten Eduard Verhülsdonk, trat 1964 der CDU bei und gehörte von 1969 bis 1991 dem Koblenzer Stadtrat an. Von 1969 bis 1991 war sie rheinland-pfälzische Landesvorsitzende und von 1977 bis 1992 stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Frauen-Union. Zwischen 1985 und 1990 saß sie im Bundesvorstand der Christdemokraten. Verhülsdonk, von 1986 bis 1990 stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, amtierte danach bis 1994 als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Familie und Senioren. Im Bundestag arbeitete sie im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1974 bis 1994 war Roswitha Verhülsdonk Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. *bmf*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin
 redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wider. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 30.04.2012.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 23.-27.04.2012
 Reform der Pflegeversicherung (Do),
 EU-Hochqualifizierten-Richtlinie (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
 Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Das Parlament

Herausgeber von der Bundeszentrale für Heimatdienst, Bonn/Rh., Königsstr. 85, Tel. 7 10 51. Anschrift der Redaktion: Bonn/Rheinl., Rosental 7, Telefon 3 31 67. Verlag: Girardet & Co., Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.

DIE WOCHE IM BUNDESHAUS

13. Jahrgang / Nr. 19

Bonn, 8. Mai 1963

Einzelverkaufspreis 0,50 DM

Die Frau in unserer Zeit

Harmonie oder Diskrepanz?

Frankreich-Vertrag und Sechsergemeinschaft

Der Bundestag erörterte die Zukunft des europäischen Zusammenspiels

Nach dem Wunsch von Bundesregierung und Koalitionsparteien soll der am 22. Januar dieses Jahres in Paris unterzeichnete deutsch-französische Freundschaftsvertrag noch vor Pfingsten vom Bundestag verabschiedet werden. Die erste der drei vorgeschriebenen Plenarberatungen hat jetzt stattgefunden; bei der Aussprache ging es vor allem um die Auswirkung des Vertragsabschlusses und der Vertragsbestimmungen auf die Arbeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, zu deren sechs Mitgliedern auch Frankreich und die Bundesrepublik gehören. Während die Opposition hier Beeinträchtigungen befürchtet, versprechen sich die Regierung und ihre parlamentarische Mehrheit vielmehr eine Förderung der europäischen Integration und darüber hinaus der atlantischen Gemeinschaftsbeziehungen durch die vertragliche Besiegelung des deutsch-französischen Freundschaftsverhältnisses. Um jedoch alle Bedenken und Gefahren auszuräumen, soll das Leitziel der europäisch-atlantischen Partnerschaft in einer dem Vertragswerk voranzustellenden Präambel ausdrücklich formuliert werden. Vorlage dazu bildet die Entschließung des Bundesrats vom 1. März 1963; dem zuständigen Bundestagsausschuß wurde es übertragen, den endgültigen Wortlaut auszuarbeiten. Im übrigen bejahte das ganze Haus den Vertragsgedanken enger und dauerhafter Kontakte mit dem französischen Nachbarn.

Uns und der Welt wären der Nationalsozialismus, dessen Wurzeln aus dem nicht zustande gekommenen Ausgleich zwischen Frankreich und Deutschland nach dem Kriege von 1914 bis 1918 ihre verderbliche Nahrung gezogen haben, und der letzte Weltkrieg erspart worden. Wären diese Versuche geglückt, so hätten die Geschichte der beiden Völker und die Geschichte Europas einen anderen Verlauf genommen. Jetzt bietet sich uns, meine Damen und Herren, die Gelegenheit, diese Spannung zwischen den beiden Nachbarländern für immer zu beenden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Zwischen Nachbarvölkern bestehen immer Beziehungen besonderer Art, seien es gute, seien es schlechte Beziehungen, die durch die geographische Nähe, durch gleiche oder ähnliche Entwicklungen und Möglichkeiten, seien es wirtschaftliche, seien es politische, entstehen. Die gemeinsame Grenze zwischen Frankreich und Deutschland ist 450 km lang. Deutschland und Frankreich sind beide hochindustrialisierte Länder.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist Frankreich der wichtigste europäische Handelspartner. Das Handelsvolumen unserer Republik mit den Vereinigten Staaten beträgt nach den Zahlen des Jahres 1961 — das sind die letzten, die zugänglich sind — 9,5 Milliarden DM. Das Handelsvolumen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich beträgt 9,4 Milliarden DM. Umgekehrt ist auch für Frankreich die Bundesrepublik ein außerordentlich wichtiger Handelspartner.

Das Verständnis für die kulturelle Vergangenheit und das kulturelle Leben Frankreichs ist in Deutschland außerordentlich groß und verbreitet. Umgekehrt beginnen immer mehr Franzosen auch die deutsche Kultur kennenzulernen und zu schätzen.

Immer wieder haben auch in den vergangenen Jahrzehnten Staatsmänner beider Länder versucht, dieses Spannungsverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland aus der Welt zu schaffen. Aus unserer jüngsten Geschichte erinnere ich an die Versuche während der Weimarer Republik, die durch die Namen Stresemann und Briand gekennzeichnet sind. Diesen Versuchen waren schon Jahrzehntlang vorher Bemühungen Babels vorausgegangen. Unendlich viel Blut, meine Damen und Herren, Blut und Leid wäre Franzosen und Deutschen, Europa und der Welt überhaupt erspart worden, wenn diese Versuche damals gelungen wären.

(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der SPD)

Montan-Vertrag war die Wende

Um die ganze Bedeutung dieses Vertrages würdigen zu können, muß man in die europäische Geschichte zurückgehen. Fast immer standen sich die beiden Nachbarländer feindlich gegenüber. Der latente und dauernde Spannungszustand zwischen ihnen führte seinerzeit zu dem Vertrag des Deutschen Reiches mit Rußland gegen Frankreich. Ein Jahr nach dem Ausscheiden Bismarcks wendete sich das Blatt. Die französische Flotte machte den in die Geschichte eingegangenen Besuch in Kronstadt, und ein Jahr später, im Jahre 1892, schlossen Frankreich und Rußland ein Militärbündnis, eine Militärkonvention gegen Deutschland.

Im Versailler Vertrag fanden gerade die alten, überkommenen Spannungen zwischen Frankreich und Deutschland einen besonders starken Ausdruck. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland schloß Frankreich mit Sowjetrußland einen neuen Bündnisvertrag. Noch im Dezember 1944 schloß der damalige Ministerpräsident de Gaulle mit Sowjetrußland einen Bündnisvertrag gegen Deutschland. Noch im Jahre 1946 forderte Bidault, der damals französische Außenminister war, die Internationalisierung am Rhein und an der Ruhr und die Verhinderung einer neuen deutschen Zentralregierung.



Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer am Rednerpult des Bundestages bei der Begründung des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Aber dann brach in Frankreich die Erkenntnis durch, daß dieser ewige Zwist zwischen Frankreich und Deutschland beiden Ländern nichts wie Unheil, Schwäche und Verderben gebracht habe und weiter bringen würde. Der Außenminister Robert Schuman schlug im Jahre 1950 den Abschluß des Vertrages über die Montanunion vor. Robert Schuman schrieb mir damals einen persönlichen Brief zu diesem offiziellen Vorschlag, in dem er ausführte, daß die Sorge, daß Deutschland nach seinem Wiedererstarken sich gegen Frankreich wenden würde, in Frankreich außerordentlich groß sei. Eine Aufrüstung zeige sich in erster Linie — so schrieb er mir — durch eine erhebliche Steigerung der Produktion von Eisen und Stahl und dementsprechend der Förderung von Kohle. Ihn leitete bei seinem Vorschlag, den Montanunionsvertrag zu schließen, der Gedanke, daß, wenn Frankreich und Deutschland einen Vertrag schloßen, der beiden Ländern eine ermöglichte, aufwändige Steigerung der Produktion von Eisen und Stahl bei dem anderen wahrzunehmen, diese gegenseitige Kontrolle das sicherste Mittel zur Beseitigung von Furcht und Mißtrauen unter diesen beiden Völkern sei. Daher schlage er den Abschluß des Vertrages über die Montanunion, wie er später ins Leben trat, vor.

Nach dem Willen beider Völker

Beide Völker, meine Damen und Herren, sind jetzt und wahrscheinlich noch auf lange Zeit hinaus vom Osten her bedroht durch auf sie ausgeübten politischen Druck. Ich spreche nicht von kriegerischem Druck, sondern vom politischen Druck. Diesem Druck können beide Völker zusammen viel besser widerstehen als jedes Land für sich allein.

Die Aufgeschlossenheit und Herzlichkeit, die unserem Bundespräsidenten im Jahre 1961 und mir im Jahre 1962 bei unseren Besuchen in Frankreich von der großen Mehrheit der Franzosen überall entgegengebracht wurden, zeigten deutlich, daß das französische Volk bereit war, das Verhältnis zum deutschen Volk grundlegend zu ändern und ihm die Hand zu reichen.

Bei dem Staatsbesuch, den Herr Staatspräsident de Gaulle im September 1962 in der Bundesrepublik machte und bei dem er Bonn, Köln, Düsseldorf, Hamburg, München und Ludwigsburg besuchte, wurde er von allen Kreisen des deutschen Volkes mit der größten Herzlichkeit aufgenommen, einer Herzlichkeit, die bewies, daß auch das deutsche Volk in allen seinen Schichten eine herzliche Freundschaft für Frankreich empfindet. Dem Willen beider Völker, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, diesem Willen zweier Völker, die Jahrhundertlang sich als Erbfeinde gegenüberstanden hatten, galt es Ausdruck zu geben. Dies Gefühl der Schicksalsgemeinschaft und der Verbundenheit für alle Zukunft zu sichern, — diesem Zweck, meine Damen und Herren, dient der vorliegende Vertrag.

Ein Grundpfeiler des Friedens

Ohne eine dauernde Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, meine Damen und Herren, kann Europa nicht geschaffen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ohne diese Aussöhnung und Freundschaft wird es keinen Frieden in Europa und damit in der Welt geben. Der Abschluß dieses Vertrages ist ein Grundpfeiler des Friedens zwischen Frankreich und Deutschland und damit des Friedens in Europa und in der Welt. Er ist ein Ereignis ersten Ranges für unser Land und auch für Europa und — ich wiederhole nochmals — für die ganze freie Welt. Er ist für eine lange, lange Dauer bestimmt. Er macht einem Zustande ein Ende, der Jahrhunderte gewährt hat.

Ich bitte Sie sehr, meine Damen und Herren, lassen Sie sich in Ihrem Urteil über diesen Vertrag nicht beeinflussen durch ein zufälliges Zusammentreffen der Unterzeichnung dieses Vertrages mit Tagesereignissen und vorübergehenden politischen Stimmungen. Ich sage absichtlich: Tagesereignissen und vorübergehenden politischen Stimmungen; denn ich bin ganz fest davon überzeugt, daß diese Tagesereignisse und auch die damit verbundenen politischen Stimmungen keine dauernden Spuren zwischen den Völkern hinterlassen werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß der Abschluß dieses Vertrages, seine Gutheißung durch Sie, ein Ereignis ersten Ranges ist für unser Land und für den Frieden in Europa und in der Welt.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Dehler: Wir treten in die Aussprache ein. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Majonica.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(73. Sitzung des 4. Bundestags am 25. 4. 1963)

Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zu der Gemeinsamen Erklärung und zu dem Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Vizepräsident Dr. Dehler: Zur Begründung hat das Wort der Herr Bundeskanzler.

Dr. Adenauer, Bundeskanzler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ihnen liegt mit der Bitte um Zustimmung ein Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und eine Erklärung zu diesem Vertrag vor, die der Präsident der Französischen Republik, Herr de Gaulle, für Frankreich und ich für die Bundesrepublik Deutschland am Tage der Unterzeichnung des Vertrages durch uns beide, am 22. Januar dieses Jahres, abgegeben haben. Diese Gemeinsame Erklärung gibt den Sinn und den Zweck des Vertrages in wenigen Sätzen sehr klar wieder. Ich möchte diese Erklärung verlesen, weil Ihre Kenntnis zur Beurteilung des Vertrages notwendig ist. Die Erklärung lautet:

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Konrad Adenauer, und der Präsident der Französischen Republik, General de Gaulle, haben sich

— zum Abschluß der Konferenz vom 21. und 22. Januar 1963 in Paris, an der auf deutscher Seite der Bundesminister des Auswärtigen, der Bundesminister der Verteidigung und der Bundesminister für Familien- und Jugendfragen; auf französischer Seite der Premierminister, der Außenminister, der Armee- und der Erziehungsminister teilgenommen haben,

— in der Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine jahrhundert alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neugestaltet,

— in dem Bewußtsein, daß eine enge Solidarität die beiden Völker sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung miteinander verbindet,

— angesichts der Tatsache, daß insbesondere die Jugend sich dieser Solidarität bewußt geworden ist, und daß ihr eine entscheidende Rolle bei der Festigung der deutsch-französischen Freundschaft zukommt,

— in der Erkenntnis, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlösbaren Schritt auf dem Wege zu dem vereinigten Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist,

mit der Organisation und den Grundsätzen der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten, wie sie in dem heute unterzeichneten Vertrag niedergelegt sind, einverstanden erklärt.

Nach Jahrzehntelangen Bemühungen

Meine Damen und Herren! In dieser von mir verlesenen Erklärung ist die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine jahrhundert alte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis genannt. In der Tat handelt es sich um ein geschichtliches Ereignis, um ein geschichtliches Ereignis von hohem Rang, das Jahrhunderte währenden Gegensätzen und Spannungen zwischen den beiden Nachbarländern Frankreich und Deutschland ein Ende bereitet.

(*) Siehe DAS PARLAMENT Nr. 10 vom 6. 3. 1963 (Erster Durchgang des deutsch-französischen Vertrages im Bundestag).



Eine halbe Million Berliner versammelte sich am 1. Mai vor dem Reichstagsgebäude zur Demonstration für Selbstbestimmungsrecht und Freiheit, während gleichzeitig jenseits der Mauer im Sowjetsektor der Stadt Panzer und Raketen paradierten. Regierender Bürgermeister Brandt, Bayerns Ministerpräsident Goppel als Sprecher der Länder und der Vorsitzende der IG Metall, Brenner, legten Bekenntnisse zur Einheit des Volkes und zur demokratischen Grundordnung ab.

Frankreich-Vertrag

CDU/CSU:

Sinnvolle Fortsetzung unserer Politik

Majonica (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Annahme des vorliegenden Vertrages im deutschen und im französischen Parlament stellt ein Ereignis von säkularer Bedeutung dar. Durch diesen Vertrag wird ein besonders leidvolles und trübes Kapitel europäischer Geschichte endgültig beendet. Aus dem Kampf der Franzosen und Deutschen gegeneinander ist eine Zusammenarbeit geworden.

Sicherlich — der Herr Bundeskanzler hat eben schon darauf hingewiesen — war es auch in Zeiten politischer Spannungen und Gegensätze zwischen beiden Völkern und Staaten, daß immer ein fruchtbarer geistiger Austausch stattgefunden hat. War das 18. Jahrhundert in Europa das französische Jahrhundert in Sprache, Mode und Kultur, so war der deutsche Einfluß auf die französische Romantik zu verzeichnen. Beide Völker übten aufeinander immer eine starke Faszination aus. Führende Geister beider Nationen wußten immer, wie sehr sich Deutsche und Franzosen gegenseitig ergänzen können.

Trotzdem hat es die Geschichte gewollt, daß in den letzten 70 Jahren beide Völker dreimal gegeneinander gestanden haben, sich dreimal gegenseitig auf den Schlachtfeldern begegnet sind. 1870 löste der Konflikt den schmerzvollen Prozeß der deutschen Einigung aus, 1914 war es das Versagen aller europäischen Staatsmänner, und 1939 brachte der böse Wille

Hitters die Welt ins Unglück. Sicherlich hätte Hitler — der Herr Bundeskanzler hat schon darauf hingewiesen — für seinen schrankenlosen Nationalismus keinen Nährboden gefunden, wenn schon nach 1918 die Begegnung zwischen Deutschland und Frankreich stattgefunden hätte. An Versuchen hat es nicht gefehlt, es sei hier nur an Stresemann und Briand erinnert. Aber sie starben, ehe ihr Werk reifen konnte, und die Schatten drohenden Unheils lagen schon auf ihren letzten Lebensjahren.

Während der Krieg 1914 bis 1918 Europa schweren Schaden zufügte, zerstörte es der Krieg 1939 bis 1945. Die Sowjetunion drang bis Mitteleuropa vor, sie schenkte die europäischen Vormächte geworden zu sein. Weitere Rivalitäten zwischen den europäischen Staaten hätten dazu führen müssen, daß sie bald am Atlantik stehen würde. Aber trotz dieser deutlichen Situation waren alle Vorstellungen, die Schatten des stürzenden Diktators noch mächtiger als diese Erkenntnis. Frankreich verbündete sich mit Moskau. Als aber die sowjetische Politik jede vernünftige Friedensregelung verweigerte, erkannte Churchill in seiner berühmten Züricher Rede die Situation und forderte Frankreich und Deutschland zum Zusammengehen auf, weil nur so Europa zu retten sei. Dieser Gedanke des Zusammengehens von Deutschland und Frankreich in einem vereinten Europa gewann Gestalt; er wurde von de Gasperi, Schuman und Adenauer in die Wirklichkeit umgesetzt.

eben im deutsch-französischen Gegensatz. Dieses Mittel ist ihm durch diesen Vertrag genommen, und zwar nicht nur für den Augenblick, sondern — und das ist das Positive und Wesentliche an diesem Vertrag — auch für alle Zukunft.

Keine Alternative zu Washington

Nun, wir wissen, daß dieser Vertrag seit seiner Entstehung einer Reihe von Mißverständnissen ausgesetzt war. Wir dürfen aber feststellen, daß sie alle miteinander verschwunden sind bzw. daß diese Mißverständnisse im Abklingen begriffen sind. Daß sie verschwanden, daß sie abklingen, ist, so meine ich, eine Folge der eindeutigen, klaren deutschen Außenpolitik.

Diese Mißverständnisse — der Bundeskanzler hat schon darauf hingewiesen — kamen vornehmlich durch das Zusammenfallen der Unterzeichnung dieses Vertrages mit dem Nein des französischen Staatspräsidenten zum Beitritt Großbritanniens zu den europäischen Gemeinschaften. Wir haben damals ja die Empfehlungen vernommen, wegen dieses Neins des französischen Staatspräsidenten den Vertrag nicht zu unterschreiben. Ich meine, meine Damen und Herren, daß sich heute zeigt, wie falsch eine solche Empfehlung gewesen ist und wie falsch es gewesen wäre, wenn wir dieser Empfehlung gefolgt wären. Wären wir dieser Empfehlung gefolgt, hätten wir den Vertrag damals im Januar nicht unterschrieben, dann hätten wir die Gaulle damit in eine Isolierung hineingetrieben und damit vielleicht Reaktionen ausgelöst, die die Besserung des Klimas zwischen Frankreich und den USA, wie sie sich eindeutig bei der Tagung der SEATO in Paris gezeigt hat, verhindert hätten.

Wir werden uns vom deutschen Standpunkt aus immer dagegen verwahren, in eine Formel „Washington oder Paris“ hineingeprügelt zu werden.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Für uns gilt in der deutschen Außenpolitik immer und unter allen Umständen die Formel „Washington und Paris“.

(Einerlei Beifall bei den Regierungsparteien)

Im Sinne dieser Formel sollten wir den Vertrag, der uns heute in der ersten Lesung vorliegt, anwenden.

Gesamtdeutschland ist Kontrahent

Es ist Kritik daran geübt worden, daß das große Ziel der deutschen Politik, die Wiedervereinigung, nicht in der gemeinsamen Erklärung genannt wird, das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung in diesem Vertragswerk nicht eigens erwähnt wird. Auch ich bin der Meinung — ich sage das offen —, daß es hätte geschehen sollen. Aber, meine Damen und Herren, man darf doch nicht übersehen, daß sich Frankreich bereits im Deutsch-

gerichteten Haltung zu gelangen. Nun, das scheint mir im Wesen jeder Konsultation zu liegen. Aber daß es eigens in diesen Vertrag hineingeschrieben worden ist, ist doch eine deutliche Einschränkung. Man ist nicht in allen Fällen immer zu einer und derselben Haltung verpflichtet. Sicherlich sollen diese Konsultationen eine gegenseitige Einflußnahme ermöglichen. Aber sie bewahren doch die Haltung des eigenen Standpunktes, wenn in diesen Konsultationen eine Einigung nicht erfolgt ist.

(Zurück des Abg. Wehner, SPD)

Ich meine, daß hier doch die deutsche Haltung in wichtigen Fragen der internationalen Politik, Herr Kollege Wehner, so eindeutig war, daß eine Mißdeutung einfach nicht erlaubt ist. Wir haben es doch erlebt, daß der Bundeskanzler, daß der Bundeswirtschaftsminister, der Bundesaußenminister und der Bundesverteidigungsminister in wichtigen Fragen der internationalen Politik als Vertreter der Bundesregierung in den letzten Monaten eine ganz eindeutige Haltung eingenommen haben. Ich darf nur an das Auftreten des Bundeswirtschaftsministers und des Bundesaußenministers in Brüssel erinnern.

Anfang zur Sechser-Union

Die Mißdeutungen, denen dieser Vertrag ausgesetzt worden ist, sollten auch durch seine Entstehungsgeschichte ausgeräumt sein. Wir wissen doch alle, daß am Beginn der Verhandlungen der Gedanke der Politischen Union der Gemeinschaft der Sechs gestanden hat. Im Juli 1961 trafen hier in Godesberg die Ministerpräsidenten der sechs europäischen Staaten zusammen und beschlossen damals im Grundsatz die Gründung der Politischen Union. Ich will gar nicht untersuchen, wessen Schuld es ist, aber im Sommer 1962 war es klar, daß diese Verhandlungen gescheitert waren, daß sie im Augenblick keinen Erfolg haben konnten.

Als der Bundeskanzler im Juli des vergangenen Jahres den französischen Staatspräsidenten de Gaulle in Frankreich besuchte, da besprachen beide einen nochmaligen Versuch zur Rettung der Verhandlungen um die Politische Union. Sie wollten eine Konferenz nach Rom einberufen. Als aber auch das scheiterte, beschloß man bei dem Besuch des französischen Staatspräsidenten in Deutschland, daß irgendwo ein Anfang gemacht werden müsse und daß dieser Anfang, wie die Dinge nun einmal liegen, nun eben mit einer politischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich gemacht werden sollte. Das ist die Entstehungsgeschichte des Vertrages.

Aus dem Vertrag geht hervor, daß er auch für die anderen Staaten offen ist. Aus ihm geht auch hervor, daß selbstverständlich die Politische Union das Ziel bleibt, dem wir mit gemeinsamer Kraft zustreben.

(Beifall in der Mitte)

Ich darf daran erinnern, daß die Bundeswehr von allen an der NATO beteiligten Armeen die am stärksten in die NATO integriert ist. Ich darf darauf hinweisen, daß gerade unser Wille zu diesem Integrationsprozeß in der NATO, dieser Stärkung der NATO bewiesen wird durch unser Ja zum Abkommen über eine multilaterale Atommacht und zu den Besprechungen über die Einrichtung einer multilateralen Atommacht. Wir haben durch den Mund unseres Bundeskanzlers erklärt, daß wir mit aller Macht an diesem Gedanken und an der Verwirklichung dieses Gedankens mitwirken wollen.

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-



Abg. Ernst Majonica (CDU)

land-Vertrag, der am 5. Mai 1955 in Kraft getreten ist, zu einer Politik der deutschen Wiedervereinigung verpflichtet hat. Ohne allen Zweifel besteht diese Verpflichtung, niedergelegt im Deutschland-Vertrag, fort, und das wird auch ohne allen Zweifel von unserem Vertragspartner anerkannt.

Außerdem, meine Damen und Herren, spricht die gemeinsame Erklärung vom „deutschen Volk“, und kein Zweifel ist erlaubt, daß damit in dieser Erklärung das gesamte deutsche Volk gemeint ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir gehen ja gerade davon aus, daß dieser Vertrag nicht nur ein Vertrag der Parlamente miteinander, nicht nur ein Vertrag der Regierungen miteinander, sondern ein Vertrag der Völker miteinander, des gesamten deutschen und des gesamten französischen Volkes, ist.

Ich darf auch hier wieder einen sehr unverdächtigen Zeugen benennen, der uns bestätigt hat, daß die Wiedervereinigung in der Substanz nicht vergessen ist, sondern daß Bonn hier stellvertretend für alle Deutschen gesprochen hat. Ich erinnere Sie daran, daß in den Protestnoten, die die Sowjetunion nach Paris und Bonn geschickt hat, gerade dagegen protestiert wurde, daß damit auch die Bevölkerung in der Zone verpflichtet sei, daß damit auch die Bevölkerung in der Zone angesprochen sei. Das Auswärtige Amt hat mit Recht auf diesen Protest hin darauf hingewiesen: Wenn die Bevölkerung in der Zone zu diesem Vertrage gefragt würde, würde sie sicherlich ein hundertprozentiges Ja zur Freundschaft mit Frankreich sprechen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Darin besteht ja gerade auch der grundlegende Wandel der französischen Politik gegenüber Deutschland, die nicht mehr wie in der Vergangenheit auf Teilung, sondern auf die Zusammenarbeit mit dem ganzen deutschen Volk gerichtet ist.

Durchaus im Sinne der NATO

Ein wesentlicher Teil der Kritik innerhalb und außerhalb Deutschlands bezieht sich bei der Diskussion über diesen Vertrag auf die Frage, wie er in die multilateralen Verträge, die die Bundesregierung eingegangen ist, eingebaut werden kann. Hier möchte ich ganz deutlich und unmißverständlich sagen, daß wir uns selbstverständlich zu dem Grundsatz bekennen, daß multilaterale Verträge bilaterale Verträge vorgehen, daß bilaterale Verträge und Verhandlungen und Entscheidungen immer den größeren Gemeinschaften zu dienen haben, daß sie also in sie eingepflegt werden müssen. Das gilt vor allen Dingen für den Nordatlantikkpakt und damit für unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika.

Konsultationen innerhalb eines von souveränen Staaten getragenen Bündnisses sind dem Bündnis nicht zuwiderlaufend, es sei denn, sie sind gegen den Zweck und das Ziel des Bündnisses selbst gerichtet. Aber daß die deutsche Politik ein solches Ziel verfolgt, wird selbst der böswilligste Beobachter nicht behaupten können. Wir haben doch niemals auch nur den leisesten Zweifel daran gelassen, daß wir alles tun werden und zu allem bereit sind, was die NATO stärkt. Wir wissen doch sehr wohl, daß von der Lebensfähigkeit, von der Funktionsfähigkeit dieses Bündnisses unsere Freiheit, unsere Sicherheit und der Frieden in der Welt abhängen. Deshalb haben wir immer alles zu tun, um dieses Bündnis, das wir gegen erbitterten Widerstand in diesem Hause durchgesetzt haben, zu stärken.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir meinen auch, daß eine Politik, die den Abzug Amerikas aus Europa auch nur als Möglichkeit einkalkuliert, ihn sehr leicht provozieren kann. Wir möchten alles tun, um die Vereinigten Staaten so eng an Europa zu binden wie nur eben möglich.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Wir wollen die atlantische Gemeinschaft auf zwei Säulen errichten, Nordamerika und Europa. Wir stehen allerdings auf dem Standpunkt, daß nur Europa ein gleichberechtigter Partner zu den Vereinigten Staaten im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft sein kann, nicht die einzelnen Nationen, weil das Machtgefälle zu groß wäre. Diesem Europa als Partner in der atlantischen Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten soll dieser Vertrag dienen, wie eindeutig die gemeinsame Erklärung besagt, die diesem Vertrag vorangestellt worden ist.

Ich glaube, daß in der Resolution des Bundesrates der Grundriß unserer deutschen Außenpolitik vorhanden ist. Sie macht deutlich, in welchem Sinne dieser Konsultationsvertrag von deutscher Seite gehandhabt wird. Die Niederlegung dieser Grundsätze in der Präambel — was von starken Kräften meiner Fraktion immer gewünscht wurde — hebt die Willenskundgebung dieses Parlaments stärker hervor als eine Resolution. Sie bindet eindeutig, da gesetzlich verankert, auch die zukünftigen Regierungen über diese Legislaturperiode hinaus. Durch diese Art der Ratifizierung sollten alle Mißverständnisse innerhalb und außerhalb unseres Landes beseitigt sein, zumal ja die Bundesregierung sich eindeutig durch eine Erklärung auf den Boden der Resolution des Bundesrates gestellt hat.

Bel diesem Verfahren wird sich hoffentlich eine breite Mehrheit für den Vertrag ergeben. Man sollte nicht durch immer neue Forderungen eine klare Sache komplizieren.

Dank an Konrad Adenauer

Meine Damen und Herren, ich bin auf viele Einzelheiten des Vertrages nicht eingegangen, nicht auf die gemeinsame Informations- und Entwicklungspolitik, nicht auf die vielen Ansätze zu einer breiten Begegnung unserer beiden Völker, vor allen Dingen der Jugend dieser Völker. Mir kam es darauf an, dieses Vertragswerk hinauszustellen in unsere gesamte Außenpolitik, es in seiner Bedeutung zu würdigen für die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem französischen Volke. Im Auswärtigen Ausschuß werden wir ja noch Gelegenheit haben, gründlich über den Vertrag zu beraten. Wir haben als Berichterstatter Herrn Professor Furler gebeten, der ja durch seine Tätigkeit im Europäischen Parlament, früher als Präsident und jetzt als Vizepräsident, gerade die Gewähr für einen Zusammenklang dieses Vertrages mit unserer europäischen Politik bietet.

Schließen möchte ich meine Ausführungen zur ersten Lesung dieses Vertrages mit einem Dank an jenen Mann, der auf deutscher Seite der hervorragende Baumeister dieser deutsch-französischen Verständigung ist, die mit seinem Namen für alle Zeiten verbunden sein wird, schließen möchte ich diese Ausführungen mit einem Dank an Bundeskanzler Konrad Adenauer.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Dehler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wehner.

*) Siehe DAS PARLAMENT Nr. 10 vom 6. März 1963

großem Nachdruck feststellen. Herr Kollege Wehner, daß der deutsche Außenminister durch seine Vorschläge einen neuen und positiven Anfang in Brüssel gesetzt hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Wehner, wir werden abwarten müssen, was jetzt praktisch dabei herauskommt. Aber wir können gute Hoffnung haben, daß wir schon in naher Zukunft mit positiven Ergebnissen zu rechnen haben. Wir können damit rechnen — das ist keine Illusion mehr, nicht etwas, was in dem blauen Himmel geschrieben ist —, daß wir in der Gemeinschaft der Sechs in naher Zukunft zu einer Zusammenlegung der drei Exekutiven kommen werden. Ich glaube, daß das eine unmittelbare Stärkung der Gemeinschaft sein wird. Sie ist meines Erachtens auch dringend geboten, weil nur so eine europäische Energiepolitik überhaupt möglich ist.

Großbritanniens EWG-Beitritt notwendig

Ich meine, daß an dieser Festigung und Stärkung, an diesem neuen Selbstbewußtsein der europäischen Gemeinschaften auch Großbritannien interessiert ist. Großbritannien möchte ja in einem unzerstörten Europa beitreten. Der einzige Sieger eines zerstörten Europas wäre Herr Chruschtschow. Ich meine, daß die britischen Politiker oft genug erklärt haben, daß sie auch ein unmittelbares Interesse an der Stärkung der Gemeinschaft der Sechs haben.

Wir bleiben dabei, daß der Beitritt Großbritanniens zu den europäischen Gemeinschaften notwendig ist, und wir werden auf ihn hinwirken. Nichts darf geschehen, was ihn erschwert, alles, was ihn erleichtert. Aber auch darauf, Herr Kollege Wehner, — und ich hoffe, daß Sie das nachher aufnehmen werden in Ihrer Unterstützung einer solchen Politik — hat der Bundesaußenminister auf der erwähnten Tagung hingewiesen. Er hat darauf hingewiesen, daß dazu, daß diesen geschichtlichen Beitritt erschwere, eine liberale Außenhandelspolitik notwendig ist, auch in den Beziehungen zu den USA. Ich meine, daß das Kennzeichen der deutschen Vorschläge im wesentlichen darin zu sehen ist, daß hier der weltweite Charakter der europäischen Gemeinschaft betont wird.

Bundesrat-Entscheidung als Präambel

So ist nach unserer Meinung dieser Vertrag, den wir hier in der ersten Lesung behandeln, kein Fremdkörper in unserer geradlinig fortgesetzten Politik. Er baut sich sinnvoll in unsere bisherige Politik ein. Um das unübersehbar deutlich zu machen, wird die CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß und in der weiteren Lesung dieses Vertrages vorschlagen, daß die vom Bundesrat angenommene Resolution 1) dem Grundsatz nach als Präambel zum Ratifikationsgesetz zu dem Vertrage vorangestellt wird.

(Abg. Dr. Schmid [SPD, Frankfurt]: Was heißt „dem Grundsatz nach“?)

— Dem Grundsatz nach, Herr Kollege Schmid, bedeutet, daß wir den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses heute nicht vorgreifen wollen. Ich möchte den Auswärtigen Ausschuß hier nicht präjudizieren. Diese Resolution wird als Material dem Auswärtigen Ausschuß überlassen, und in den Beratungen im Auswärtigen Ausschuß werden wir dann diese Resolution des Bundesrates so formulieren, daß sie als Präambel dem Ratifikationsgesetz vorangestellt werden kann.

Ich glaube, daß in der Resolution des Bundesrates der Grundriß unserer deutschen Außenpolitik vorhanden ist. Sie macht deutlich, in welchem Sinne dieser Konsultationsvertrag von deutscher Seite gehandhabt wird. Die Niederlegung dieser Grundsätze in der Präambel — was von starken Kräften meiner Fraktion immer gewünscht wurde — hebt die Willenskundgebung dieses Parlaments stärker hervor als eine Resolution. Sie bindet eindeutig, da gesetzlich verankert, auch die zukünftigen Regierungen über diese Legislaturperiode hinaus. Durch diese Art der Ratifizierung sollten alle Mißverständnisse innerhalb und außerhalb unseres Landes beseitigt sein, zumal ja die Bundesregierung sich eindeutig durch eine Erklärung auf den Boden der Resolution des Bundesrates gestellt hat.

Bel diesem Verfahren wird sich hoffentlich eine breite Mehrheit für den Vertrag ergeben. Man sollte nicht durch immer neue Forderungen eine klare Sache komplizieren.

Dank an Konrad Adenauer

Meine Damen und Herren, ich bin auf viele Einzelheiten des Vertrages nicht eingegangen, nicht auf die gemeinsame Informations- und Entwicklungspolitik, nicht auf die vielen Ansätze zu einer breiten Begegnung unserer beiden Völker, vor allen Dingen der Jugend dieser Völker. Mir kam es darauf an, dieses Vertragswerk hinauszustellen in unsere gesamte Außenpolitik, es in seiner Bedeutung zu würdigen für die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem französischen Volke. Im Auswärtigen Ausschuß werden wir ja noch Gelegenheit haben, gründlich über den Vertrag zu beraten. Wir haben als Berichterstatter Herrn Professor Furler gebeten, der ja durch seine Tätigkeit im Europäischen Parlament, früher als Präsident und jetzt als Vizepräsident, gerade die Gewähr für einen Zusammenklang dieses Vertrages mit unserer europäischen Politik bietet.

Schließen möchte ich meine Ausführungen zur ersten Lesung dieses Vertrages mit einem Dank an jenen Mann, der auf deutscher Seite der hervorragende Baumeister dieser deutsch-französischen Verständigung ist, die mit seinem Namen für alle Zeiten verbunden sein wird, schließen möchte ich diese Ausführungen mit einem Dank an Bundeskanzler Konrad Adenauer.

(Anhaltender Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident Dr. Dehler: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wehner.

*) Siehe DAS PARLAMENT Nr. 10 vom 6. März 1963

Das Parlament

Beilage: Aus Politik und Zeitgeschichte

Herausgegeben von der Bundeszentrale für Heimatdienst, 63 Bonn/Rhein, Königstraße 85, Tel. 315 51-54. Für den Gesamthalt verantwortlich: Dr. Paul Franke, Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst.

Redaktion (außer Beilage): Friedrich Klippenberg, Jan Schmitz (Ull.), Dr. Willi Weber, 53 Bonn/Rhein, Rosental 7, Tel. 331 67.

Druck, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: Girardet & Co., 2 Hamburg 30, Gläsermarkt 21-23, Tel. 34 12 51, Postfachkonto Hamburg 313 64.

Satz: H. Kölln, Bonn/Rhein.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Bezeichnender Protest Moskaus

Aber um weiteren Mißdeutungen entgegenzutreten: daß dieser Vertrag die Einheit Europas und des Westens nicht spaltet, dafür gibt es doch ein wahrlich sehr unverdächtiges Zeugnis, ich meine die Reaktion des Ostblocks auf diesen Vertrag. Sie wissen, daß die Sowjetunion und andere Staaten des Ostblocks Protestnoten nach Paris und Bonn geschickt haben. Wir haben auch ihre Haltung in den Hauptstädten, vor allen Dingen in den kommunistischen Hauptstädten, analysiert. Diese Protestnoten und die aus ihnen hervorgehende Haltung der Kommunisten zeigen doch, daß sie eben einsehen, daß durch den Abschluß dieses Vertrages an einer für sie sehr wichtigen Stelle ihnen in Zukunft jede Spaltfertigkeit verbaut ist. Sie erkennen doch

damit an, meine Damen und Herren, daß dieser Vertrag der Einheit des Westens dient. Wäre das nicht der Fall, spaltete er den Westen, dann würde der Vertrag ja in ihr Konzept hineingepaßt. Sie bestätigen damit, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit Eckpfeiler der europäischen und westlichen Einheit ist.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Moskau hat klar erkannt — und deshalb diese Haltung —, daß die europäische Einheit im Rahmen der Atlantischen Gemeinschaft für die Dauer zur Änderung des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent führen wird, und das will es verhindern. Und Moskau sah ein Mittel zur Verhinderung dieser Veränderung des Kräfteverhältnisses auf dem Kontinent

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

Bei dieser europäischen Politik und den konkreten Aufgaben, vor denen wir stehen, scheint mir die Stärkung der Gemeinschaft der Sechs eine besonders vordringliche Aufgabe zu sein. Wie diese Stärkung erfolgen soll, welche Pläne hier durchgeführt und welche Aufgaben gelöst werden müssen, hat der deutsche Bundesaußenminister Schröder eindeutig und klar auf der 100. Tagung des Ministerrats der Euro-

— und der europäischen Einigung

Es gibt nun Befürchtungen, daß dieser Vertrag zu einer gewissen Blockbildung in den europäischen Gemeinschaften führen würde, daß damit ein fremdes Gesicht, wie es ein angesehener Europäer gesagt hat, in diese Gemeinschaften hineingetragen würde. Nun, ich meine, daß es selbstverständlich ist, daß beide Regierungen bei ihren Konsultationen den supranationalen Charakter der europäischen Gemeinschaften respektieren. Gemeinschaftlich geregelte Fragen können nur gemeinschaftlich entschieden werden. Ich darf ganz eindeutig sagen, daß dieser Vertrag unsere bisherige europäische Politik nicht verändert. Im Gegenteil, wir von der CDU/CSU sind fest davon überzeugt, daß er ihr dienen und sie fördern wird.

SPD: Verbindlich in die Gemeinschaftsverträge einfügen!

Wehner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Überzeugung, daß die Versöhnung zwischen dem deutschen und dem französischen Volk, die eine jahrhundertalte Rivalität beendet, ein geschichtliches Ereignis darstellt, das das Verhältnis der beiden Völker zueinander von Grund auf neugestaltet, wie es in der Erklärung heißt, diese Überzeugung teilen wir Sozialdemokraten. Wir betonen das um so freudiger, als es in der wechselvollen Geschichte der Beziehungen beider Staaten Zeiten gegeben hat, in denen die Sozialdemokraten auf beiden Seiten dafür sogar Opfer zu bringen hatten.

Die Feststellung, daß eine enge Solidarität die beiden Völker sowohl hinsichtlich ihrer Sicherheit als auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung miteinander verbindet, möchten wir in der Hoffnung bekräftigen, daß es ein Segen für die Zukunft unserer Völker und aller unserer Nachbarvölker sein wird, wenn die Jugend nicht mehr nur zu den Stätten pilgern kann, die an die Opfer der Vergangenheit mahnen, sondern selbst baut und sich erbaut an den Wahrzeichen der neuen Völkergemeinschaft.

In diesem Haus hat Kurt Schumacher am 10. März 1950 mitten in einer Auseinandersetzung über Fragen der damaligen aktuellen Politik den Vorschlag zu lancieren versucht, man solle über territoriale, über bloße Handels- und Wirtschaftsregelungen hinaus den Versuch machen, zu etwas zu kommen, das einen „deutsch-französischen Freundschaftsvertrag“ nannte. Das war mitten in der heftigen Auseinandersetzung um die Saarfrage bei unterschiedlichen Positionen hier im Hause.

Die sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Frankreichs haben noch am 2. Juli 1962 gemeinsam erklärt, daß sie die Verständigung unserer beiden Völker als das Mittel, die viel umfassendere internationale Gemeinschaft zu schaffen, verstanden wissen wollten, und die sozialdemokratischen Parteien der Länder der europäischen Gemeinschaften — der sechs Länder also — haben am 14. März dieses Jahres erklärt, für die europäischen Sozialdemokraten sei die Aussöhnung der Völker Deutschlands und Frankreichs stets ein zentrales Anliegen gewesen. „Es war“, so erklärten sie, „das gemeinsame Ziel, an die

Stelle Jahrhundertalter Rivalitäten einen unauflösbaren Zusammenschluß der wesentlichsten Interessen der europäischen Völker treten zu lassen, und die Aussöhnung des deutschen und des französischen Volkes mußte zu einem Mittel zur Schaffung einer Gemeinschaft aller europäischen Völker werden, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen zerrissen waren.“

Wenn wir daran denken, wie schwer es während der vielen Kriege und in ihrer Auswirkung auch jeweils lange nach dem Kriege gewesen ist, offen die Stimme für den Ausgleich, für die Vernunft, für die Völkerverständigung zu erheben, dann dürfen wir uns der Tatsache freuen, daß es nach dem verhängnisvollen zweiten Weltkrieg möglich wird, die Verständigung zu verwirklichen.

Wenn die Sozialdemokraten Deutschlands und Frankreichs und die Sozialdemokraten der europäischen Gemeinschaft aus Erfahrungen mit Nachdruck betonen, daß es zur wirklichen Völkerverständigung notwendig sei, jede Art von Nationalismus zu überwinden, und daß deshalb auch jede wie immer geartete Hegemonie ungeeignet und gefährlich ist, so haben sie damit den Finger an Wunden gelegt, von denen zu reden sein wird. Nur dann, wenn die Aussöhnung des deutschen und des französischen Volkes als Mittel zum Zweck der Schaffung einer europäischen Gemeinschaft dient, können wir selbst und mit uns die anderen Völker sicher sein, daß die Stufen zu den Vereinigten Staaten von Europa und damit entscheidende Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens bauen.

In der gemeinsamen Erklärung, die Bundeskanzler Adenauer und Präsident de Gaulle am 22. Januar unterzeichnet haben, begründen sie den Vertrag auch aus der Erkenntnis heraus, daß die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern einen unerlässlichen Schritt auf dem Wege zu den Vereinigten Staaten von Europa bedeutet, welches das Ziel beider Völker ist. Der Bundeskanzler hat diesen Satz heute auch hier noch einmal selbst ausgesprochen.

Bedeutende Politiker unseres Volkes haben das Problem der deutsch-französischen Aussöhnung und Freundschaft immer im größeren Zusammenhang gesehen, nämlich im europäischen Zusammenhang und auch darüber hinaus.

Da gab es im Deutschen Reichstag Leute, die haben sich so benommen, daß ihnen der französische Konsul in Wien schrieb — was sie sehr bloßgestellt hat —: „Frankreich begrüßt Sie und dankt Ihnen, denn es erblickt in Ihnen die Zukunft Deutschlands und die Hoffnung auf eine Versöhnung zwischen den beiden Völkern.“

(Beitrag bei der SPD)

Von Hilferding als notwendig erkannt

Aber das Wesentliche ist — und der Herr Bundeskanzler hatte ja noch einen anderen Namen aus der Vergangenheit in dieser besonderen Beleuchtung deutsch-französischer Rivalitäten, schrecklicher Erfahrungen und Verkrampfungen erwähnt, auf den zu sprechen zu kommen in diesem Zusammenhang eine Ehre ist —, daß Männer der deutschen Politik, die sich mit dieser schrecklichen Sache



Abg. Herbert Wehner (SPD), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen

des deutsch-französischen Verhältnisses ernsthaft befaßt haben, sich durchgerungen haben oder von vornherein der Überzeugung waren, daß es sich um eine Aussöhnung der beiden und nicht etwa nur um irgendwelche formalen Abschlüsse von Abkommen oder Verträgen — damals zwischen den Dynastien und später zwischen den anderen Regierungen — handeln müsse. Sie haben es immer in einem größeren Zusammenhang gesehen. Immer! Und das möchte ich gern noch ein wenig belegen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat 1925 auf ihrem Heidelberger Parteitag be-

schlossen, sie trete ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Dr. Dr. h. c. Dresbach (CDU/CSU): Herr Wehner, weshalb überspringen Sie das Jahr 1914, wo die Sozialdemokratische Partei die Kriegskredite bewilligt hat?

(Ohl-Rule von der SPD)

Wehner (SPD): Manchmal hat man ja guten Grund, sich über Ihre Intervention zu freuen, Herr Kollege. Aber manchmal denkt man eben auch menschlich. Das Jahr 1914 kommt noch, wenn es darauf ankommt.

(Abg. Dr. Dr. h. c. Dresbach: Sie waren aber eben schon bei 1925!)

Hier geht es um die Beurteilung der Lehren des ersten Weltkrieges mit dem, was Hilferding sagte. Hilferding hat damals in seiner Rede zu dem Beschluß, bei dessen Zitat ich eben unterbrochen worden bin, erklärt:

Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Wirtschaftsgebiet, das sich im Konkurrenzkampf gegen die Vereinigten Staaten Amerikas abschließt. Wir wollen die Vereinigten Staaten Europas nicht als ein Ausschlußmittel etwa gegen England oder gegen Rußland, sondern wir wollen die Vereinigten Staaten Europas, damit die großen Probleme der Wirtschaft, die großen Probleme der auswärtigen Politik gelöst werden können.

Er hat dann politisch erläuternd in seiner Art und in seiner Sprache gesagt:

Vielleicht war die allerletzte Ursache des Weltkrieges

— gemeint ist der erste Weltkrieg — doch der Umstand, daß die ungeheuer angewachsenen Produktivkräfte, die längst den einzelnen Bourgeois über den Kopf gewachsen waren, gegen die überkommenen nationalen Staatsgrenzen, die der wirtschaftlichen Stufe der Entwicklung nicht mehr entsprachen, rebellierten. Wir wollen

— so sagte er —

eine Lösung des europäischen Staatsproblems, weil wir den Prozeß des Erwachens der geschichtslosen Nationen allerdings auch bis zu einem gewissen Grade zu beeinflussen, zu überwinden oder zu lenken haben, damit dieser Prozeß sich nicht wieder in einer katastrophalen, in einer kriegerischen Weise vollzieht, die heute bei der Entwicklung der Kriegstechnik die ganze europäische Zivilisation dem Untergang aussetzen würde.

Er fügte hinzu:

Wir wünschen diesen Prozeß durch eine einseitige Politik der vereinigten europäischen Staaten zu fördern, die jede Unterdrückung anderer Nationen, jede Unterdrückung der Kolonialvölker und die Zerstörung ihrer Kultur, ihres Rechts ablehnt. Das ist der große Gesichtspunkt unserer auswärtigen Politik, der unmittelbar unsere sozialistischen Überzeugungen entspringt.

Ich fand das bewegend und erregend, weil das die Worte eines Mannes sind, der mit seinem Leben ein Opfer der braunen Diktatur gewor-

Rückfall in überholte Vorstellungen

länger — das muß er selber wissen — übersehen, daß es sich hier um Interessen, um Fragen, um Problemkreise handelt, die nach den Methoden, die in den Verträgen festgelegt sind, regelbar geworden sind.

Dieses gelegentliche und leider in der letzten Zeit immer wieder beharrlich vorgekommene Zurückfallen in solche Interessenausdrücke hat auch in Ländern, die auf uns blicken, die sich überzeugen lassen, daß auch sie eigentlich zur Gemeinschaft gehören — ich denke da an eine Reihe von Nachbarländern —, Aufsehen erregt. Ich werde lange nicht vergessen, wie ein mir besonders sympathischer, politisch sonst gar nicht nahestehender Diplomat, der zu den ältesten hier in Bonn gehört, mir einmal in diesem Zusammenhang die Frage stellte: „Wie kommt das eigentlich, können Sie mir das erklären? Früher gab es von Bonn amtlicherseits immer wirkliche Impulse zur europäischen Einigung. Seit einer gewissen Zeit ist das anders.“ Ich habe ihm zu meinem Leidwesen sagen müssen: „Das ist tatsächlich seit einer gewissen Zeit anders, und das hat Ursachen.“

Man kommt in eine schwierige Lage, weil die Partner und die die uns beobachtet, sich zeitweise sogar eine Theorie zurechtgelegt haben, warum es so sei. Sie sagen: „Ja, ja, solange die Bundesrepublik Deutschland noch in einer Situation war, in der sie sich sozusagen unter dem Souveränitätspegel der anderen befand, da konnte sie gut über die Übertragung von Souveränitätsrechten reden; da hatte sie ja noch etwas mit zu gewinnen. Aber nun —!“ Ich möchte, daß dieses Mißverständnis der Haltung der Bundesregierung und solcher in ihr, die um die europäische Zusammenarbeit Verdienste haben, ausgeräumt werden kann.

Majonica (CDU/CSU): Herr Kollege Wehner, sind Sie nicht der Meinung, daß der Plan, den der deutsche Außenminister in Brüssel auf der 100. Tagung des Ministerrates der EWG vorgelegt hat, eine neue und eine sehr positive Initiative in der Europapolitik gewesen ist?

Wehner (SPD): Warum haben Sie, Herr

den ist und den Versuch gemacht hat, das zu tun, woran hier der Bundeskanzler heute erinnert hat: daß, wenn das gelungen wäre, bei den Völkern diese Diktatur und das, was ihr folgte, hätte erspart werden können.

(Beitrag bei der SPD)

Aber es war ein Mann, der sich damals in dieser Vision dessen, was notwendig wäre aus den Gründen, die er in seiner Sprache darlegte, besann und sagte:

Es ist, wie wenn wir eine Gipfelwanderung vorhaben und den Marsch beghnen; dann sehen wir die Spitze vor uns, scheinbar zum Greifen nahe, scheinbar mühelos zu erobern. Dann beginnt der Marsch durch das Vorgebäude. Bald schwindet uns die Aussicht. Wir marschieren. Unser Weg dauert viel länger, als wir gedacht haben. Plötzlich treten wir aus dem Wald heraus, und das Vorgebäude ist überwunden. Vor uns erhebt sich das steile Bergmassiv, steil und unwegsam auf dem ersten Blick, und da wollen wir einen Moment lang verzagen. Doch dann sagen wir uns: wir sind nähergekommen, wir haben die Vorbereitungszeit hinter uns, jetzt geht es zum Aufstieg, wir müssen hinauf.

Es ist tragisch. Er und andere mußten damals, meine lächelnden Herren, noch tiefer herunter. Sie wollten das „Hinauf“ für alle, für die beiden Völker, für Europa. Sie mußten tief herunter. Aber es ist tröstlich: wir haben Ihre Zuversicht in unseren Herzen. Das wollte ich bei dieser Gelegenheit in Erinnerung an die, die für die Vereinigung Europas nicht nur gesprochen haben, sondern auch Opfer geworden sind, hier sagen dürfen.

Von Stresemann schon 1926 ausgesprochen

Nun ein Wort zu Gustav Stresemann, weil er ebenfalls zu denen gehört hat, die in dem Bewußtsein von der unerhörten Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses dieses Verhältnis immer in seinen Zusammenhängen gesehen hat. Er sagte:

Ich betrachte die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland als die Kernfrage der europäischen Verständigung. Aber diese Frage kann man nicht mit irgendeiner Aggression gegenüber anderen Mächten lösen. Ich habe infolgedessen auch bei der großen wirtschaftlichen Abmachung, die hier zustande gekommen ist,

— er meinte das deutsch-französisch-belgische Stahl- und Eisenabkommen —

immer betont, daß, soweit eine Mitwirkung der deutschen Regierung in Frage kam, es falsch wäre, wirtschaftliche Trübsal zu schaffen, die ihre Spitze hätten, sei es gegen ein anderes europäisches Land, sei es gegen die Vereinigten Staaten von Amerika.

Und so weit ging er damals:

Ich glaube, daß die französische öffentliche Meinung im Sinne Frankreichs nicht gut daran getan hat, diejenige Schärfe gegen Amerika zu zeigen, die in den letzten Jahren zum Ausdruck gekommen ist.

So Stresemann 1926!

Die ganze Frage des Wiederaufbaus Europas — so schärfte er ein — ist ja ohne Amerika nicht zu lösen.

Und kurz danach:

Die ganze Frage ist keine Frage der Divergenz zwischen Paris und London.

Im Geiste Bebel's und Liebknecht's

Der Herr Bundeskanzler hat hier den Namen August Bebel erwähnt. Das hat mich erinnert an eine Szene, die wir in Paris vor einer Reihe von Jahren erlebt haben, als wir im Streit um das Saar-Abkommen waren. Der Bundeskanzler wirkte mit einem Teil seiner Equipe in Paris und wollte damals auch Vertreter des Parlaments zu einer Konsultation dort haben. Da war am Rande auch Gelegenheit — und der Bundeskanzler kam von selber drauf — in diesen Zusammenhängen über Bebel zu sprechen. Ich freue mich, daß das nicht einmalig war.

(Abg. Dr. Stollenberg [CDU]: Wir sind doch im Jubiläumsjahr!)

— Das sitzt beim Bundeskanzler tiefer; soweit kenne ich ihn.

(Heiterkeit)

Fragen Sie einmal Herrn von Merkatz, Er wird Ihnen erklären, wie er einmal damit abgefunden ist, als er glaubte, man könne einseitig Bismarck feiern, und der Bundeskanzler ihn belehrte: dann muß man aber auch usw.

(Allseitige Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Er hatte dafür gute Gründe. Das war kein Trick. Der Bundeskanzler ist ein trickerfahrener Mann, aber hier waren geschichtliche Erwägungen.

(Erneute Heiterkeit. — Abg. Dr. Schmid [SPD, Frankfurt]: Bebel war Kölner!)

Der Ausgang des siebzehnten Krieges, — so hat August Bebel damals geschrieben, und er hat extra geschrieben: —

die Annexion von Elsaß-Lothringen, hat Deutschland und Frankreich aufs tiefste verfeindet, und diese Feindschaft nutzt das eroberungssüchtige Rußland aus, um allgehegte Pläne — zunächst im Orient — in seinem Interesse bei erster Gelegenheit zu verwirklichen. Deutschland,

— so Bebel in der Sprache der damaligen Zeit —

die Gefahr erkennend, aber in seinen Regierungen und herrschenden Klassen nicht geneigt, eine Aussöhnung mit Frankreich herbeizuführen, suchte und fand in Österreich und Italien Bundesgenossen, und so stehen sich Zweibund und Dreibund als Feinde gegenüber. Und so ist es gekommen, daß heute ganz Europa in Waffen und Rüstungen starrt.

Ich rufe das deshalb in Erinnerung, weil

Bebel immerhin einer der beiden Abgeordneten war — der andere war Wilhelm Liebknecht —, die im Jahre 1870 im Reichstag in einer Resolution, die sie einbrachten — das Recht, darüber frei zu sprechen, bekamen sie damals nicht —, in einer Resolution, die sie verlesen durften, erklärten, daß ja nach den eigenen Erklärungen des Königs von Preußen in der Thronrede und in der Proklamation an das französische Volk der Krieg deutschseits nur ein Verteidigungskrieg und kein Krieg gegen das französische Volk sein sollte und dennoch als Krieg geführt werde gegen das französische Volk, nicht ein Verteidigungskrieg, sondern ein Eroberungskrieg, nicht ein Krieg für die Unabhängigkeit Deutschlands, sondern ein Krieg für die Unterdrückung der ersten Zitat aus der Thronrede — weil es immer gut ist — auch in den Worten selbst Antipoden zu sprechen, wenn es gerade mal so paßt —

(Heiterkeit)

daran, daß diese edle französische Nation doch berufen sei, die Segnungen christlicher Gesittung und steigenden Wohlstands gleichmäßig zu genießen, zu einem heilsameren Wettkampf als zu dem blutigen Wettkampf der Waffen.

Bebel und Liebknecht haben damals im Reichstag beantragt, er solle beschließen, die verlangte Geldbewilligung für die Kriegführung abzulehnen und den Bundeskanzler — damals hieß er noch Bundeskanzler und nicht Reichskanzler — zu ersuchen, dahin zu wirken, daß er Verzichtleistung auf jede Annexion französischer Gebiete mit der französischen Republik schleunigst Frieden geschlossen werde.

Langer Rede kurzer Sinn — den Anstoß, die Ermutung, das so lange zu machen, hat mir die Erwähnung von Bebel durch den Bundeskanzler gegeben —. Damals wurden sie dafür geschmäht, daß der französische Konsul in Wien — ein Mann, der glaubte, man könne in einem Schreiben den beiden den Dank der französischen Nation aussprechen, und das auch noch veröffentlichte, wofür sie sich dann politisch und sogar gerichtlich zu verantworten hatten — sich so äußern konnte. — So war es in der Geschichte. Ich bitte um Entschuldigung: hier redet man immer in Formeln von hundert- und tausendjähriger Rivalität; das waren solche Dinge!

(Beifall bei der SPD)

Nach diesem Rückblick, meine Damen und Herren, der in diese große Schau, mit der auch der Bundeskanzler den Vertrag eingebracht hat, gehört, hin zu den Fragen, die mit ihm zusammenhängen, und auch zu den Problemen! Wenn im Grunde genommen Überwindung angenommen werden kann in der Würdigung der deutsch-französischen Verständigung und wenn angenommen werden darf, daß diese Verständigung der Vereinigung Europas dienen soll, so erhebt sich die Frage nach der Auswirkung des Vertrages und nach den Umständen seines Zustandekommens in bezug auf die schon bestehenden Verträge und die aus ihnen entwickelten europäischen Gemeinschaften. Im Unterschied zu allem, was von Generationen vor uns versucht worden ist, zur deutsch-französischen Verständigung, zum europäischen Zusammenschluß zu kommen, haben wir es nun nach dem zweiten Weltkrieg ja mit bestehenden europäischen Gemeinschaften zu tun. Dort also haben wir etwas, mit dem gerechnet und das behutsam behandelt werden muß.

Ich greife jetzt auf einen, der unvergleichliche Verdienste im Aufbau der europäischen Gemeinschaften hat — es ist ein großer Franzose — auf Jean Monnet, der nach den Erfahrungen zweier Weltkriege gesagt hat:

Es handelt sich heute nicht mehr um eine bloße Summierung der nationalen Interessen, sondern darum, die Probleme von nun an als gemeinsame Probleme zu betrachten, die nationalen Interessen allmählich in einer einzigen europäischen wirtschaftlichen Einheit zu verschmelzen und dabei die gleichen Regeln und die gleichen Institutionen entsprechend den Grundsätzen der europäischen Gemeinschaften anzuerkennen.

Das sagt Jean Monnet. Ich glaube, man darf sagen, das ist eine neue Methode des gemeinschaftlichen Handelns, von den sechs Ländern der Gemeinschaften seit 1950 mit der Verpflichtung angenommen, ihre Wirtschaftsprobleme als gemeinsame europäische Probleme und nicht, wie in der Vergangenheit, als innerstaatliche Probleme zu behandeln.

Es wäre ungerade, wollte man sagen: erst mit dem 14. Januar, jener Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten, die im Zusammenhang mit Brüssel noch lange unvergessen bleiben wird, hätte man sich manchmal auch an sehr verantwortlicher und hervorgehobener Stelle wieder nach rückwärts gewandt. Diese Probleme sind eigentlich seit der Existenz der Gemeinschaft als gemeinschaftliche zu behandeln, nach beschlossenen und zum Vertrag gewordenen Regeln und mit Hilfe von lebendigen, von existierenden, von tätigen Institutionen, was es zum erstenmal in der für uns überschaubaren Geschichte zwischenstaatlicher Beziehungen gibt. Es wäre ungerade zu sagen, erst am 14. Januar sei das geschehen; es ist manchmal auch schon vorher passiert. Ich habe z. B. den Herrn Bundeskanzler — im Herbst letzten Jahres war es wohl — einmal öffentlich darauf aufmerksam gemacht, daß er in einem Brief, den er damals an den Hamburger Bürgermeister Nevermann geschrieben hat, auch von deutschen Interessen gesprochen hat; er hat sie dann erklärt als Textil, Kohle, Landwirtschaft, wobei ich ihm natürlich zugute halte, daß das Interessen sind, die er wahrzunehmen hat. Nur hat er dabei für den Augenblick oder für



Ahmadou Ahidjo, Präsident der Bundesrepublik Kamerun, stattierte mit seiner Gattin und führenden Persönlichkeiten seines Landes der Bundesrepublik Deutschland einen Staatsbesuch ab und bekräftigte in Gesprächen mit dem Bundespräsidenten (Bild) und dem Bundeskanzler den Wunsch nach einer vertieften Zusammenarbeit der beiden geschichtlich verbundenen Länder.

Die Befürchtungen Professor Hallsteins für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Meine Damen und Herren, ich muß hier einen Mann zitieren, mit dem wir jahrelang, weil er unser erklärter innenpolitischer Gegner war und wohl auch noch ist, Florett und Degen — bildlich gesprochen — gekreuzt haben: ich meine den Präsidenten der Europäischen Wirtschaftskommission. Wenn Sie von Krise sprechen, Verehrte, und wenn Sie davon sprechen, sie sei überwunden, dann müssen Sie das, was tatsächlich im Gewebe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft angeordnet worden ist, wirklich unter die Lupe nehmen, nicht um peinliche Entdeckungen zu machen, sondern um zu prüfen: gibt es — und wo sind sie, wenn es sie gibt — Ansätze zu einer Überwindung dieser Krise?

Der Präsident der Europäischen Kommission hat im Europäischen Parlament erklärt, daß so wenig wie irgend jemand der Kommission die Bedeutung der politischen Grundtatsache verkenne, die durch diesen Vertrag, über den

wir heute hier reden, bekräftigt werden soll: der durch Robert Schuman und Konrad Adenauer inaugurierten deutsch-französischen Aussöhnung. Er setzt hinzu:

Diese Tatsache ist nicht nur von unermeßlichem Segen für den Frieden Europas, für den Frieden der Welt; es ist auch außer Zweifel, daß ohne sie alle Bemühungen um eine vorbehaltlose und dauerhafte Einigung Europas ein eitles Unterfangen sein würden. Wie haben ferner keinerlei Grund, in der unglücklichen zeitlichen Koinzidenz zwischen Vertragsabschluß und Unterbrechung der britischen Verhandlungen, jener Koinzidenz, die das Urteil über den Vertrag weithin bestimmt hat, das Indiz eines verabschiedeten Planes zu sehen.

— so Hallstein —

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bundesminister Dr. Schröder:

(Fortsetzung von Seite 5)

mancher Beziehung ein Rudiment. Er ist das übriggebliebene aus einem Bogen, der ursprünglich ein gutes Stück weiter gespannt war und der im übrigen auf einer französischen Initiative beruht, nämlich auf der Initiative, die die französische Regierung hier in Godesberg im Juli 1961 mit dem Vorschlag zu einer politischen Union ergriffen hat. Ich will jetzt nicht mehr den Leidensweg dieses Vertragsentwurfes nachzeichnen. Aber wenn man die Motive und die Gesamtstellung seines Unterliegens, würdigen will, dann muß man daran denken, daß dieser Partner ein wesentliches und das gesamte Konzept vorgelegt hat und daß dieses Konzept — und das ist in meinen Augen weder die französische noch die deutsche Schuld gewesen — schließlich zunächst nur in dem deutsch-französischen Vertrag realisierbar war.

Das bringt mich nun zu einer, wie ich glaube, befriedigenden Antwort auf die Frage nach weiteren zweiseitigen Geflechten. Wir brauchen eben wieder denselben Ausweitungsschritt nach draußen und brauchen den Fortschritt in der Richtung auf die politische Union. Ich glaube, das ist die exakteste Antwort, die man auf diese Frage geben kann.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Haben volle Entscheidungsfreiheit

Nun kommt der nächste Punkt: praktische Auswirkungen dieses Vertrages etwa auf die deutsche auswärtige Politik. Hier ist ein großer Bereich außer Betracht geblieben — entweder habe ich nicht richtig gehört, oder er ist mit Absicht ausgespart worden —, der eigentliche militärische Bereich — zu diesem eigentlichen militärischen Bereich wäre sehr viel zu sagen gewesen.

Ich bleibe bei dem Bereich der europäischen Entwicklung. Ich habe vorhin mit vollem Bedacht gesagt: Wir sind nicht auf ganz bestimmte Ziele, die hier, sagen wir einmal abgekürzt, Auffassungen, Meinungen und Ziele de Gaulles genannt worden sind, festgelegt, sondern wir haben die volle Freiheit, die Politik zu entwickeln, von der jedermann weiß, daß sie unsere Politik ist. Wir sind freilich und gern eine gegenseitige Verpflichtung eingegangen, uns über alle konkreten wichtigen Fragen als Freunde miteinander zu besprechen. Wir glauben, daß wir in der Tat auf diese Weise auch den besten und entscheidendsten Beitrag dazu leisten können, daß ein großes Werk, das ins Stocken gekommen ist — ich spreche jetzt von der politischen Union —, wieder neu aktiviert werden kann. Daß das ein langer und schwieriger Weg sein wird, weiß jeder, der die Dinge etwas genauer kennt. Aber der Vertrag bietet dafür die Ausgangsbasis. Denn er formuliert als einziges Ziel das vereinte Europa.

Grundlage zum Interessenausgleich

Der Herr Kollege Wehner hat sich mit den aktuellen Fragen in Brüssel beschäftigt und mir dabei das Wort von dem Mönchlein, das einen schweren Gang geht, zugeführt. Weil ich weiß, daß das kein ganz leichter Gang ist, habe ich auch schon heute morgen im Auswärtigen Ausschuss an alle Teile des Hauses appelliert, mich dabei möglichst nachdrücklich zu unterstützen.

(Sehr richtig bei der CDU/CSU)

Sicherlich ist nicht das, was man eine Krise in Brüssel genannt hat, inzwischen behoben, und auch der erwähnte deutsche Vorstoß besetzt ja noch nicht ohne weiteres vorhandene starke Schwierigkeiten. Aber, Herr Kollege Wehner, in Ihrer Rede fiel mir doch auf, daß Sie so ein bißchen herabsetzend — wenn Sie den Ausdruck nicht übernehme — die Interessen und die deutschen Interessen in das Spiel gebracht haben, ohne genügend deutlich zu machen, daß die Wahrnehmung dieser Interessen nicht nur unsere legitime Aufgabe ist, sondern daß es in der Tat gerade darum geht, bei diesem Wachstumsprozeß Interessen zusammenzuliegen und zusammenzubringen und auszugleichen. Denn was geschieht hier? Das Wort „Nation“ ist in diesem Zusammenhang nach meiner Meinung keineswegs anstößig, sondern hier geht es darum, daß sich Nationen — und einstweilen sind es alles noch Nationen — zusammenfinden sollen. Das tun die Völker nicht einfach aus einem spontanen Entschluß heraus, solange sie noch sehr differenziert in der Struktur der Wirtschaft, der Gesellschaft usw. sind. Das braucht einen längeren Prozeß des Sich-einander-Anpassens. Jede Politik wäre doch ungeheuer töricht, die nicht genau sähe, welche Interessen dabei mit welchen anderen Interessen harmonisiert werden müssen. Das ist die entscheidende und die schwierigste Aufgabe.

Wir Deutschen sind für eine weltweite, weltweite Haltung der EWG nach draußen, wir sind für eine den Weltmarkt möglichst begünstigende Außenhandelspolitik. Wir wissen sehr genau, daß das nicht einfach durch einen spontanen Akt innerhalb der EWG zustande kommen wird, sondern daß nach Meinung einzelner Partner innerhalb der EWG noch sehr viele Probleme gelöst werden müssen, bevor man nach außen gerichtete Entschlüsse fassen kann. Ich will das Hauptproblem ruhig nennen.

Unser politischer Kurs unberührt

Nun ist die Frage: Ist all das, was man als die Ziele der deutschen Politik bezeichnet, in dem Vertrag als solchem genügend berücksichtigt, genügend zum Ausdruck gekommen? Ich habe schon einiges gesagt, daß es nach meiner Meinung nicht irgendein Ziel der deutschen Politik gibt, das durch diesen Vertrag blockiert oder verändert oder verhindert würde, sondern ich glaube, daß wir in vollem Umfang das Fortsetzen können und werden, was bisher der Grundriß unserer auswärtigen Politik gewesen ist.

Der Beschluß des Bundesrats ist nach meiner Meinung durchaus geeignet, von dem Bundestag in ähnlicher Weise aufgenommen zu werden. Die Bundesregierung hat den nach meiner Meinung sehr guten Formulierungen des Bundesrats ausdrücklich durch einen Kabinettsbeschluß zugestimmt. Es sollte möglich sein, darüber in dem Auswärtigen Ausschuss relativ schnell zu einer Einigung zu kommen.

Der Herr Kollege Mende hat ganz mit Recht gesagt: Wenn jetzt von großer Eile und Eilgedränge gesprochen wird, muß man ein solches Argument etwas ins richtige Licht setzen. Dieser Text ist drei Monate uralt und ist bekannt. Über ihn haben zahlreiche Konferenzen und Besprechungen stattgefunden. Hier gibt es keine Geheimnisse mehr, die etwa nur —

(Abg. Wehner: Zuständigkeit des Parlaments und seiner Ausschüsse)

SPD: Europas Einigung nur über die Gemeinschaften!

Birkelbach (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Minister hat festgestellt, daß in dem vorliegenden Vertragsentwurf vier Grundgedanken enthalten seien. Er hat sie genannt: der Gedanke der Versöhnung, der Gedanke der gegenseitigen Beziehungen und der Gedanke der Verstärkung der Zusammenarbeit. Wir können dem wohl zustimmen. Aber die Tatsache, daß sich solche Gedanken in diesem Vertrag finden, besagt allein noch nichts. Dieser Vertrag wird ja jetzt nicht geschlossen, ohne daß vorher schon etwas bestünde. Es ist schon etwas da, und dort kommt das zum Tragen, was Herr Präsident Hallstein mit dem „fremden Gewicht“ bezeichnet hat. Es ist sicher richtig, wenn sich unsere Debatte ein wenig stark auf diesen Gedanken konzentriert, nicht auf die Einzelheiten des Vertrages, sondern auf den Gedanken: welche Möglichkeiten der Beeinträchtigung der Gemeinschaften, welche Gefährdungen sind unter Umständen darin enthalten? Gerade das ist das zentrale Thema.

Es gibt noch eine ganze Reihe von Problemen, Herr Minister, die noch nirgendwo so richtig deutlich geworden sind. In dem Vertrag gibt es einige Bestimmungen, die die Regierung ermächtigen, bestimmte Anpassungen vorzunehmen. Auch andere Erläuterungen sind in diesem Vertragstext enthalten. Darüber müssen wir sicher noch sehr intensiv beraten, um zu wissen, wie groß die Tragweite ist, was dahintersteht.

Nur Verfahrensregelung?

Aber hier und heute war es unsere Absicht, doch ein wenig näher zu untersuchen, ob Ihre Darstellung, die Sie verschiedentlich gegeben und die Sie auch hier erwähnt haben, richtig ist, nämlich daß es sich mehr oder weniger um eine reine Verfahrensregelung, um die Festlegung eines Konsultationsmechanismus handele, und daß es keine materiellen Vorverpflichtungen für irgendeine besondere Grundlinie gemeinsamer Politik gebe, die über das Streben nach den Vereinigten Staaten von Europa oder nach der europäischen Einigung hinausgehe. Sicher lohnt es sich, näher zu untersuchen, was das heißt: „Verfahrensregeln“, vor allen Dingen, wenn dabei dann doch im Vertrag das Wort von dem Streben nach einer gleichgerichteten Haltung der beiden Regierungen zu finden ist. Ich will hier ganz klar sagen: während Sie davon sprechen, Herr Minister, daß diese Zusammenarbeit, dieses „Zusammen-sich-Beraten“ praktisch eine normale Form gegenseitiger Unterrichtung, gegenseitiger Vorbereitung auf Entscheidungen und so etwas darstelle, gehen wir davon aus, daß diese Vorbereitungen und diese Unterrichtungen in erster Linie und mit Nachdruck im Rahmen der bestehenden Gemeinschaften sich vollziehen sollen.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt sollten wir wissen, was auch Gewöhnung, was Ge-

EWG-Vertrag hat Verfassungscharakter

Der Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zum Beispiel gründet sich in erster Linie auf Regeln, Institutionen und Verfahren, und die Verfahrensregeln der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sind nach unserer Auffassung nicht zu verstehen als eine Nebensache, als eine bloße Ergänzungsbestimmung zum materiellen Text, sondern sie haben den Charakter und das Gewicht von Verfassungsbestimmungen. Wir möchten deswegen nicht die Gewichte verschieben lassen. Wir legen großen Wert darauf, daß die Vorschriften, die in dem Vertrag

nen. Zwischen den Franzosen und uns — um nur einmal diese beiden Beteiligten zu nennen — gibt es eine Meinungsverschiedenheit darüber, ob das Tempo der gemeinsamen Agrarpolitik zu schnell oder zu langsam war. Ich habe in Brüssel am 2. April ausgeführt, daß das Tempo nach unserer Meinung etwas überhastet gewesen ist, daß es aber andere Sektoren gibt, die zurückgeblieben sind. Je mehr und tiefer ich in die zurückgebliebenen hineinsehe, muß ich sagen: es hat gar keinen Zweck, die Augen vor der gestellten Aufgabe zu verschließen. Das ist eine sehr, sehr schwierige Aufgabe, und es wird sehr viel guten Willens auf allen Seiten unserer Partner bedürfen, bis wir hier zu Regelungen kommen, die von allen als befriedigend empfunden werden können. Denn was nutzen mir die großartigsten Konzeptionen auf diesem Gebiet, wenn dabei, weil die Interessen von wesentlichen Teilen etwa der einen Nation verletzt wurden, diese wesentlichen Teile einer Nation nicht mitgehen und nicht bereit sind, die Beschlüsse zu fassen, die da gefaßt werden müßten.

Insoweit hängen natürlich innere Entwicklung und äußere Haltung der EWG eng zusammen; was eben durch ein sehr gutes und vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis mit Frankreich, wie wir glauben, leichter behandelt werden kann, als wenn wir nicht diesen sehr feierlichen vertraglichen Appell an die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten hätten.

— Da wird es ja hingehen, Herr Kollege Wehner.

(Abg. Wehner: Und deswegen braucht man wohl auch eine gewisse Zeit!)

— Die Zuständigkeit bestreitet niemand. Aber Sie wissen und Sie nehmen es mir sicher nicht übel, wenn ich sage, daß Ihre Rede doch ein Beweis dafür ist, daß alle geistige Vorarbeit, die erforderlich ist, um in dem Ausschuss zu einem klaren politischen Votum zu kommen, inzwischen geleistet worden ist.

Ich freue mich, daß ich auf der ganz klaren Aussage eines Ihrer prominentesten Vertreter fußen kann, der Vertrag werde im Bundestag mit überwältigender Mehrheit angenommen werden. Ich halte das für eine richtige Voraussetzung, selbst wenn es heute noch nicht in allen Punkten so ausgesehen haben mag.

Der General de Gaulle selbst hat etwas nach meiner Meinung ganz Richtiges gesagt. Er hat nämlich erklärt: Wichtig ist der Versuch, dieses oder jenes Stückchen eines solchen Vertrages zu sezieren, ist die tatsächliche Zusammenarbeit.

(Zustimmung bei den Regierungsparteien) Darauf kommt es an, meine Damen und Herren, und dazu sind wir bereit.

(Beifall bei den Regierungsparteien) Vizepräsident Schoettle: Das Wort hat der Abgeordnete Birkelbach. (Sitze oben.)

wohnheit bedeuten kann. Nehmen Sie einmal an, Sie haben Ihren Beamtensatz so weit gebracht, daß man sich über die Grenzen hinweg zusagen kann ohne Worte versteht, daß mit einem kleinen Wink, mit einem kleinen Blick dieses und jenes arrangiert wird, dann werden Sie in den Beratungen des Komitees, des Ministerrats, der Fachministerate usw. die Feststellung machen, daß es da tatsächlich so etwas wie eine gemeinsame Verabredung geben kann, die die Verantwortlichen vielleicht gar nicht gleich entdecken und wollen, eine Verabredung derjenigen nämlich, die auch ihren Ressortpartikularismus verteidigen, die in einer bestimmten Weise, nachdem schon so viele prominente Beamte in die europäischen Gemeinschaften übertreten sind,



Abg. Willi Birkelbach, Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

nun zum Ausdruck bringen: Aber jetzt halten wir einmal bei uns in unserem nationalen Bereich jeweils alles das fest, was nur irgendwie festzuhalten ist. Diese Tendenz wird verstärkt, wenn man weiß, man hat da immer einen Partner, und der Partner wird dann, zunächst in kleineren Fragen, später vielleicht auch in größeren Fragen, einfach eine Art stillschweigender Abkommen einhalten, das in die Richtung geht: Ich stimme nicht gegen dich, du stimmst in einer anderen Frage nicht gegen mich! Damit ist der ganze Mechanismus, ist alles das geläutert.

Niemand unterstellt, daß das heute die Absicht ist. Aber es gibt dabei doch einige Gesichtspunkte, die nach meiner Auffassung noch deutlicher erörtert werden müssen.

zum Beispiel lauten: „Der Rat kann einstimmig beschließen auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des Parlaments“, die Bestimmungen, in denen klar wird, wie und in welchen Etappen sich die Mehrheitsbildung vollziehen kann, und alles das als Teil von Verfassungsbestimmungen gewertet werden, um auf diese Art und Weise sicherzustellen, daß wir nicht durch kleine Verschiebungen nachher eine Aushöhlung alles dessen feststellen müssen, was bis heute überhaupt gewachsen ist.

Entweder Integration — oder Dekomposition

Ich möchte zu den Ausführungen von Herrn Mende noch eine kleine Anmerkung machen. Die Anstrengungen, die die Sozialdemokraten in den europäischen Gemeinschaften seit ihrer Gründung unternommen haben, um einen

FDP: Den Argwohn der Partnerländer ausräumen

Margulies (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die besondere Bedeutung dieses Vertrages ist bereits so ausführlich gewürdigt worden, daß ich dazu nichts mehr zu sagen brauche. Wir haben in den Wochen der Diskussion Gelegenheit gehabt, bei den Partnerstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft die entstandenen Mißverständnisse in direktem Gespräch auszuräumen und darauf hinzuweisen, daß dieser deutsch-französische Vertrag als ein deutsches und auch französisches Anliegen verstanden werden muß, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen.

Aber ich habe um das Wort gebeten, um noch einmal einen Punkt zu unterstreichen, den Herr Dr. Mende schon vorgetragen, den auch Herr Birkelbach berührt und von dem Herr Majonica einen neuen Rechtsatz geprägt hat. Er hat nämlich schlicht festgestellt, daß multilaterale Vereinbarungen bilateralen vorgehen. Ich bin nicht ganz sicher, ob das schon anerkanntes internationales Recht ist.

(Abg. Majonica: Ganz einleuchtend, Herr Margulies!)

Aber wir sind uns, glaube ich, darüber einig, daß wir diesen Wunsch noch einmal nachdrücklich unterstreichen müssen.

Es klingt etwas merkwürdig, wenn wir hier im Vertrag lesen, daß sich die beiden Regierungen in allen wichtigen Fragen der Außenpolitik und in erster Linie in den Fragen von gemeinsamem Interesse vor jeder Entscheidung konsultieren wollen, um so weit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen, und feststellen, daß dann Fragen der Europäischen Gemeinschaft aufgeführt werden. Die Meinungsbildung in der Europäischen Gemeinschaft ist in den Römischen Verträgen ganz anders vorgeschrieben.

(Abg. Metzger (SPD): Sehr richtig, Herr Margulies!)

Es ist eigentlich undenkbar, daß von den sechs Partnerländern zwei über Fragen eine Einigung erzielen und diese dann den anderen etwa oktroyieren. Ich weiß, daß das nicht die Absicht dieses Vertrages ist. Aber der Verdacht ist bei den anderen Mitgliedstaaten entstanden. Ich wäre dankbar — Herr Majonica, ich darf Sie noch einmal ansprechen —, wenn im Auswärtigen Ausschuss bei der Behandlung der Präambel eindeutig klargestellt würde, daß es sich nicht darum handeln kann, irgendjemanden durch eine vorbereitete Entscheidung zu majorisieren, sondern nur darum, daß

positiven Beitrag zur Ausgestaltung dieser Gemeinschaften auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Völker zu leisten, können überhaupt nicht bestritten werden. Wir können uns gar nicht darüber unterhalten, wie die Situation dort war, als wir erst über eine Teilintegration zu befinden hatten, eine Situation, in der die deutsche Frage noch in einem anderen Licht stand. Wenn wir darauf zu sprechen kommen, werden wir in die Vergangenheit gerichtet diskutieren.

Was wir heute diskutieren, ist die Frage: Ist dort etwas entstanden, ist dort etwas geschaffen worden, um das es sich lohnt, zu ringen und aufzupassen, daß das nicht abgeschwächt wird.

(Beifall bei der SPD)

Und da komme ich auch zu Ihrem Argument. Da hat de Gaulle doch so die Idee, ein wenig mehr das Eigenstaatliche zu betonen, die Integration langsamer fortschreiten zu lassen. Herr Dr. Mende, ich stelle Ihnen die Frage: Wie können Sie erwarten, daß eine Gemeinschaft von sechs Nationen zum Beispiel im handelspolitischen Raum handlungsfähig ist und dabei eine liberale Politik durchführt, wenn diese Art der Organisation der Gemeinschaft nicht eine einheitliche Willensbildung sicherstellt?

(Beifall bei der SPD)

Wollen Sie da beim nationalen Veto bleiben, wollen Sie glauben, daß auf diese Art und Weise eine Gemeinschaft überhaupt auch nur überleben kann?

Wenn wir es erleben, daß diese Gemeinschaft bezeichnet würde als die Gemeinschaft der 15 Monate langen Verhandlungen, die am Schluß jeweils zu der Feststellung führen, daß ein Partner nicht mehr mitgeht, wenn sich das auch auf die Handelspolitik usw. überträgt, in dem Augenblick werden wir all unsere Arbeit zuzusagen umsonst getan haben.

Gerade auch unsere Partner draußen haben ein Recht zu wissen, an wen sie sich zu wenden haben. Betrachten Sie Israel und andere derartige Situationen: Dort sagt man, man finde zwar an vielen Stellen den guten Willen, zu Lösungen zu kommen, aber nirgends komme es dann zu Entscheidungen, zu Beschlüssen. Es ist dann für den Dritten außerordentlich gleichgültig, welche Hintergründe, Kräftekonstellationen usw. eine Rolle spielen. Für ihn ist die Feststellung wesentlich, daß er nicht

Eindeutig Europa-Politik betreiben!

Ich muß noch einmal betonen: Wir unterstellen auch der französischen Politik keine in diese Richtung gehende Absicht. Was wir möchten, ist, daß die deutsche Politik in ihrer Praxis, eindeutig und unverrückbar klarstellt, daß wir gerade in der Weiterentwicklung und Ausgestaltung dieser Gemeinschaften den wirklichen Integrationsprozeß, den wir in kleineren Fragen, später vielleicht auch in größeren Fragen, einfach eine Art stillschweigender Abkommen einhalten, das in die Richtung geht: Ich stimme nicht gegen dich, du stimmst in einer anderen Frage nicht gegen mich! Damit ist der ganze Mechanismus, ist alles das geläutert.

Insoweit hängen natürlich innere Entwicklung und äußere Haltung der EWG eng zusammen; was eben durch ein sehr gutes und vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis mit Frankreich, wie wir glauben, leichter behandelt werden kann, als wenn wir nicht diesen sehr feierlichen vertraglichen Appell an die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten hätten.

Insoweit hängen natürlich innere Entwicklung und äußere Haltung der EWG eng zusammen; was eben durch ein sehr gutes und vertrauensvolles und freundschaftliches Verhältnis mit Frankreich, wie wir glauben, leichter behandelt werden kann, als wenn wir nicht diesen sehr feierlichen vertraglichen Appell an die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten hätten.

wir vertragstreue zu den Römischen Verträgen das dortige Verfahren der Meinungsbildung in den Vordergrund stellen und keine Gefahr besteht, daß irgend jemand majorisiert wird.



Abg. Robert Margulies (FDP)

Themenliste für Frankreich-Gespräche

Im übrigen bietet der Vertrag vielleicht auch manche Gelegenheit, mit der französischen Regierung Fragen zu besprechen, die uns allen sehr am Herzen liegen und deren Realisierung bisher am Widerspruch der französischen Regierung gescheitert ist. Ich möchte also den Weihnachtswunschkettel, den Sie, Herr Majonica, hier vorgetragen haben, noch etwas erweitern. Da gibt es noch die Frage der Europäischen Universität, für die wir uns immer sehr eingesetzt und begelstert haben. Wir wissen gar nicht, warum man damit nicht vorankommt. Weiter nenne ich die Frage des gemeinsamen Sitzes der europäischen Organe. Es ist für uns eine ungeheure Erschwerung der Arbeit, daß hierüber immer noch keine Entscheidung ge-

überschauen kann, wie seine wirtschaftlichen Beziehungen in den kommenden Jahren voraussichtlich sein werden.

Aus diesem Grunde sind wir der Meinung, daß diese Form der gemeinschaftlichen Willensbildung, die Untermauerung der Integration, nicht beliebig zurückgedreht werden kann, auf den Weg der sogenannten intergouvernementalen Methoden. Das strebt wahrscheinlich niemand direkt an. Auf der anderen Seite gibt es Redewendungen des französischen Staatspräsidenten in den Pressekonferenzen und auch bei anderen Gelegenheiten, die z. B. lauten: Es handelt sich um die Tätigkeit von den Regierungen unterstellten Spezialorganisationen; es gibt da gewisse mehr oder weniger supranationale Einrichtungen mit ihrem technischen Wert. Das heißt, hier gibt es tatsächlich eine Einstellung zum Gesamtproblem, von der wir wissen, daß sie von dem abweicht, was bisher und nachdrücklich nicht nur unsere Politik, sondern die Gemeinschaftspolitik war.

Wir unterstellen nun nicht, daß das schon eine vollendete Tatsache ist, daß das alles zwangsläufig nur diesen einen Weg nehmen kann. Aber wir möchten sichergestellt wissen, daß die anderen Partner, die hier beteiligt sind, nicht das Vertrauen verlieren, daß der deutsche Beitrag in die Richtung gehen wird, die Gemeinschaften lebensfähig zu halten, die Gemeinschaften zu untermauern.

(Zustimmung bei der SPD)

Wir finden, das es bei dieser Art der Zusammenarbeit gerade in den kleineren Ländern durchaus Gründe gibt, sich ein wenig bedroht zu fühlen, und zwar deswegen, weil die kleineren Nationen bei fortschreitender Integration ohne Zweifel ein noch viel höheres Risiko eingehen als alle anderen Partner. Denn sie werden, wenn es tatsächlich zu einer Art von Hegemonie, zu einer Fehlentwicklung kommen sollte, nicht mehr in der Lage sein, sich zu befreien, um ursprünglichen Stand zurückzukehren. Vielmehr werden sie dann auch wirtschaftlich so gebunden sein, daß sie praktisch nicht mehr als gleichberechtigte Partner in einem demokratischen Europa, in einer Gemeinschaft zusammen mit anderen ihre Souveränitätsrechte ausüben bzw. auf entsprechende Entscheidungen Einfluß nehmen können. Das ist für uns die Kernfrage, um die es geht.

Eindeutig Europa-Politik betreiben!

sondern um die nachhaltig gewollte Politik handelt, auf die wir selber verpflichtet sind.

Wir glauben, es ist deswegen richtig, in Rechnung zu stellen, daß auch der französische Partner in seiner Politik bisher gezeigt hat, wie sehr er Realitäten Rechnung zu tragen weiß. Eine Realität sollte die deutsche Politik auf diesem Gebiet sein, die ihn dazu zwingt, die Dinge so pragmatisch und sich so entwickelnd zu behandeln, daß seine Interessen natürlich auch ins Spiel kommen, daß er weiß, er kann sich nicht von sich aus isolieren, er kann sich hier nicht ohne weiteres herausziehen. Wir wollen die Atmosphäre in keinem Fall sich in einer Weise entwickeln lassen, die es erschweren würde, zu einer solchen Form der Weiterentwicklung zu kommen. Aber das alles geht nur, wenn wir eindeutig klarmachen, daß alles, was auf diesem Gebiet geschieht, daß auch jede Fühlungnahme, daß die ganze deutsch-französische Freundschaft eingebettet ist in die Solidarität der europäischen Völker.

Wir möchten deshalb noch einmal klarstellen: Es ging uns nicht darum, hier die eine oder andere Einzelheit zu kritisieren, sondern darum, in jeder Form dafür zu sorgen, daß diese europäischen Gemeinschaften als der Kern der Entwicklung zu einem vereinigten Europa unbeinträchtigt und unangetastet bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schoettle: Das Wort hat der Abgeordnete Margulies.

treffen worden ist. Also auch hier wäre vielleicht für den Herrn Außenminister Gelegenheit, den neuen Vertrag dazu zu benutzen, diese Frage einer Klärung zuzuführen. Auch die Frage der direkten Wahl des Europäischen Parlaments ist immer noch offen. Wir haben gerade die Antwort des Rates bekommen, daß die erforderliche Einstimmigkeit nicht zu erzielen war.

Dann, Herr Majonica, haben Sie noch die Verschmelzung der drei Gemeinschaften genannt.

(Abg. Majonica: Der Exekutive!)

Bei diesem Anliegen müssen wir aber sehr aufpassen; denn in der Montanunion sind wesentlich mehr supranationale Rechte verankert als in den späteren Römischen Verträgen.

(Abg. Majonica: Richtig!)

Wir möchten natürlich nicht, daß die supranationalen Fortschritte, die bei dem Vertrag über die Montanunion erreicht worden sind, für die anderen Dinge geopfert werden.

Vielleicht wäre auch noch zusammen mit den Franzosen zu prüfen, ob man die Tendenz weiterführen will, die von den nationalen Bürokraten ja immer wieder gefördert wird, der europäischen Bürokratie die Befugnisse Stückchenweise wegzunehmen. Sie wissen ja: vom europäischen Beamtensatz zum europäischen Integrationsmechaniker, — das ist so ungefähr die Spannweite der inzwischen eingetretenen Entwicklung.

(Abg. Majonica: Wir sollten uns um unsere Beamten mehr kümmern, Herr Margulies!)

— In Ordnung! Ich bin also durchaus der Meinung, daß schon Ansätze und Möglichkeiten in diesem Konultativabkommen liegen. Von den wichtigeren Fragen der gemeinsamen Agrarpolitik und dergleichen will ich jetzt nicht noch einmal sprechen. Das ist schon erwähnt worden. Hier liegen durchaus Möglichkeiten, den europäischen Fortschritt, die europäische Zusammenarbeit durch den Vertrag zu fördern.

Ich glaube, Herr Birkelbach hat Herrn Dr. Mende mißverstanden, wenn er glaubt, aus den Äußerungen von Herrn Dr. Mende schließen zu können, daß wir etwa die Absicht hätten, die europäischen Verträge auf Eis zu legen oder die weiteren Fortschritte zu verhindern. O nein! Nur wollen wir nichts tun — darüber sind wir wohl einig —, was dem späteren Beitritt Großbritanniens entgegensteht. Hierzwischen müssen wir also den

(Fortsetzung auf Seite 7, unten)